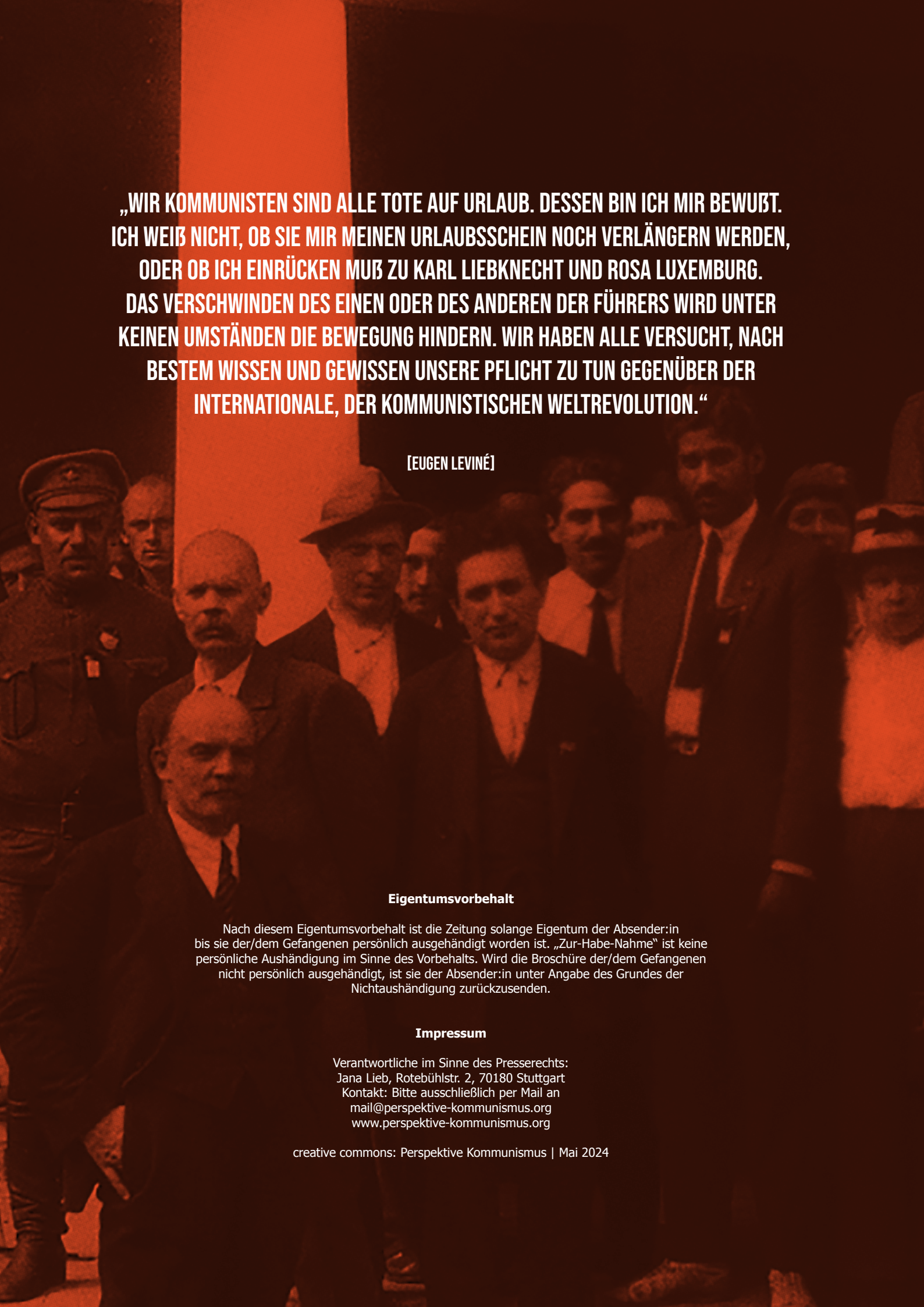


# FUNKEN & FEUER

## REVOLUTIONÄRES DEUTSCHLAND

1919 - 1923





**„WIR KOMMUNISTEN SIND ALLE TOTE AUF URLAUB. DESSEN BIN ICH MIR BEWUßT. ICH WEIß NICHT, OB SIE MIR MEINEN URLAUBSSCHEIN NOCH VERLÄNGERN WERDEN, ODER OB ICH EINRÜCKEN MUß ZU KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG. DAS VERSCHWINDEN DES EINEN ODER DES ANDEREN DER FÜHRERS WIRD UNTER KEINEN UMSTÄNDEN DIE BEWEGUNG HINDERN. WIR HABEN ALLE VERSUCHT, NACH BESTEM WISSEN UND GEWISSEN UNSERE PFLICHT ZU TUN GEGENÜBER DER INTERNATIONALE, DER KOMMUNISTISCHEN WELTREVOLUTION.“**

**[EUGEN LEVINÉ]**

#### **Eigentumsvorbehalt**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum der Absender:in bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absender:in unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

#### **Impressum**

Verantwortliche im Sinne des Presserechts:  
Jana Lieb, Rotebühlstr. 2, 70180 Stuttgart  
Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an  
mail@perspektive-kommunismus.org  
www.perspektive-kommunismus.org

creative commons: Perspektive Kommunismus | Mai 2024

## **1. EINLEITUNG** 04

---

## **2. 1919 – REVOLUTIONÄRE MASSENKÄMPFE, KONSOLIDIERUNG DER BÜRGERLICHEN REPUBLIK UND IDEOLOGISCHER KLÄRUNGSPROZESS DER KPD** 08

---

2.1 Räterepublik Bremen | 2.2 Die Nationalversammlung und die Rolle der Sozialdemokratie | 2.3 Internationale Prozesse: Versailler Vertrag und die Gründung der Kommunistischen Internationale | 2.4 Berliner März kämpfe | 2.5 Revolution in Bayern | 2.5.1. Freier Volksstaat Bayern | 2.5.2. Die erste Räterepublik | 2.5.3. Die zweite Räterepublik | 2.6 Die KPD in der Illegalität, das Abebben revolutionärer Aktionen und Strategiediskussionen | 2.7 Konsolidierung der parlamentarischen Republik | 2.8 Der II. Parteitag der KPD

## **3. 1920 – DIE NIEDERSCHLAGUNG DES KAPP-PUTSCHES UND DIE ENTWICKLUNG DER KPD ZUR MASSENPARTEI** 20

---

3.1 Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz | 3.2 Der III. Parteitag der KPD | 3.3 Der Kapp-Lüttwitz-Putsch | 3.4 Wie reagieren die Parteien auf den Putsch? | 3.5 Der Abwehrkampf | 3.6 Die Rote Ruhrarmee | 3.7 Der Putsch bricht zusammen | 3.8 Was tun? | 3.9 Der Kampf geht weiter! | 3.10 Niederlage und weißer Terror | 3.11 Der II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale | 3.12 Auf dem Weg zur Massenpartei

## **4. 1921 – ZWISCHEN OFFENEM BRIEF UND OFFENSIVTHEORIE** 32

---

4.1 Die „Märzaktion“ | 4.2 Die Folgen der Märzaktion und der III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale | 4.3 Die Taktik der Einheitsfront | 4.4 Rechter Terror

## **5. 1922 – RECHTSRUCK UND INFLATION** 38

---

5.1 Exkurs: Die sozialistische Frauenbewegung | 5.1.1 Käthe Duncker | 5.1.2 Martha Arendsee | 5.2 Arbeitskämpfe im Frühjahr 1922 | 5.3 Inflation | 5.4 Rechtsruck | 5.5 Das Rathenau-Attentat | 5.6 Die Betriebsrätebewegung | 5.7 Die Weiterentwicklung der Einheitsfronttaktik | 5.8 Der IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die Option der Arbeiterregierung

## **6. 1923 – ARBEITERREGIERUNG UND BEWAFFNETER AUFSTAND** 50

---

6.1 Ruhrbesetzung und Widerstand | 6.2 Der VIII. Parteitag der KPD | 6.3 Proletarische Hundertschaften | 6.4 Antifaschistentag | 6.5 Cuno-Streik und Reaktion | 6.6 Der Oberbadische Aufstand | 6.7 Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen | 6.8 Die Chemnitzer Betriebsrätekonferenz | 6.9 Revolutionäres 1923? - Die Ausgangslage für den Aufstand | 6.10 Hamburg auf den Barrikaden | 6.10.1 Der Aufstand | 6.10.2 Barmbek und Schiffbek | 6.10.3 Die Rache der Herrschenden | 6.11 Bilanz des Aufstandes | 6.12 Die Absetzung der Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen | 6.13 Hitlerputsch | 6.14 Die Entwicklung der KPD nach dem Hamburger Aufstand

## **7. THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUM KONZEPT DES BEWAFFNETEN AUFSTANDES** 70

---

7.1 Die KPD und die Frage der revolutionären Gewalt Anfang der 1920er Jahre | 7.2 Der bewaffnete Aufstand, die revolutionäre Strategie? | 7.3 Illegalität – Realität im revolutionären Prozess



# 1. EINLEITUNG

Der Zeitraum, dem wir uns in dieser Broschüre widmen wollen, schließt an die Novemberrevolution 1918 und den unmittelbar darauf folgenden Januaraufstand 1919 an.<sup>1</sup> Die Novemberrevolution war der stärkste Ausdruck der revolutionären Arbeiter:innenbewegung<sup>2</sup>, den Deutschland je erlebt hatte. Der Kaiser samt seinem Regime ist verjagt und der Weltkrieg beendet. Die kapitalistische Ordnung war heftig ins Wanken geraten. Die Menschen in der jungen Republik – ob unmittelbar und aktiv an den Ereignissen beteiligt oder nicht – hatten die Erfahrung gemacht, dass die Welt verändert werden kann. Eine geschichtliche Umwälzung – komprimiert in einen sehr kurzen Zeitraum – konnte am eigenen Leib erlebt werden. Die Arbeiter:innenklasse hatte erfahren, dass Klassenkampf, proletarische Selbstorganisation und der Aufbau von revolutionärer Gegenmacht keine leeren Phrasen sind, sondern dass mit diesen Mitteln tatsächlich etwas bewegt werden kann.

Dennoch war es in Deutschland nicht gelungen, die kapitalistische Ordnung zu stürzen und die Staatsmacht zu erobern. Eine bürgerliche Revolution hatte stattgefunden, sie war jedoch nicht in eine sozialistische Revolution hinüber gewachsen. Die revolutionären Kräfte scheiterten, das Proletariat hatte eine Niederlage erlitten – vorerst.

Die Sozialdemokratie hatte einen Großteil der Arbeiter:innenklasse in die Irre geführt und unter den Einfluss des Opportunismus gestellt. Dieser Verrat wurde allen ersichtlich, die nicht ganz fest ihre Augen verschlossen. Bei ihnen „glühte der Hass auf die Verräter und den Kapitalismus. Es ist nicht die Zeit für Kompromisse! Die Arbeiter stellen sich dem Kampf auf Leben und Tod gegen das System, die Freikorps und den Polizeiapparat“.<sup>3</sup>

Eben dieses kapitalistische System sitzt 1919 noch nicht wieder fest im Sattel. Die Reaktion hat den Weltkrieg verloren, ist militärisch geschlagen und damit das schwächste Glied im internationalen imperialistischen Zusammenhang. Deutschland verlor ein Achtel seines Gebiets in Europa, seine Kolonien und seine Auslandskapitalien. Nach außen ist es ohnmächtig durch die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages. Die Bourgeoisie ist geschwächt, denn sie wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Sie hat aber ihre Macht behalten und die herrschenden Verhältnisse verteidigt. Chauvinismus und breitete sich aus, vor allem im Kleinbürgertum. Am Klassencharakter des Staates, mit der Bourgeoisie als herrschende Klasse, hat sich zunächst nichts geändert.

Die Herrschaft der Reaktion ist zwar noch nicht wieder vollständig hergestellt, sie rüstet jedoch schon

zum Gegenangriff auf das Proletariat. Von Überprofiten außerhalb der eigenen Grenzen abgeschnitten, bleibt dem deutschen Kapital im Gegensatz zu den Siegern des Weltkrieges nur die eigene Arbeiter:innenklasse als Ausbeutungsobjekt. Aber ihm stehen teils bewaffnete und revolutionierte Volksmassen gegenüber, denen man zunächst Zugeständnisse (z. B. den Achtstundentag) einräumen muss, wenn man nicht die komplette Macht verlieren will. Das deutsche Kapital verlangt mehr als alle seine Konkurrenten nach einer Steigerung der Mehrarbeit, ist aber weniger als alle anderen dazu in der Lage, dies durchzusetzen. Das ist ein Grund für die vielen harten Klassenkämpfe, die schnell von Kämpfen um Reformen in Kämpfe um die Macht hinüberwachsen.<sup>4</sup> Antikommunismus wird in der Ideologie der herrschenden Klasse fest verankert. Sie muss, will sie an der Macht bleiben, die revolutionäre Bewegung zerschlagen und rasch die bürgerliche Republik aufbauen.

Die Ereignisse im Herbst und Winter 1918/19 hatten vor allem gezeigt, dass eine Revolution ohne eine entsprechende Organisation nicht vollendet werden konnte. Die Revolutionär:innen hatten sich das Werkzeug einer Kampfpartei geschaffen, das zunächst jedoch eher einem zarten Pflänzchen glich, als einem ausgewachsenen Baum. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ist zu Beginn eher ein unerfahrener und uneinheitlicher Haufen, als ein zusammenhängendes Gebilde. In ihr organisieren sich in den Anfangstagen Intellektuelle, Künstler:innen, Linksradikale, aber kaum Arbeiter:innen. Die KPD befindet sich in der Aufbauphase und ist kurz nach ihrer Gründung in fast allen Landesteilen verboten, ihre Aktivist:innen arbeiten in der Illegalität und unter ständigem Verfolgungsdruck. Viele ihrer Anführer:innen wurden und werden verhaftet oder getötet: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden ermordet, Franz Mehring stirbt wenige Tage später, Leo Jogiches wird im März 1919 ermordet, die Partei wird ihrer charismatischsten und hellsten Köpfe beraubt, sie wird regelrecht „enthauptet“.<sup>5</sup> Schon auf dem Gründungsparteitag der KPD am 01.01.1919 zeigen sich starke linksradikale Tendenzen. So herrscht zu diesem Zeitpunkt mehrheitlich der Glaube an eine spontane Erhebung des Proletariats, die zum unvermeidlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems führen werde.<sup>6</sup> Die Erkenntnis, dass der Klassenkampf von der Partei organisiert und geführt werden muss und dass dabei an den Tagesforderungen der Massen angesetzt werden muss, hat sich noch nicht durchgesetzt. Die Mehrheit der Parteimitglieder ist gegen die Arbeit in Parlamenten und in den großen, bestehenden



Gewerkschaften eingestellt. In der Rätebewegung wird der einzig gültige Weg zur Neuordnung der Gesellschaft gesehen. Die Mehrheit ist damit linksradikaler und sektiererischer als die Initiator:innen der endgültigen Abspaltung von der Sozialdemokratie und der kommunistischen Parteigründung.

Die KPD wäht das System in seiner Endphase und geht davon aus, dass neue Kämpfe um die Macht unmittelbar bevorstehen würden. Eine weitere Zuspitzung der Klassenkämpfe werde innerhalb kurzer Zeit eine revolutionäre Situation herbeiführen. Die Auswirkungen der momentanen Niederlage werden in dieser Einschätzung, wie auch der damit verbundene Bewusstseinsstand der Massen, aber nicht genügend beachtet. Zudem hat die junge Partei aktuell weder die Zeit, noch die erforderliche Erfahrung, die notwendige politische Vorarbeit für den Kampf um die Macht zu leisten.

Nun geht „es darum, die Partei aufzubauen und zu stärken, eine Politik auszuarbeiten, die den Bedingungen des Kampfes in Deutschland entsprach, den Opportunismus in den Reihen der Arbeiterklasse zu überwinden, die Bauern und andere Werktätige zu Verbündeten zu gewinnen, sie alle in den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zu führen und so auf die große letzte Auseinandersetzung, die

sozialistische Revolution, vorzubereiten. Das aber war schwer in Deutschland, bitter schwer.“<sup>7</sup>

Dennoch wurde diese Aufgabe von tausenden Kommunist:innen angegangen. In der, von der Nachkriegskrise, der Rückkehr von Soldaten und Invaliden aus dem Krieg, Arbeitslosigkeit, Hunger und Inflation, sowie der ständigen Gefahr von Rechts gekennzeichneten Zeit bauen sie eine revolutionäre Organisation auf. Diese muss sich und ihre Linie in den folgenden Jahren durch harte Kämpfe entwickeln. Sie muss die Theorie in der Praxis überprüfen und sie entsprechend anpassen. Sie wird sich irren, Rückschläge erleiden und wieder neu aufstellen. Sie entwickelt sich von einem verwegenen linksradikalen Grüppchen zu einer Massenpartei. 1922 – 3 Jahre nach Gründung – ist die KPD die größte kommunistische Partei der westlichen Welt. Laut dem marxistischen Historiker Chris Harman sogar die „einflussreichste und mächtigste revolutionäre Partei (...) die jemals – davor oder danach – in einer fortgeschrittenen Industriemacht bestand.“<sup>8</sup>

Mittlerweile sind einhundert Jahre „seit den heroischen Kämpfen vergangen, in denen die deutsche Arbeiterklasse versuchte, die Errungenschaften der Novemberrevolution zu verteidigen und unsere gute



Sache zum Siege zu führen. (...) Ein Rückblick mag belegen, was in dieser Periode alles geschehen ist, welche Opfer das werktätige deutsche Volk bringen musste (...).<sup>9</sup> In dieser Broschüre wollen wir diese harten (Abwehr-)Kämpfe und Aufstände der Arbeiter:innenklasse nachverfolgen, die in einem wechselseitigen Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung der Kommunistischen Partei stehen. Welche Diskussionen und Auseinandersetzungen sich in dieser Partei entfalteteten, wollen wir ebenso nachzeichnen.

Dies tun wir, um die Geschichte – unsere Geschichte und die Geschichte unserer Kämpfe – dem Vergessen zu entreißen. Dieses Vergessen geschieht nicht willkürlich, sondern unsere Geschichte wird von den Herrschenden bewusst totgeschwiegen.

Die Auseinandersetzung führen wir auch nicht aus rein historischem Interesse. Wenn wir uns unserer Geschichte bewusst sind, können wir aus den geschlagenen Schlachten, aus den Fehlern, die gemacht wurden, aus den Erfolgen, die erzielt wurden und aus den Fragen, die noch unbeantwortet sind, unsere Schlüsse und Lehren ziehen. So wird unsere Geschichte zu einer Waffe im Kampf für ein besseres Morgen.

1 Zur Novemberrevolution bis zum Januaraufstand empfehlen wir unsere Broschüre „Die Novemberrevolution in Deutschland 1918“; <https://perspektive-kommunismus.org/2018/11/01/broschuere-zur-novemberrevolution>.

2 Bezeichnungen, die sowohl Männer als auch Frauen meinen, werden von uns gegendert. Bezeichnungen, die ausschließlich Männer meinen (z. B. Soldaten, Studenten) werden nicht gegendert. Vertreter der Konterrevolution werden nicht gegendert. Historische Zitate und Begriffe werden in ihrer ursprünglichen Form belassen.

3 Langer, Bernd: Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918 – 1923, AktivDruck und Verlag, Göttingen 2009, S. 12

4 Vgl. Gossweiler, Kurt: Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971, S. 95-103

5 Vgl. Wilde, Florian: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung“ Luxemburg und Liebknecht in Weltkrieg und Revolution; in: Antifaschistische Linke Berlin [ALB] u.A. (Hg.): Broschüre zu Luxemburg und Liebknecht in Weltkrieg und Revolution, 2009; S. 61 ff

6 Vgl. Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 343

7 Kosing, Alfred (u.A.): Weltall Erde Mensch – Ein Sammelwerk zur Entwicklungsgeschichte von Natur und Gesellschaft, Verlag Neues Leben, Berlin, 1954, S. 333 f

8 Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998 (Deutsche Ausgabe), S. 298

9 Gotsche, Otto: Sturmsirenen über Hamburg (Kleine Arbeiterbibliothek 1), Dammitz Verlag München 1973



## 2. 1919 – REVOLUTIONÄRE MASSENKÄMPFE, KONSOLIDIERUNG DER BÜRGERLICHEN REPUBLIK UND IDEOLOGISCHER KLÄRUNGSPROZESS DER KPD

Um die Jahreswende 1918/19 will die MSPD<sup>1</sup>-Regierung die Errungenschaften der Novemberrevolution angreifen und provoziert die Revolutionär:innen zu unvorbereiteten Aktionen. Die folgenden Januarkämpfe in Berlin sind eine Abwehrreaktion, welche in einen Aufstand übergeht. Weil die neugegründete KPD zu schwach ist, bleibt dieser jedoch führungslos. Die Konterrevolution siegt blutig, aber infolge des Aufstandes kommt es in ganz Deutschland zu Erhebungen.

Das gesamte erste Halbjahr 1919 ist gezeichnet von revolutionären Massenkämpfen. Bis in den April hinein flammen immer wieder regionale Generalstreiks auf, die stets mit Waffengewalt niedergeschlagen werden. Und auch international tut sich einiges: in Ungarn, Bulgarien und Polen toben revolutionäre Kämpfe. In Großbritannien, Italien, Spanien, Frankreich und den USA gibt es große Massenstreiks. Nationale Befreiungskämpfe beginnen beispielsweise in China, Indien und Korea.



### 2.1 Räterepublik Bremen

Mit der Zerschlagung der Räterepublik Bremen im Februar 1919 wird der Rachefeldzug der Konterrevolution gegen die revolutionäre Arbeiter:innenklasse fortgeführt. In Bremen war am 10.01.19 die Räterepublik im Zuge des Januaraufstands ausgerufen worden. Der Rat der Volksbeauftragten in Bremen setzt sich aus je drei Vertretern von KPD, USPD und Repräsentanten des Soldatenrates zusammen. Neben Maßnahmen zum Schutz der Räterepublik, wie der Entwaffnung des Bürgertums, soll auch die materielle Lage der Arbeiter:innenklasse schnell verbessert werden. Die Unterstützung für Erwerbslose wird erhöht und eine neue Tarifordnung ausgearbeitet, welche Lohnerhöhungen bedeutet. Das Kapital reagiert: Reichsweit sperren die Banken der Bremer Räteregierung ab dem 16.01.19 alle Kredite, um ihren Handlungsspielraum einzuschränken. Am 21.01.19 wird zum Generalstreik aufgerufen, der jedoch nicht alle Arbeiter:innen mitreißen kann. Die MSPD ist seit der Zeit der Ausrufung der Räterepublik aus dem Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) ausgeschlossen und arbeitet gegen den Streik. Auch die USPD tendiert langsam zu Zugeständnissen und schwankt in ihren revolutionären Positionen. Schnell gerät die Räterepublik in die Defensive. Die Zensur bürgerlicher Zeitungen sowie der Ausnahmezustand werden aufgehoben und eine Wahl zur „Bürgerschaft“ für den 02.03.19 angesetzt. Aber die Regierung Ebert-Scheidemann in Berlin will weitere Exempel statuieren und beschließt am 25.01.19 die Reichsexekution – eine verfassungsmäßig geregelte militärische Maßnahme gegen einzelne Gliedstaaten des Reiches zur Durchsetzung der staatlichen Einheit. Am 28.01.19 wird die konterrevolutionäre Freiwilligen-Division des Oberst Wilhelm Gerstenberg aus Berlin Richtung Bremen in Marsch gesetzt. Nach Bremen soll sie auch in Bremerhaven, Cuxhaven und Emden „Ordnung schaffen“. Mit Artillerie, Granatwerfern, Maschinengewehren und Panzern gehen die Regierungstruppen am 04.02.19 zum Angriff auf die Stadt über und kreisen sie ein. Eine provisorische Regierung von rechten Sozialdemokraten verkündet die Kapitulation, aber viele Arbeiter:innen wehren sich noch. Erst um 10 Uhr abends ordnet das revolutionäre Oberkommando die Einstellung des Kampfes und den Rückzug wegen der aussichtslosen Lage an. Am 05.02.19 ist die Räterepublik Bremen Geschichte.

In Hamburg findet eine Unterstützung für Bremen eine Mehrheit im Rat, wird aber durch MSPD und USPD boykottiert. Die Unterstützung für das revolutionäre Bremen aus Hamburg und vielen anderen Städten kommt nie an. Letztendlich kämpfen 3000 Regierungssoldaten gegen ca. 500-600 Bre-

mer Arbeiter:innen, 250 Matrosen und Soldaten aus Cuxhaven sowie kleinere Einheiten aus Bremerhaven und Wilhelmshaven. Ungefähr 300 Arbeiter:innen und Matrosen werden getötet, verwundet oder gefangengenommen, während die Division Gerstenberg nur 26 Tote und 51 Verwundete zu verzeichnen hat.<sup>2</sup>

### 2.2 Die Nationalversammlung und die Rolle der Sozialdemokratie

Ab dem 06.02.19 tritt im Nationaltheater in Weimar die Nationalversammlung zusammen, um eine Verfassung zu erarbeiten. Im Zeichen der Konsolidierung der bürgerlichen Macht bildet die Nationalversammlung eine Koalitionsregierung aus bürgerlichen Parteien und der MSPD mit Friedrich Ebert an der Spitze. Als größte Regierungspartei stellt die MSPD den Reichskanzler und Reichspräsidenten. Sie dient der herrschenden Klasse als „arbeiter:innenfreundliches“ Aushängeschild. Die MSPD-Führung stellt die Behauptung auf, die Arbeiter:innenklasse hätte in der Novemberrevolution die Macht ergriffen. Den Sturz der Monarchie verkauft sie als Veränderung der Macht- und Klassenverhältnisse. Die bürgerliche Demokratie müsse nun gegen USPD und Kommunist:innen verteidigt werden. Die MSPD ist zu dieser Zeit längst eine staatstragende Partei, die mit bürgerlich-demokratischen Veränderungen zufrieden ist. Wann immer eine Bewegung der Arbeiter:innenmassen über ihre Köpfe hinwegzugehen droht, kämpft sie sich an ihre Spitze und versucht sie in eine andere Richtung zu lenken. Das gelingt ihr oft, weil sie sich auf einen starken Partei- und Gewerkschaftsapparat stützen kann. Außerdem sind die Massen politisch unerfahren und die Vorstellungen über den Weg zum Ziel sind verschwommen. Viele glauben, dass ein friedliches „Hinüberwachsen“ in den Sozialismus möglich ist. Denn mit der sozialdemokratischen Regierung sind bereits einige soziale Verbesserungen erreicht worden und der Krieg ist endlich vorbei. Der Wunsch nach einer geeinten Partei ist groß und die Spaltung der Arbeiter:innenparteien wird von vielen nicht verstanden. Reformismus und Opportunismus haben in Deutschland volle Arbeit geleistet.

### 2.3 Internationale Prozesse: Versailler Vertrag und die Gründung der Kommunistischen Internationale

Eine zentrale Rolle für die politische Entwicklung spielt der Versailler Vertrag. Nach dem verlorenen Krieg ist er das „folgerichtige Ergebnis der Politik der deutschen Bourgeoisie, denn sie hatte ja den ersten Weltkrieg angezettelt“<sup>3</sup>. Die Siegermächte legen dem besiegten Deutschland hohe politische –

und vor allem wirtschaftliche – Lasten auf. Es soll so einerseits als Konkurrent auf dem hart umkämpften Weltmarkt ausgeschaltet werden. Andererseits soll die deutsche Bourgeoisie noch so viel Macht erhalten, dass sie eine Revolution verhindern kann. Der deutsche Imperialismus soll nicht fallen. Die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrags werden in Deutschland auf die Arbeiter:innenklasse abgewälzt. In der Propaganda wird der Vertrag von der Reaktion für nationalistische Hetze genutzt. So soll von der eigenen Verantwortung für den Krieg und die daraus entstandenen Folgen abgelenkt und dem Klassenkampf vorgebeugt werden. Auf dem militärischen Sektor sieht der Vertrag u. a. eine deutliche Reduzierung des Heeres und die Auflösung aller irregulären militärischen Verbände, wie z. B. der Marinebrigade Erhardt (MBE)<sup>4</sup> und Loewenfeld vor.

Auf internationaler Ebene tut sich im März 1919 auch etwas in der kommunistischen Weltbewegung. Am 02.03.19 wird in Moskau<sup>5</sup> unter Teilnahme von Vertreter:innen aus 30 Ländern die Kommunistische Internationale (KI) gegründet. Sie versteht sich als Führung der kommunistischen Weltbewegung und hat die Aufgabe bei der Gründung und dem Aufbau von kommunistischen Parteien zu helfen, sowie eine klare Orientierung zu bieten. Anders als bei der I. und II. Internationale handelt es sich bei der KI um eine zentralistische Organisation mit einem einheitlichen leitenden Zentrum. Zwischen den Weltkongressen leitet das „Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale“ (EKKI) die Arbeit der Organisation. Die einzelnen Parteien sind Sektionen der KI, die mit dieser in einem engen Wechselverhältnis stehen – es handelt sich bei der KI also um eine kommunistische Weltpartei.

## 2.4 Berliner Märzkämpfe

Ab März 1919 kommt es zu politischen Massenstreiks in Berlin, Thüringen, Sachsen, dem heutigen Sachsen-Anhalt und im Ruhrgebiet. Am 03.03.19 beschließt die Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats mit großer Mehrheit den Generalstreik. Forderungen sind beispielsweise die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und die Freilassung aller politischen Gefangenen.<sup>6</sup> Den Vorsitz der Streikleitung hat mit Richard Müller einer der führenden Protagonisten der revolutionären Obleute.<sup>7</sup> Er versucht die MSPD miteinzubeziehen. Letztendlich wird eine Streikleitung aus USPD und MSPD gebildet. Die KPD ist noch verboten und lehnt eine Beteiligung an dieser Streikleitung ab. Sie weiß, dass sie noch nicht stark genug ist, um die Ereignisse zu lenken und versucht ihre Lehren aus den Januarkämpfen zu ziehen. Sie ruft zum Gene-

ralstreik auf, aber nicht zum bewaffneten Aufstand: „Arbeiter! Parteigenossen! ... Laßt die Arbeit ruhen! Bleibt vorläufig in den Betrieben, auf dass euch die Betriebe nicht entwunden werden. Versammelt Euch in den Betrieben! Klärt die Zagenden und Zurückgebliebenen auf! Laßt euch nicht in unnütze Schießereien ein, auf die der Noske nur lauert, um neues Blut zu vergießen ...“<sup>8</sup>

Am Nachmittag des 03.03.19 werden einige Polizeireviere überfallen und es kommt zu spontanen Enteignungsaktionen. Die Regierung macht „Spartakisten“ dafür verantwortlich und hat ihren Anlass für den Belagerungszustand. Gustav Noske<sup>9</sup> erhält die vollziehende Gewalt und Soldaten der Vorläufigen Reichswehr – insgesamt 42000 Mann – sollen am 04.03.19 die Kontrolle über die Stadt übernehmen. 120 Haftbefehle gegen Radikale Linke, Redakteure und Mitglieder der KPD-Zentrale sind bereits vorbereitet. Der Angriff der Regierungstruppen beginnt am 04.03.19.

Die entscheidende Konfrontation findet am Alexanderplatz statt, wo die Volksmarinedivision – unterstützt durch die Republikanische Soldatenwehr (RSW) – gegen Freikorpseinheiten kämpft. Mehr und mehr kampfentschlossene Arbeiter:innentrupps unterstützen die Matrosen und die RSW. Doch trotz des Widerstandes wird das Gebiet am 06.03.19 schließlich vom Regierungsviertel bis zum Alexanderplatz von den Freikorps kontrolliert. General Lüttwitz<sup>10</sup> erteilt den Angriffsbefehl und zum ersten Mal in diesem Revolutions-Zyklus wird das gesamte Waffenarsenal der Armee gegen die Revolutionär:innen eingesetzt: Kanonen, Panzer, Flammenwerfer, Flugzeuge. Die ASR-Einheiten müssen sich letzten Endes bis nach Neukölln zurückziehen und werden dort vollständig aufgerieben. Eine Abordnung der Streikleitung verhandelt mit Reichsministerpräsident Scheidemann und einigen Ministern. Die Regierung weigert sich aber Zusagen zu machen, so lange noch Streiks und Schießereien in Berlin stattfinden. Die Streikfront in Berlin zerfällt währenddessen. Die Kommunist:innen wollen den Streik auf die Gas-, Wasser- und Stromversorgung ausweiten. Die MSPD protestiert dagegen, will den Streik beenden und verteilt massenhaft Flugblätter gegen ihn. Die KPD fordert die Übernahme der Kommandogewalt durch den Vollzugsrat, weigert sich aber nach wie vor, mit der USPD zusammenzuarbeiten. Richard Müller weiß nicht mehr weiter und legt seinen Vorsitz der Streikleitung nieder.

Am 07.03.19 findet eine Vollversammlung der Streikenden statt. Der Streik wird abgebrochen und lediglich die Gefangenen sollen noch freikommen, sowie ein Militärabzug durchgesetzt werden. Die

Regierung gesteht jedoch lediglich eine Nicht-Maßregelung von Streikenden der Staatsbetriebe zu. In Friedrichshain und Lichtenberg kämpfen Matrosen und Arbeiter:innen noch einen weitgehend aussichtslosen Kampf. Bis zum 11.03.19 werden alle Arbeiter:innentruppen ohne Pardon niedergekämpft. Am 09.03.19 verhängt Noske das Standrecht<sup>11</sup> über Berlin. Proletarische Viertel werden durchkämmt und abscheuliche Verbrechen begangen. So werden beispielsweise 30 gefangene Matrosen mit einem Maschinengewehr niedergemäht. Am 10.03.19 werden die Volksmarinedivision und die RSW aufgelöst. Vom 09. bis zum 16.03.19 ist das Standrecht in Kraft. In diesen 8 Tagen sind laut Regierung „ungefähr 1200 Spartakisten umgekommen“. Die KPD hatte in Groß-Berlin allerdings nicht so viele Mitglieder, was zeigt, dass alle revolutionär Kämpfenden für die Regierung „Spartakisten“ waren. Tatsächlich wurden mindestens 2000 Menschen von Regierungstruppen ermordet und mindestens 1600 verhaftet.<sup>12</sup> Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Nach den Märzkämpfen ist die KPD in Berlin praktisch zerschlagen, doch die Jagd auf Revolutionär:innen geht weiter. So wird auch der Parteivorsitzende der KPD, Leo Jogiches, aufgegriffen und ermordet. Es war der zunächst letzte bewaffnete Aufstand in Berlin, doch in anderen Teilen des Landes flammen die Kämpfe wieder auf.

## 2.5 Revolution in Bayern

### 2.5.1 Freier Volksstaat Bayern

Ende 1918 sieht es in Bayern aus, wie im ganzen Reich: Kriegsmüdigkeit und Massendesertationen, eine erneut massiv verschlechterte Versorgungslage und daraus resultierender Hunger. Unterernährung und Mangelkrankheiten breiten sich aus – obwohl Bayern landwirtschaftlich geprägt ist. Die Wut richtet sich hier in erster Linie gegen den bayerischen König Ludwig III. Nachdem Anfang November 1918 Matrosen im Norden Deutschlands meutern, schwappt eine revolutionäre Welle über ganz Deutschland. Noch bevor diese Welle am 9.11.18 die Reichshauptstadt Berlin erreicht, kommt sie in München an. Zu dieser Zeit verhandelt die Parteiführung der MSPD mit den alten Mächten in München über politische Reformen. Das alte System soll in eine parlamentarische Demokratie überführt und die MSPD mit einigen Ministerposten für ihre konstruktive Mitarbeit belohnt werden. Die USPD vertritt jedoch öffentlich die Position, dass dies nicht genüge und dass die politische Neugestaltung durch eine Revolution eingeläutet werden müsse.

Der Umsturz in Bayern ereignet sich am 07.11.18 und beginnt mit einer behördlich genehmigten

Friedensdemonstration, zu der MSPD, USPD und Gewerkschaften aufrufen. Rund 50.000 Menschen kommen und die MSPD demonstriert nach Beendigung der Reden mit einem Teil der Anwesenden geordnet durch die Stadt. Doch gleichzeitig formiert sich ein Demonstrationzug unter Leitung von Kurt Eisner und dem Bauernführer Ludwig Gandorfer, welcher zu den Kasernen im Münchner Norden zieht. Bald gibt es keine Streitkräfte mehr, die gegen die Revolution mobilisiert werden können. Eisner schafft es zunächst, mit dem Zug durch die Kasernen die bewaffnete Macht aus-



zuschalten und durch das Bündnis mit dem Bauernbund, konterrevolutionäre Aktionen des bäuerlichen Umlands zu verhindern. Am Abend werden der Landtag und Regierungsgebäude ohne Gegenwehr besetzt. In der Nacht erklärt der charismatische Eisner die Dynastie für abgesetzt und proklamiert den „Freien Volksstaat Bayern“. Die erste Republik in Deutschland ist ausgerufen. Tags darauf dankt Ludwig der III. ab und flieht nach Salzburg.

Die Revolution hat sich friedlich, nahezu geräuschlos vollzogen. Der Gymnasiallehrer Hofmiller schreibt in seinem Revolutionstagebuch: „Am Freitagmorgen (8.11.) war die ganze Umwälzung vollzogen. München war als Hauptstadt des Königreichs Bayern zu Bett gegangen, um als Hauptstadt des Bayrischen Volksstaates zu erwachen.“<sup>15</sup> Die neuen Minister werden tags darauf teilweise noch von ihren Vorgängern eingearbeitet. Kurt Eisner übernimmt den Vorsitz des Kabinetts und das Außenministerium. Der einzige weitere Vertreter der USPD sitzt im Ministerium für soziale Fürsorge. Obwohl die MSPD den Umsturz nicht wollte, übernimmt sie die weiteren Ministerien, wie z. B. Inneres, Justiz, Militär oder Kultur. Darüber hinaus gehören der Regierung zwei parteilose „Spezialisten“ an, die Eisner gegenüber kritisch eingestellt sind. Die Vertreter der MSPD lenken den Kurs in Richtung einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie. Eisner kündigt zwar Parlamentswahlen an, schiebt sie aber hinaus. Zuerst will er eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft über ein Rätssystem erreichen. Im ganzen Land gründen sich Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. In ländlichen Gegenden

sind die Räte oft nicht sonderlich progressiv, die örtlichen Honoratioren wandeln sie in „Bürgerräte“. In den Städten jedoch arbeiten die Räte in ihrer Mehrzahl für die Weiterführung der Revolution in eine sozialistische Richtung. Viele orientieren sich an einem Räteystem nach russischem Vorbild. In

München tritt z. B. der „Revolutionäre Arbeiterrat“ zusammen. Hier sind u. a. Ernst Toller, Max Levien und der Anarchist Erich Mühsam dabei. Dieser Rat erarbeitet sich eine führende Stellung.

Die große Streitfrage innerhalb der Regierung Eisner ist die der Rolle der Räte in der zukünftigen



### Kurt Eisner

Kurt Eisner stammt aus einer bürgerlichen Familie aus Berlin, wo er Philosophie und Germanistik studiert. Wirtschaftliche Schwierigkeiten der Familie führen zu einer Annäherung an die Anliegen der Arbeiter:innenklasse. Er arbeitet als Redakteur für diverse Zeitungen und erregt durch seine „zupackende Berichterstattung“<sup>13</sup> Aufmerksamkeit. Ein Majestätsbeleidigungsprozess bringt ihm 1897/98 neun Monate Haft ein. 1898 kann er zum sozialdemokratischen „Vorwärts“ nach Berlin wechseln und tritt in die SPD ein. Er bezieht sich offen auf Karl Marx, propagiert aber einen Mittelweg zwischen Reformismus und Revolution. Eisner wird 1905 aus dem „Vorwärts“ ausgeschlossen. Der Parteivorsitzende Bebel moniert mangelnde Parteidisziplin. Er wird vom linken Flügel als Revisionist bekämpft, sieht sich selbst aber keinem Flügel zugehörig. Bis zum Ersten Weltkrieg bleibt er ein Außenseiter.<sup>14</sup>

1910 geht er nach München und nimmt Einfluss auf Strategie und Taktik der Führung des Landesverbandes. Zu Kriegsbeginn 1914 macht er sich zunächst für reformistische Positionen, Kriegskredite und Vaterlandverteidigung stark. Diese Position korrigiert er jedoch nach kurzer Zeit. Er geht davon aus, dass er über die tatsächlichen Kriegsgründe getäuscht wurde. Diese Erfahrung motiviert ihn dazu, schon bald kompromisslos die wahren Hintergründe zu nennen und hartnäckig publik zu machen. Dies bringt ihm ständigen Ärger mit der Zensur und vielen Parteigenoss:innen ein.

Im April 1917 spalten sich USPD und MSPD. Die USPD wendet sich gegen den Kriegskurs und kündigt den Burgfrieden auf. Eisner tritt in die USPD über. Im Januar 1918 streiken auch in Bayern Beschäftigte der Rüstungsindustrie. Obwohl sich die MSPD und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften dagegen stemmen, gibt es in München eine massive Beteiligung von ca. 10.000 Arbeiter:innen. In Streikversammlungen kommt es zu heftigen Diskussionen, aber die hohe Streikbeteiligung bestätigt Eisner in seinem Kurs. Am 30.01.18 wird Kurt Eisner als Anführer des Streiks verhaftet und wegen „Landesverrat“ angeklagt. Von Anfang 1918 bis Oktober 1918 sitzt er wegen der Organisation des Streiks in Haft. Die bayrische USPD ist ihrer Gallionsfigur beraubt. Eisner kann aber in den Landtag auf einen frei gewordenen Platz nachrücken und wird am 14.10.18 als Abgeordneter aus der U-Haft entlassen. Er nimmt die Agitation gegen Imperialismus, Krieg und Monarchie sofort wieder auf, attackiert die MSPD und fordert, die Schuldigen für den Völkermord zur Rechenschaft zu ziehen. Die Kundgebungen der USPD haben regen und ständig wachsenden Zulauf.

Gesellschaftsordnung. Für Eisner sind die Räte elementar, denn durch sie sollen die Bayer:innen zum Sozialismus erzogen werden. Seine Partei, die USPD, setzt jedoch auf einen Mittelweg, eine „Sozialistische Realpolitik“ zwischen Rätssystem und parlamentarischer Demokratie. Sie kann die Massen zeitweise für diese Realpolitik des Sozialismus begeistern, die Einführung von Frauenwahlrecht und Acht-Stunden-Tag, die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, die Ausrufung des Freistaats und den Entwurf einer demokratischen Verfassung kann sie sich auf ihre Fahnen schreiben. Die Wohnungsnot in den Städten wird angegangen und mit dem Beginn der Elektrifizierung Bayerns geht ein gewaltiger Modernisierungsschub einher. Die USPD hat jedoch auch immer wieder Probleme in der Vermittlung und darin, ihr gesellschaftspolitisches Konzept mit Inhalten zu füllen. Die militärische Strukturen blieben grundsätzlich unangetastet. Zum Schutze der revolutionären Institutionen wurde lediglich ein Sicherheitsausschuss gebildet, die spätere Republikanische Schutztruppe.

Am 05.12.18 setzen die MSPD-Minister in Abwesenheit Eisners einen Wahltermin zu den Landtagswahlen auf den 12.01.19 fest. Die radikalen Linken aus den Räten ziehen darauf unter Waffen zur Wohnung von Innenminister Auer und erzwingen seinen Rücktritt. Eisner zögert und taktiert, während auf den Straßen lebhaft diskutiert wird. Er erklärt den Rücktritt von Auer tags darauf für nichtig. Auch in der Frage der Räte setzt sich die MSPD mit ihrer Vorstellung schließlich durch: Die Räte bekommen kein Kontrollrecht gegenüber Behörden, sie können keine hoheitlichen Aufgaben, wie z. B. die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, ausüben. Sie bekommen keinerlei politische Funktion zugesprochen, ihre Funktion soll auf die berufsständische Vertretung reduziert werden. Die radikale Linke organisiert sich zunehmend außerhalb der USPD. Am 11.12.18 konstituiert sich die Münchner Sektion des Spartakusbundes. In München sind die Straßen für einige Zeit in der Hand der Linken, die sich hier, anders als auf dem flachen Land, verankern können und sich nicht geschlagen geben.

In München wurde kurz vor der Revolution der völkisch-nationalistische Geheimbund „Thule-Gesellschaft“ gegründet, der schnell auf 1.500 Mitglieder anwuchs. Ende Dezember 1918 warb die Thule-Gesellschaft für den Eintritt in eine Bürgerwehr. Als bekannt wurde, dass auch Innenminister Auer und Justizminister Timm diese Pläne unterstützt hatten, zwingt sie der Protest in der Arbeiterschaft, ihre Unterstützung zu widerrufen. Es kommt vermehrt zu Auseinandersetzungen. Zeitgleich zum Berliner Ja-

nuar-Aufstand verschärft sich die Situation auch in München. Ab Mitte Dezember 1918 gibt es Unruhen, weil sich die Lebensbedingungen der Münchner Arbeiter:innen und Soldaten durch Inflation und eine mangelhafte Lebensmittelversorgung verschlechtern. Mit der Beendigung des Krieges werden viele Soldaten und Rüstungsarbeiter:innen entlassen, wodurch die Zahl der Erwerbslosen stark ansteigt. Am 07.01.19 mobilisiert die KPD 4.000 Erwerbslose unter der Losung: „Wählerei und Parlamentarismus sind Volksbetrug! Alle Macht den Räten!“. Minister Unterleitner will vom Balkon zu ihnen sprechen. Daraufhin stürmen die Demonstrant:innen das Gebäude. Die Bewacher schießen, drei Aktivisten sterben, sechs werden verletzt. Drei Tage später kommt es zu einem ähnlichen Zwischenfall mit sechs Toten und 16 Verletzten. Am 08.01.19 werden 12 Revolutionäre verhaftet, darunter Erich Mühsam und Max Levien, der russisch-stämmige Gründer des Münchner Spartakusbundes. 3.000 Demonstrant:innen ziehen daraufhin vor Eisners Amtssitz und dringen sogar in sein Büro ein, sodass er gezwungen ist, die Verhafteten freizulassen.<sup>16</sup>

Das Bürgertum sieht sich vom „Bolschewismus“ bedroht. Bürgerliche, Rechtsnationale und Reaktionäre formieren sich neu. Ihr schriller und aggressiver Wahlkampf für die anstehenden Wahlen ist stark auf die Person Eisner bezogen. Er wird immer unverhohlener antisemitisch angegriffen. In der rechten Presse wird er als „jüdischer Bolschewist“ bezeichnet.

Am 12.01.19 finden nun die Landtagswahlen statt. Bei diesen Wahlen erhält die USPD gerade einmal 2,5%, aber Eisner bleibt trotzdem weiter im Amt. Es wird deutlich, dass er keine wirkliche Organisation hinter sich hat und sich auch nicht auf starke Räte stützen kann. Eine gewisse separatistische Tradition in Bayern und München als Station für Truppen, die von der Front abgezogen wurden, mögen Faktoren für Eisners Erfolg bis hierhin gewesen sein.<sup>17</sup> Er hatte im richtigen Moment die Initiative ergriffen, aber im Grunde hatte Eisner eine schwache Position und konnte sich nur durch Zugeständnisse an seine sozialdemokratischen Koalitionspartner an der Macht halten. So stimmt er beispielsweise der Errichtung einer Art regulärer Sicherheitstruppe „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ zu. Die MSPD geht als Gewinnerin aus den Wahlen hervor. Eisner strebt, um die Errungenschaften zu sichern, die Fortsetzung der Koalition zwischen USPD und MSPD an, obwohl die Gegensätze immer größer werden. Die MSPD lehnt aber ab. Sie favorisiert eine Koalition mit der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem Bauernbund. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte veranstalten am 16.02.19 eine

machtvolle Demonstration gegen die Regierung – insbesondere auch gegen die destruktive Politik der MSPD-Vertreter – und für das Rätssystem. Eisner nimmt uneingeladen teil. Am 20.02.19 entwirft Eisner schließlich seine Rücktrittserklärung. Die rechten Angriffe gegen ihn erreichen am 21.02.19 ihren Höhepunkt. Der Ministerpräsident wird durch den rechten Studenten Graf von Arco auf Valley mit mehreren Schüssen ermordet. Dieser sagt: „Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“<sup>18</sup> Derartige reaktionäre Mordanschläge sind keine Einzelfälle und werden durch Propaganda, wie die „Dolchstoßlegende“<sup>19</sup>, befeuert. Kurt Eisner regierte Bayern vom 7.11.1918 bis zum 21.02.1919. Wenig mehr als 100 Tage. Der Trauerzug für Kurt Eisner umfasste etwa 100.000 Menschen.

### 2.5.2 Die erste Räterepublik

In München entsteht in den Tagen nach dem Mord an Eisner ein politisches Vakuum und eine unübersichtliche Situation. Es kommt zu einigen Schießereien mit mehreren Toten. Auch Auer, der Innenminister und Spitzenkandidat der MSPD, wird im Landtagssitzungssaal angeschossen und schwer verletzt. Viele politisch Aktive flüchten aus der Stadt oder tauchen unter. Noch am 21.02.19 wird der „Zentralrat der Republik Bayern“ mit dem linken MSPDler Niekisch an der Spitze gewählt. Es scheint wieder offen zu sein, in welche Richtung es weitergehen soll. Die Entscheidung zwischen parlamentarischer Demokratie oder Rätssystem ist noch nicht getroffen.

Die Kräfte in München verschieben sich wieder nach links. Außerhalb der Stadt sortieren sich MSPD, USPD und DDP neu. Am 04.03.19 veröffentlichen sie den „Nürnberger Kompromiss“. Sie haben sich darin auf eine schnelle Wiedereinberufung des Landtages, die Bildung einer Regierung und die Verabschiedung einer Notverfassung geeinigt. Seit dem 25.02.19 tagt in München der „Kongress der bayrischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“. Hier kann allerdings die MSPD Fuß fassen. Die Mehrheit der Arbeiterräte steht unter dem Einfluss rechter sozialdemokratischer Führer. Die Bauernräte setzen sich hauptsächlich aus den Vertretern wohlhabender Bauern zusammen und auch der Bayerische Bauernbund, mit dem linken Flügel um Carl Gandorfer, bewegt sich ins Fahrwasser bürgerlicher Politik. Landarbeiter:innen machen nur ein bis vier Prozent der Bauernräte aus.<sup>20</sup> Im Räte-Kongress kann sich mit einem knappen Ergebnis eine Zustimmung zum „Nürnberger Kompromiss“ durchsetzen. Für die Linke ist das ein herber Rückschlag.

Am 17.03.19 tritt der Landtag zusammen, Hoffmann (MSPD) wird der neue bayrische Ministerpräsident. Zwischen ihm und Niekisch vom Zentralrat entflammt ein parteiinterner Machtkampf zwischen den Flügeln der MSPD.

Die radikale Linke stellt sich derweil im benachbarten Augsburg neu auf. Die Ausrufung der ungarischen Räterepublik am 21.03.19 inspiriert und beflügelt sie. Ende März steigen außerdem die Preise und die Lebensmittelrationen werden gekürzt. Die soziale Lage in Bayern verschärft sich. In verschiedenen Räten wird die Forderung gestellt, eine Räterepublik auszurufen und mit der russischen und der ungarischen Räterepublik ein Bündnis zu schließen. In der Nacht vom 04. auf den 05.04.19 findet eine Versammlung statt, an der MSPD, USPD, Anarchist:innen und der Bauernbund teilnehmen. Die Mehrheit spricht sich für die Proklamation einer bayerischen Räterepublik aus. Die rechten Sozialdemokrat:innen wollen Zeit gewinnen. Später kommt aber der Kommunist Eugen Leviné hinzu, der bereits Anfang März auf Beschluss der Zentrale der KPD nach München gekommen war. Er warnt vor einer Räterepublik, welche von Sozialdemokraten getragen wird, die „die ganze Zeit den Rätegedanken mit allen Mitteln bekämpft haben.“<sup>21</sup> Leviné besteht darauf, dass eine Räterepublik nur aus den Kämpfen des Proletariats entstehen kann und nicht von oben proklamiert wird. Außerdem sei die Situation im restlichen Reich für einen bayrischen Alleingang ungünstig. Er hält fest: „Nach dem ersten Rausch würde folgendes eintreten: Die Mehrheitssozialisten würden sich unter dem ersten besten Vorwand zurückziehen und das Proletariat bewußt verraten. Die USPD würde mitmachen, dann umfallen, anfangen zu schwanken, zu verhandeln und dadurch zum unbewußten Verräter werden. Und wir Kommunisten würden mit dem Blut unserer Besten eure Taten bezahlen.“<sup>22</sup>

Entgegen der Warnungen der Kommunist:innen gibt der Zentralrat am Morgen des 07.04.19 die Gründung der Räterepublik Bayern bekannt. Auch dieser Umsturz verläuft ohne Tote. Bürokratie und Polizei machen weiter Dienst nach Vorschrift.

Die Regierung Hoffmann aber flieht nach Bamberg und erklärt die Stadt zur provisorischen Landeshauptstadt. Eine politische Spaltung des Landes beginnt sich abzuzeichnen. Außer in der Landeshauptstadt können die Revolutionär:innen nirgends nachhaltig Fuß fassen. Am Tag darauf übergibt Niekisch an Ernst Toller von der USPD. Die MSPD scheidet aus dem Projekt aus. Führend beteiligt sind die Anarchisten Erich Mühsam und Gustav Landauer. Letzterer wird Beauftragter für Volksaufklärung und

Bildung. Er entpuppt sich jedoch als Träumer, der wenig Interesse an der Änderung der Produktionsverhältnisse hat, sondern vor allem auf die Veränderung des Bewusstseins setzt. Für die Errichtung der tatsächlichen Macht der Arbeiter:innenklasse wird fast nichts getan. Eine Rätevollversammlung zur Bestätigung der Regierung wird nicht einberufen, die Beamt:innen bleiben auf ihren Posten und die Polizei übt weiter ihren Dienst aus. Es gibt zwar ein Dekret zur Schaffung einer „Roten Armee“, aber es passiert nichts. Die neue Revolutionsregierung ist nur sechs Tage im Amt. Es droht die wirtschaftliche Erdrosselung und die militärische Zerschlagung. Am 12.04.19 fordert Reichspräsident Ebert die bayrische Exilregierung unmissverständlich zum militärischen Vorgehen gegen die Räterepublik auf. Die KPD beschließt, sich weiterhin nicht an der Regierung zu beteiligen, aber bei der Organisation der proletarischen Verteidigung zu helfen. Sie sieht nicht nur die „Scheinräterepublik“, sondern die Arbeiter:innenbewegung selbst bedroht. Truppen der Regierung Hoffmann und eine Münchner Garnison stürmen die Hauptstadt am 13.04.19 („Palmsonntagsputsch“). Nach blutigen Kämpfen mit 21 Toten und über 80 Verletzten erobern am selben Tag bewaffnete Arbeiter:innen und revolutionäre Soldaten die Stadt zurück. Ein erfolgreicher Sturmangriff auf den Bahnhof wird von dem Matrosen Rudolf Egelhofer (KPD) angeleitet.

### 2.5.3 Die zweite Räterepublik

Nach der gewonnenen Schlacht tagen die Räte im Hofbräuhaus. Die Massen sind in den Kampf getreten und haben dadurch eine neue Lage geschaffen. Den Münchner Kommunist:innen ist klar, dass sie mit den Massen kämpfen müssen. Leviné ergreift das Wort und formuliert einen leidenschaftlichen Appell für den weiteren Ausbau der Diktatur des Proletariats und die Ausrufung einer „echten Räterepublik“. Er reißt mit seiner Rede die Mehrheit auf seine Seite. Die zweite Räterepublik wird ausgerufen. Die Vollversammlung der Betriebs- und Soldatenräte Münchens setzt den bayerischen Zentralrat ab und wählt einen 15-köpfigen Aktionsausschuss (2/3 KPD, 1/3 USPD und SPD). Aus dem Aktionsausschuss wird ein Vollzugsrat gewählt, an dessen Spitze Eugen Leviné steht. Sofort wird die Arbeit aufgenommen, um die Grundlagen für eine tatsächliche Arbeiter:innenmacht zu schaffen. Die oberste Priorität hat das Aufstellen einer Roten Armee. Aber neben der Militärkommission unter der Leitung Egelhofers, werden auch weitere Kommissionen geschaffen, wie die „Kommission zum Kampf gegen die Gegenrevolution“, ein Propagandausschuss, eine Wirtschafts- und eine Verkehrskommission.<sup>23</sup> Der

Generalstreik wird ausgerufen, was wiederum den Zulauf zur Roten Armee fördert. Tausend Münchner Arbeiter:innen und etliche befreite russische Kriegsgefangene stehen unter Waffen. Die Bourgeoisie wird entwaffnet und die Polizei aufgelöst. Es wird begonnen, die Kontrolle über die Produktion den Betriebsräten

zu unterstellen. Am 22.04.19 findet der „Demonstrationstag des Münchner Proletariats“ statt. Das Bürgertum schäumt und phantasiert von Geiselnahmen und Mordexzessen.

Innerhalb der Rätebewegung spitzt sich der Konflikt zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen von Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann zu. Sozialdemokrat:innen fordern unter anderem die Aufhebung des Verbots der bürgerlichen Presse und die Wiedereinsetzung der alten Polizei. Die Kommunist:innen hatten versucht die Fehler der ersten Räterepublik irgendwie aufzufangen, aber nun haben sie auch in den Räten keine Mehrheit hinter sich. In einer Versammlung erklären sie nach stundenlangen stürmischen Debatten ihren Austritt aus der Regierung, doch sie werden aufgefordert in ihren Funktionen zu verbleiben. Erst als Leviné die Bedingung stellt, die Betriebsräte konsequent von bürgerlichen Elementen zu säubern und die wichtigsten Köpfe der Konterrevolution zu verhaften, nimmt die Versammlung den Rücktritt an. Am 27.04.19 wird ein neuer Aktionsausschuss ohne Kommunist:innen gebildet.

Reichspräsident Ebert drängt schon lange auf ein massiveres militärisches Vorgehen gegen die Räterepublik. Am 27.04.19 beginnen Militärs im Auftrag der Regierung Hoffmann mit der Einkreisung Münchens. Neben Reichswehrverbänden werden auch Freikorps, die schon in Norddeutschland gewütet hatten, nach Bayern verlegt. Die Württembergische Regierung bietet ebenfalls Truppen an, die zum Einsatz kommen. Auch die Marinebrigade Erhardt ist mit von der Partie. Noske hat den Oberbefehl über die Reichsexekution. Insgesamt rücken 35.000 Mann gegen München vor. Die Hauptstadt wird komplett eingekesselt und von der Außenwelt abgeschnitten. Schon im Umland kommt es zu diversen willkürlichen Erschießungen und Massakern. Am 01. und 02.05.19 nehmen die militärischen Verbände einen Großteil der Stadt ein. Der Angriff



Die „zweite Räterepublik“ wurde maßgeblich von der KPD gesteuert (Mitglieder beim Aufmarsch).

erfolgt mit Artillerie, Mörsern und Maschinengewehren. Ganze Straßenzüge gehen in Flammen auf. Trotz ihres Austritts aus dem Aktionsausschuss sind die Kommunist:innen weiterhin entschlossen, den Kampf des Münchner Proletariats gegen die angreifenden reaktionären Truppen anzuleiten. Das Oberkommando der Roten Armee befindet sich weiterhin in kommunistischer Hand. Die Arbeiter:innenviertel Giesing und Haidhausen, sowie der Hauptbahnhof werden zunächst von der Roten Armee gehalten. In Giesing können die Panzer nicht gut vordringen. Die Konterrevolutionäre setzen Artillerie ein und es muss um jedes Haus gekämpft werden. Immer wieder greifen kleine Gruppen die vorrückenden Regierungsverbände von den Dächern aus an. Es kommt noch bis zum 08.05.19 zu Gefechten, denen ca. 650 Arbeiter:innen zum Opfer fallen. Auf die Niederlage folgt der reaktionäre Terror: Hausdurchsuchungen, Razzien, Folter, Erschießungen. Weitere 400 Menschen werden durch Terrormaßnahmen und standrechtliche Erschießungen ermordet. Der Kommunist Egelhofer, der Anarchist Landauer und viele andere Revolutionäre werden bestialisch getötet. Selbst 21 Mitglieder des „Katholischen Gesellenvereins St. Josef“ und 12 Mitglieder der MSPD werden als vermeintliche Rotgardisten an die Wand gestellt. Es kommt auch zu Prozessen. Im Laufe eines halben Jahres werden 2.209 Menschen verurteilt, davon neun zum Tode, 65 zu Zwangsarbeit, 1.737 zu Gefängnis- und 407 zu Festungshaft.<sup>24</sup> Eugen Leviné wird am 13.05.19 verhaftet, wegen Hochverrats verurteilt und am 04.06.19 hingerichtet. In seinem Schlusswort vor Gericht sagt Leviné: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub. Dessen bin ich mir bewußt. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muß zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. [...] das Verschwinden des einen oder des anderen der Führer (wird) unter keinen Umständen die Bewegung hindern. [...] Wir haben alle versucht, nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht zu tun gegenüber der Internationale, der kommunistischen Weltrevolution.“<sup>25</sup>

Der Eisner-Attentäter wird am 16.01.1920 ebenfalls zum Tode verurteilt. Kurze Zeit später wird das Urteil in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt. 1924 wird er vorzeitig entlassen.

## 2.6 Die KPD in der Illegalität, das Abebben revolutionärer Aktionen und Strategiediskussionen

Vom April 1919 bis zum Jahresende ist die KPD verboten. Sie arbeitet im Verborgenen, ihr öffentliches Auftreten ist dadurch extrem eingeschränkt.

Die Führung der Partei hat der langjährige Luxemburg-Vertraute Paul Levinne.

Die Zeit der großen revolutionären Aufbrüche ist vorerst vorbei, aber der Klassenkampf tobt natürlich noch immer. Ein Beispiel für stattfindende Kämpfe sind die „Sülzeunruhen“ in Hamburg im Juni 1919. Weil die Ernährungslage ein knappes Dreivierteljahr nach Kriegsende immer noch katastrophal ist, reicht ein zufällig aufgedeckter Lebensmittelskandal für einen kurzen Arbeiter:innenaufstand. Mitglieder des Arbeiter:innenrates finden heraus, dass in der Fleischwarenfabrik Heil & Co. die Sülze aus verschimmelten Tierkadavern hergestellt wird. Aufgebrachte Arbeiter:innen werfen den Fabrikbesitzer in die Alster. Ähnliche Fälle werden auch in weiteren Fabriken aufgedeckt. Die Behörden sind beunruhigt und ziehen die „Bahnenfelder“ – eine den Freikorps ähnelnde Truppe – am Rathaus zusammen. In der Nacht des 24.06.19 tobt eine Schlacht und in der folgenden Zeit kommt es immer wieder zu Unruhen. Der Hamburger Senat bittet schließlich Berlin um Hilfe. Anschließend besetzen Reichswehrtruppen und Freikorps Arbeiter:innenviertel und üben „Schnelljustiz“. Der Einmarsch der Reichswehr fordert 80 Todesopfer.<sup>26</sup>

In der zweiten Jahreshälfte 1919 brechen die andauernden Niederlagen nach und nach die Kampf- und Aktionsbereitschaft der Arbeiter:innen. Die spontanen, weitgehend voneinander isoliert bleibenden, revolutionären Massenaktionen ebbend ab. Auch die Räteversammlungen lassen nach. Das politische Kräfteverhältnis verschiebt sich deutlich nach rechts. Die Aufgabe der KPD besteht nun darin, „die Massen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten über die Auseinandersetzung um ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen an Aktionen zum Sturz der Bourgeoisie heranzuführen“<sup>27</sup>. Eine dieser Aufgabe entsprechende Strategie und Taktik zu entwickeln scheidet zunächst an Widersprüchen innerhalb der Partei. Was alle Kommunist:innen eint, ist die Erkenntnis, dass es keine grundlegende soziale Verbesserung innerhalb des bestehenden Systems geben wird, dass eine menschenwürdige Gesellschaft erkämpft werden muss und dass eine umfassende Neuordnung von Gesellschaft und Ökonomie nur durch eine proletarische Revolution errungen werden kann. Darüber, wie man dieses Ziel erreichen kann, herrscht eine permanente Auseinandersetzung über das Programm und die einzuschlagende Taktik der Partei. Im Zeichen einer lebendigen innerparteilichen Demokratie, sind in den kommenden Jahren mehrere Kursänderungen und teils jähe Änderungen der Tak-



tik zu beobachten.<sup>28</sup> „Somit lässt sich die Entwicklung der frühen KPD – auch – als eine Geschichte interner Auseinandersetzungen, Strömungen und Abspaltungen darstellen, wobei die agierenden Gruppen und Personen wechselten oder einander ablösen.“<sup>29</sup> Die markantesten Linien wollen wir hier nachvollziehen. Zunächst hat eine radikale Strömung in der Basis und der Führung der Partei die Oberhand. Die Arbeit in reformistischen Gewerkschaften wird von ihnen abgelehnt. Von der Mehrheit der Mitglieder wird eine syndikalistische und politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation angestrebt. Im Juli 1919 tagt die Reichskonferenz der KPD illegal in Berlin. Hier zeichnet sich eine allmähliche Abkehr von linksradikalen Positionen ab. Es ergeht ein Beschluss gegen den Syndikalismus. Das erste Parteistatut wird verabschiedet, welches die Notwendigkeit einer zentralistisch organisierten, politischen Partei des Proletariats bekräftigt.

## 2.7 Konsolidierung der parlamentarischen Republik

Am 16.07.19 tritt die MSPD aus dem Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte aus und bildet ein konkurrierendes Gremium. Der restliche „Rote Rat“ – getragen von USPD und KPD – bekommt die Gelder gesperrt. Nach und nach lösen sich seine Ausschüsse auf. Die Führung der MSPD setzt Freikorps gegen Streikende ein, gleichzeitig sagt sie zu, in der Nationalversammlung an einem Gesetz über die Demokratisierung der Wirtschaft zu arbeiten. Auch die Sozialisierung des Kohlebergbaus wird angekündigt, letztlich aber nie umgesetzt. Um die versprochene Demokratisierung der Wirtschaft kommt die MSPD-Führung aber nicht mehr herum.

Für den 21.07.19 hat eine ultrarechte Gruppe um Waldemar Pabst<sup>30</sup> einen Putsch vorbereitet. Ein für diesen Tag geplanter Proteststreik der USPD soll als „spartakistischer Putsch“ dargestellt werden, um Berlin dann militärisch zu besetzen. Ziel der Putschisten ist es, die Nationalversammlung auseinander zu jagen und die Arbeiter:innenbewegung entscheidend zu schwächen. Die Regierung soll von einer Militärdiktatur übernommen werden, auch Noske (SPD) soll in diese aufgenommen werden und Ebert soll im Amt des Reichspräsidenten bleiben. General von Lüttwitz, ebenfalls aus dem ultrarechten Lager, stoppt das Unternehmen in letzter Minute, da er es für aussichtslos hält. Die Angelegenheit wird unter den Teppich gekehrt. Pabst wird aus dem Militärdienst entlassen und kann als Vorsitzender der „Nationalen Vereinigung“ in aller Ruhe den nächsten Versuch planen.<sup>31</sup>

Am 31.07.19 wird die Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung verkündet. Die bürgerliche Herrschaft in Form einer parlamentarischen Republik hat sich konsolidiert. Das ist zwar nicht erfreulich, aber gegenüber dem Halbabsolutismus der Kaiserzeit ein Fortschritt. Für die Arbeiter:innenbewegung bietet sie – trotz aller Repression – günstigere Bedingungen zur Entwicklung ihrer Politik. Die erkämpften demokratischen Zugeständnisse (gleiches Wahlrecht, Frauenwahlrecht, Rede-, Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit) können für revolutionäre Politik genutzt werden. Im August 1919 werden von den Unter-



nehmern die „Betriebsräte“ verfassungsmäßig anerkannt. Sie erhalten in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Fragen Regelungskompetenz und sollen in Gemeinschaft mit den Kapitalisten handeln. Näher ausgeführt sind die Rechte und Kompetenzen jedoch nicht. Im Anschluss beginnen die parlamentarischen Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz (BrG). Die vorgelegten Entwürfe werden allerdings immer schlechter, die Unternehmerverbände üben starken politischen Druck aus. Die Kapitalisten wollen natürlich am liebsten überhaupt keine Betriebsräte, wissen aber, dass sie Zugeständnisse machen müssen. Die Betriebsräte sollen nun zum Hilfsorgan des Unternehmers degradiert werden. Ihre Aufgabe sei die „Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke“, der Betrieb sei „vor Erschütterungen zu bewahren“ (gemeint sind Streiks), zudem hätten die Betriebsräte das „Einvernehmen“ zwischen Unternehmern und Arbeiter:innen zu fördern, eine politische Tätigkeit soll gänzlich untersagt werden. „Alles in allem kam das einer Parodie auf den Rätegedanken bzw. einer Verkehrung in sein Gegenteil ziemlich nahe.“<sup>32</sup> Hinter diesem BrG stehen neben den Unternehmern auch die rechts-sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen. Sie wollen konflikt- und tariffähige Vertretungen der Belegschaften verhindern, da sie Sammelpunkte linker Bewegungen sein könnten. Sie sehen eigenständige Betriebsräte als Überreste der politischen Rätebewegung und als potentielle Unruhestifter an.

Als im September 1919 der Berliner Metallarbeiter:innenstreik losbricht, versucht der Berliner Vollzugsrat der ASR ihn in einem „letzten Gefecht“ zum Generalstreik auszuweiten. Am 06.11.19 lässt Gustav Noske die Räume des Vollzugsrates besetzen und alle Anwesenden verhaften. Das versetzt der Rätebewegung einen schweren Schlag. Der Rat ist auf politischer Ebene geschlagen und sieht sich in die Betriebe zurückgedrängt. Auf betrieblicher Ebene gibt es seit der Novemberrevolution Räte, die die Belegschaften gegenüber den Unternehmen vertreten. Sie verhandeln Lohn- und Arbeitsbedingungen, teilweise ohne Anbindung an die Gewerkschaften. Sie wurden von der revolutionären Bewegung gegen den Willen von MSPD und Gewerkschaftsführung erkämpft. Ihre Aufgaben und Rechte sind nach wie vor gesetzlich nicht geregelt. Auch die Arbeiter:innenbasis der (Mehrheits-)Sozialdemokratie will diese Räte beibehalten, deshalb scheut sich die Führung, sie restlos zu beseitigen.

## 2.8 Der II. Parteitag der KPD

Im Oktober 1919 tagt der zweite Parteitag der KPD – erneut unter Bedingungen der Illegalität – in Heidelberg, Mannheim und Umgebung. Der ideologische Klärungs- und Konsolidierungsprozess wird fortgesetzt. Die Delegierten beschäftigt die Frage, wie und ob man sich zur Massenpartei entwickeln soll. Auch die Gewerkschaftsfrage und das Verhältnis zum Parlament sind bisher nicht auf einem Parteitag geklärt worden. Ein wichtiges Dokument stellen die „Leitsätze über kommunistische Strategie und Taktik“ dar. Sie stellen unter anderem fest, dass nun mehr „die soziale Revolution nicht in einem raschen Sturmloch vollendet werden könne“<sup>33</sup>. Der Parteitag hält fest: Der Kampf um die politische Macht wird „mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt“. Der Fokus liegt auf Massenstreik, Massendemonstration und Aufstand, aber es wird festgestellt, dass auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichtet werden kann, das der Vorbereitung der Revolution dienen kann. Folglich wird auch die Beteiligung an Wahlen nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen, an denen sich die Partei in der Folge auch beteiligt.<sup>34</sup>

Linksradikale Linien u. a. zur Gewerkschaftsfrage werden korrigiert. Es wird festgehalten, dass die KPD als politische Partei andere Aufgaben hat, als die Gewerkschaften. In der Partei sollen sich „die fortschrittlichsten und zielklarsten Elemente des Proletariats“ sammeln, damit die Partei in den revolutionären Kämpfen vorangehen kann. Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, wird auch die Notwendigkeit der Zentralisation festgehalten. Die KPD wird eine politische Kader-Organisation.

Die Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen haben dagegen die Aufgabe, die gesamte Arbeiter:innenklasse zu sammeln. Die Massen haben jedoch noch kein revolutionäres Bewusstsein. Wie kann sich die Arbeiter:innenbewegung nun aber über Zweck und Ziel der Revolution bewusst werden? Die KPD schreibt in den Leitsätzen über die Gewerkschaftsfrage: „Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation hinausnimmt und sie einer anderen zuführt. Dieser Umwandlungsprozess kann vielmehr nur durchgeführt werden einerseits durch unermüdliche Agitation und Aufklärung in den Massen und innerhalb ihrer Organisation andererseits aber – und im wesentlichsten durch die praktische Schule des Kampfes [...] Die Aufgabe und dieser Kampf können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Mitglieder der KPD in engster Fühlung mit diesen Massen bleiben und nicht davonlaufen.“<sup>35</sup>

Auf dem Parteitag wird ein Grundstein für die Massenarbeit gelegt. Der Führungsanspruch der Partei im politischen Kampf des Proletariats wird ebenfalls bekräftigt. In der Folge kann die Partei ihre Propagandaarbeit ausweiten und sich gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie und der USPD als konsequenteste Interessenvertreterin der Arbeiter:innenklasse profilieren.

Wie schon seit der Novemberrevolution zu beobachten ist, steht die Sozialdemokratie auf der Seite des bürgerlichen Staates. Sie versucht die Revolution zu ersticken. Manchmal funktioniert das, indem sie sich scheinbar an die Spitze stellt und die Kämpfe bremst. Wenn das nicht funktioniert, wendet sie sich an ihre militärischen Freunde und schlägt die Arbeiter:innenmacht blutig nieder.

Die KPD hat ihre Lehren aus dem Januar-Aufstand gezogen. Sie warnt vor Provokationen. Aber: Wenn die Klasse kämpft, versucht die Partei zu führen und Verantwortung zu übernehmen. Die KPD steht in allen Kämpfen der Klasse an vorderster Front, ob in Bremen, Berlin oder München. Oft folgt die Rache der Konterrevolution auf dem Fuße, aber die Partei kann auch aus Niederlagen lernen und steigert in den Kämpfen ihren Einfluss unter den Massen. Linksradikale und schematische Positionen aus den Anfangszeiten der Partei können korrigiert werden. Die Arbeit in den Gewerkschaften wird nun angegangen und es geht darum, die kommunistische Art der Arbeit in den verschiedenen Kampffeldern zu entwickeln.

- 1 MSPD – Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands. Dieser Begriff wurde von 1917 bis 1922 genutzt. Er grenzt die SPD von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) ab, die sich 1917 wegen der Zustimmung zum Kriegskurs von der SPD abgespalten hatte.
- 2 Zur Niederschlagung der Bremer Räterepublik vgl. Drabkin, J. S.: Die Entstehung der Weimarer Republik, Köln 1983, S. 20-31.
- 3 Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, FFM 1986, S. 345.
- 4 Die Marinebrigade Erhardt ist der Stoßtrupp der Ultrarechten. In ihr organisieren sich ehemalige Angehörige der kaiserlichen Marine „deren bürgerlicher Klassenhass auf das in der Revolution angeblich „zur Herrschaft“ gelangte Proletariat zusätzlich durch den 1918 erlittenen, einschneidenden Statusverlust brutalisiert wurde“ (Schwarz, Leo: „Kolossaler Brandherd“ – Junge Welt vom 13.03.20). Die Männer pflegen einen erbarmungslosen, antisemitisch aufgeladenen Hass gegen alles, was sie als „Rote“ ansehen, aber auch gegen kompromissbereite Bürgerliche, die sie als „schlapp“ und „verräterisch“ ansehen. Das Hakenkreuz ist schon 1919 ihr politisches Symbol. Wir werden der MBE in unserer weiteren Betrachtung immer wieder begegnen.
- 5 Die KI sollte ursprünglich angesichts der rasanten Entwicklung der revolutionären Bewegung in Berlin oder in Holland gegründet werden. Der konterrevolutionäre Terror im Jahr 1919 zwang jedoch zu einem Ausweichen nach Moskau. (Vgl. Judick, Günter: Ernst Thälmann und die Kommunistische Internationale in: trend-onlinezeitung 09/03, S.1)
- 6 Alle Forderungen sind nachzulesen bei Langer, Bernd: Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918-1923, Göttingen 2009, S. 238.
- 7 Von den Arbeiter:innen gewählte Vertrauensleute vor allem aus den Berliner Metallbetrieben, die stark in Arbeiter:innenklasse verankert waren und einen entscheidenden Anteil an der Novemberrevolution hatten. Von den der Burgfriedenspolitik verschriebenen Gewerkschaften waren sie unabhängig. Viele waren Mitglieder in der USPD.
- 8 Rote Fahne, 3. März 1919, zitiert nach: Harman, Chris: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923, FFM 1998, S. 137.
- 9 Gustav Noske (SPD) war Mitglied des Rates der Volksbeauftragten und ab Februar Reichswehrminister. Der Sozialdemokrat trägt die Verantwortung für die blutige Niederschlagung revolutionärer Aufstände durch rechte Freikorps.
- 10 Walther von Lüttwitz macht im Weltkrieg im Militär Karriere. 1918 wird er vom Rat der Volksbeauftragten zum Oberbefehlshaber der Vorläufigen Reichswehr ernannt. Er leitet bereits im Januar die Niederschlagung des Spartakusaufstandes und wird im Kapp-Putsch eine entscheidende Rolle spielen.
- 11 Rechtszustand, bei dem die Gerichtsbarkeit auf die Militärbefehlshaber übergeht. Vereinfachte Strafverfahren und verschärftes Strafrecht dienten hier zur Aburteilung und Ermordung von Arbeiter:innen und Revolutionär:innen.
- 12 Langer (2009), S. 249.
- 13 Grau, Berthold: „Vom Bürgersohn zu Revolutionär“, in: Kohlhammer, Katja (Hg.): Damals – Das Magazin für Geschichte, 50. Jahrgang, 11-2018, „Revolution in Bayern – Geburtsstunde des ‚Freistaats‘“, S. 20.
- 14 Vgl. [www.deutschlandfunk.de/kurt-eisner-1867-1919-eine-biographie-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/kurt-eisner-1867-1919-eine-biographie-100.html)
- 15 zitiert nach: Schmalzl, Markus: „Friedlicher Marsch zur Macht“ in: Kohlhammer, Katja (Hg.): Damals – Das Magazin für Geschichte, 50. Jahrgang, 11-2018, „Revolution in Bayern – Geburtsstunde des ‚Freistaats‘“.
- 16 Vgl.: Baumgartner Günter / Grund Dietrich: Die bayerische Revolution 1918/19 in Stadt und Land (Band 1 Oberbayern), Bodenburg 2019, S. 11.
- 17 Vgl.: Harman, Chris: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923, FFM 1998, S. 153 ff.
- 18 Zitiert nach: Ullrich, Volker: Mord in München, in: Die Zeit, Nr. 9/2009, S.92.
- 19 Die „Dolchstoßlegende“ war ein Propagandainstrument deutscher Reaktionäre, das besagt, dass das imperialistische deutsche Kaiserreich nicht militärisch, sondern wegen der „Vaterlandsverräter“ hinter der Front besiegt worden wäre. Zu diesen „Verrätern“ der Nation zählten die Reaktionäre einige bürgerliche Politiker, die reformistische Arbeiter:innenbewegung, vor allen anderen aber die revolutionäre Linke.
- 20 Vgl.: Drabkin, Jakob S.: Die Entstehung der Weimarer Republik, Köln 1983, S. 243.
- 21 Zitiert nach: Meyer-Leviné, Rosa: Leviné. Leben und Tod eines Revolutionärs, München 1972, S. 82.
- 22 Ebd. S. 83.
- 23 Vgl. Drabkin, S. 254
- 24 Vgl. Drabkin, S. 271.
- 25 Zitiert nach Drabkin, S. 271-272.
- 26 Vgl.: Stemmler, Kristian: „Schluss mit dem Kriegsraß“ – Junge Welt vom 22./23. Juni 2019.
- 27 Krause / Steigerwald (1986), S. 345.
- 28 Vgl.: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 81.
- 29 Ebd., S. 81.
- 30 Waldemar Pabst war ein deutscher Offizier, der bereits an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt war.
- 31 Die „Nationale Vereinigung“ gilt als ein organisatorischer Kern des Kapp-Putsches 1920.
- 32 Schwarz, Leo: „Tote im Haus“ – Junge Welt vom 11.01.20.
- 33 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966, S 259; zitiert nach: Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 346.
- 34 Vgl.: Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 20.-24. Oktober 1919, S. 60f.
- 35 Ebd., S. 64f.



### 3.

## 1920 – DIE NIEDERSCHLAGUNG DES KAPP-PUTSCHES UND DIE ENTWICKLUNG DER KPD ZUR MASSENPARTEI

### 3.1 Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz

Aus der Novemberrevolution folgte eine Auseinandersetzung um die Rolle der Räte, die vorerst nicht gelöst werden konnte. Die Debatte zwischen Befürworter:innen des Parlamentarismus und Befürworter:innen einer Räte­demokratie flammt immer wieder auf. Ende 1919 sind die politischen Arbeiter­räte allerdings größtenteils in Auflösung begriffen, ihr politisches Gewicht schwindet zunehmend. Am 13.01.1920 wird der umstrittene Gesetzesentwurf für ein Betriebsrätegesetz (zur Auseinandersetzung darum siehe Kapitel 2) in der Nationalversammlung beraten. Die KPD und der linke Flügel der USPD sind mit dem Entwurf nicht einverstanden, denn er entspricht nicht dem, wofür der linke Flügel der Arbeiter:innenbewegung gekämpft hatte; nämlich dem Ausbau der potentiell revolutionären Organe. Statt einer Möglichkeit zur Mitwirkung, soll das volle Kontrollrecht über die Betriebsführung in privaten Unternehmen und Staatsbetrieben erkämpft werden. Umfang und Art der Produktion, Preisgestaltung und die Verteilung der Rohstoffe soll durch die Räte organisiert werden.

KPD und USPD mobilisieren unter dem Motto „Heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz! Für das revolutionäre Rätssystem!“ zu einem Streiktag und einer Kundgebung vor dem Reichstag. Die Arbeiter:innen vieler Betriebe, darunter bedeutender Großbetriebe, wie z. B. AEG, Siemens und Daimler, stellen die Arbeit ein, gegen Mittag strömen 200.000 Teilnehmende zur Kundgebung in Berlin. MSPD-Abgeordnete provozieren die aufgebracht­en Arbeiter:innen durch die Fenster des Reichstagsgebäudes. Einzelne Abgeordnete, die sich noch ihren Weg durch die Menge bahnen, geraten daraufhin in Bedrängnis. An den Eingängen, die durch Einheiten der Sicherheitspolizei (SiPo)<sup>1</sup> bewacht werden, kommt es zu Tumulten.

Die SiPo, befehligt vom preußischen Innenminister Heine (MSPD), schießt ohne Vorwarnung aus kürzester Distanz mit Maschinengewehren in die Menge und wirft Handgranaten.

Die Angaben über Todesopfer schwanken zwischen 42 und 105. Mehr als 100 Schwerverletzte sind zu beklagen. Der Historiker Leo Schwarz spricht von der blutigsten Demonstration der deutschen Geschichte.<sup>2</sup> Heute sind die Ereignisse nahezu vergessen. Schwarz sieht darin ein „Ergebnis eines exemplarischen Schweigepakts der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung“<sup>3</sup>. Als wäre dieses Massaker nicht genug, wird in der Folge eine Welle der Repression losgetreten. Zeitweise wird der Ausnahmezustand verhängt, Reichswehrminister Noske übernimmt die vollziehende Gewalt über Norddeutschland und Brandenburg. Die Zei-

tungen „Freiheit“ und „Die Rote Fahne“ werden verboten. Mehrere Hundert Arbeiter:innen und einige Dutzend Funktionär:innen von KPD und USPD werden in Haft genommen, darunter die Vorsitzenden Paul Levi und Ernst Däumig. Der Widerstand gegen das Betriebsrätegesetz wird weitgehend gebrochen, am 4.02.1920 tritt es schließlich in Kraft.<sup>4</sup>

### 3.2 Der III. Parteitag der KPD

Im Februar 1920 wird der 3. Parteitag der KPD in Karlsruhe organisiert, abermals klandestin. Hier kommt es zu einem ersten Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit dem linksradikalen Flügel. Die „Heidelberger Leitsätze“ (siehe Kapitel 2) werden erneut bestätigt. Bezirksorganisationen, die dies ablehnen, werden aus der Partei ausgeschlossen. Das senkt die Mitgliederzahl (bis hier ca. 107.000 Mitglieder<sup>5</sup>) mit einem Schlag um ein Drittel. Dieser Schritt wird als notwendig erachtet, um der Partei Klarheit zu verschaffen und einen Kurs zu weisen. Auch Lenin beschreibt die Notwendigkeit eines solchen Schrittes: „Spaltung ist immer besser als Konfusion, die sowohl das ideologische, theoretische, revolutionäre Wachstum, den Reifeprozess der Partei als auch ihre einmütige, wirklich organisierte, wirklich die Diktatur des Proletariats vorbereitende, praktische Arbeit hemmt.“<sup>6</sup>

Das bisherige Bündnis zwischen MSPD, liberalem Bürgertum und der äußersten Rechten wird zum Nachteil der MSPD von Rechts aufgekündigt. Auf Seiten der Reaktion zieht General Ludendorff<sup>7</sup> im Hintergrund die Fäden.

Tatsächlich haben konkrete Vorbereitungen für einen rechten Umsturz bereits im September 1919 begonnen. Im sogenannten „Nationalclub“ und im Privathaus von Generallandschaftsdirektor<sup>8</sup> Kapp finden laufend Debatten und Besprechungen statt, was der politischen Polizei durchaus bekannt ist. Bürgerliche Politiker, antirepublikanische Offiziere, Bankiers und Industrielle, wie z. B. Hugo Stinnes – die Unternehmung musste ja finanziert sein – geben sich die Klinke in die Hand.

Im Februar und Anfang März häufen sich Ausschreitungen und Anschläge von Rechts. Der Ausnahmezustand bleibt bestehen. Besonders den Militärs drängt die Zeit: bis Anfang April soll gemäß dem Versailler Vertrag die Truppenstärke der Reichswehr von ca. 500.000 auf 200.000 Mann reduziert werden. Ebenso wird von den Siegermächten gefordert, dass Freikorps, Einwohnerwehren und die sogenannten Zeitfreiwilligenverbände<sup>9</sup> aufgelöst werden. Noske ordnet tatsächlich an, die Marinebrigade Ehrhardt aufzulösen, unternimmt jedoch nichts, als sie das nicht von selbst tut. Die MBE

bleibt bestehen. Walter v. Lüttwitz, der Befehlshaber des Reichswehr-Gruppenkommandos I in Berlin, fordert am 10.03.20, die Truppenreduzierung zu stoppen, das Kabinett umzubilden und Neuwahlen durchzuführen. Er wird daraufhin von Noske beurlaubt. Die Regierungs-Sozialdemokraten vermuten, dass „etwas im Busch“ ist. Waldemar Pabst, Max Bauer und andere vermutete Verschwörer werden zur Fahndung ausgeschrieben, durch die guten Verbindungen zur Polizei können sie der Verhaftung jedoch entgehen.

### 3.3 Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Noch am 11.03.20 warnt das Zentralorgan der KPD eindringlich vor beginnenden „Pogromübungen“ und vor einem nationalistischen Flächenbrand. In der Nacht vom 12. auf den 13.03.20 beginnt der Putsch: Die MBE zieht unter schwarz-weiß-roten Fahnen und mit Hakenkreuzabzeichen in Berlin ein. Das Regierungsviertel wird besetzt, die amtierende Koalitionsregierung unter Gustav Bauer (MSPD) will eine militärische Auseinandersetzung im Herzen Berlins verhindern und entschließt sich zur Flucht, die – formal der Regierung unterstellte – Reichswehr weigert sich ohnehin, gegen die Putschisten vorzugehen. Die Regierung ist machtlos. Sie flieht in Autos zunächst nach Dresden und Leipzig, später nach Stuttgart. Noch angesichts des Putsches befürchtet Innenminister Koch von der liberalen DDP den Erfolg eines Gegenstoßes von links. Es gäbe eine ernste Gefahr: die Vereinigung aller Arbeiter:innen und die Räterepublik. Das hieße es, geschickt zu verhindern.

Die Berliner Verbände der Putschisten stehen unter der Leitung von Generallandschaftsdirektor Kapp, dem Gründer der protofaschistischen Deutschen Vaterlandspartei. Kapp ernennt unmittelbar nach dem Putsch eine „Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat“ und ein Kabinett mit Ministern für die jeweiligen Ressorts. Die Nationalversammlung wird für aufgelöst erklärt und über das gesamte Reichsgebiet der Ausnahmezustand verhängt. Eine weitere Führungsfigur, der strategische Kopf, ist von Lüttwitz. Er übernimmt das Reichswehrministerium und den militärischen Oberbefehl.

Die Putschisten stützen sich militärisch auf Teile der Reichswehr, in die mittlerweile diverse Freikorps überführt wurden, die Freikorps selbst, die preußische SiPo, Zeitfreiwilligenverbände und das bewaffnete Bürgertum. Dieses organisiert sich z. B. in „Einwohnerwehren“ oder „Bürgerwehren“ und hatte zum Jahreswechsel 1919/20 ca. eine Millionen Männer organisiert. Sie verfügten in den großen Städten auch über schwere Waffen und gepanzerte Fahrzeuge.

Die Reichswehr steht zwar mehrheitlich, aber nicht als Ganzes, hinter den Putschisten. Vor allem östlich der Elbe (Junkerland) stellen sich diverse Reichswehrkommandeure und hohe Verwaltungsbeamte an ihre Seite. Auch die gesamte Marineführung läuft zur Kapp-Lüttwitz-Clique über. Westlich der Elbe gehen die Kommandeure vorsichtiger vor, allorts versuchen sie aber, den Ausnahmezustand durchzusetzen und Streiks zu unterdrücken.

Gesellschaftlich sind die Putschisten am stärksten in der preußisch-protestantischen Reaktion verankert, aber auch in vielen anderen Regionen Deutschlands schlagen gut vernetzte Verbände der Reaktion zu und greifen nach der lokalen Macht.

Unmittelbare Ziele der Putschisten sind die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie, die Liquidierung der Errungenschaften der Novemberrevolution und die Niederwerfung der Arbeiter:innenklasse. Ein grundsätzliches Streikverbot soll erlassen werden, der Acht-Stunden-Tag soll beseitigt werden, mit der radikalen Linken soll „kurzer Prozess“ gemacht werden. Lüttwitz dazu: „Diese Schädlinge müssen rücksichtslos vernichtet werden. Kampf bis aufs Messer gilt es diesen staatsfeindlichen Elementen gegenüber.“<sup>10</sup> Eine Militärdiktatur auf monarchistischer Grundlage soll errichtet werden, die sich offen und aktiv an der Intervention gegen das junge Sowjetrußland beteiligt.

### 3.4 Wie regieren die Parteien auf den Putsch?

Bereits am 13.03.20 können sich die sozial-liberale DDP und das katholisch-konservative Zentrum zu einer Verurteilung des Putsches durchringen.

Die konservativ-reaktionär und monarchistisch orientierte Deutschnationale Volkspartei (DNVP) spricht sich offen gegen den Parlamentarismus, das „Diktat von Versailles“ und die „Novemberrepublik“ aus. Personell ist sie mit den Putschisten eng verflochten. Kapp war bis vor kurzem im Hauptvorstand der Partei und diverse Putschisten sind Parteimitglieder. Das Führungspersonal der Partei war im Vorfeld über den Putsch informiert, die protofaschistische Strömung in der Partei unterstützt ihn wohlwollend, die konservative Strömung beobachtet ihn eher skeptisch. Sie schätzt die Kräfteverhältnisse realistischer ein und befürchtet, dass die gespaltene Sozialdemokratie angesichts des Putsches wieder zusammenrücken könnte. Große Regionalverbände z. B. in Schlesien und Ostpreußen begrüßen den Putsch offen, die deutschnationale Presse betont dezent die Legitimität der Kappregierung, vermeidet jedoch eindeutige Stellungnahmen.

Die nationalliberale und antirepublikanische Deutsche Volkspartei DVP wird von diversen Industriellen unterstützt und positioniert sich eindeutiger.

Das Führungspersonal begrüßt einhellig den (vermeintlichen) Sturz der Regierung Bauer. Die neue Regierung gebe eine „Bürgerschaft für die Sicherung der Ordnung, des Eigentums, der Freiheit und der Arbeit“<sup>11</sup>. Wenige Stunden nach dem Putsch spricht eine Delegation der Partei in der Reichskanzlei vor, um zu erörtern, wie man den Putsch auf gesetzmäßige Füße stellen könne.

Strategisch möchte Kapp seine Regierung über DVP und DNVP auf eine breite Basis stellen und auch das Zentrum auf seine Seite ziehen.

Schon am ersten Tag des Putsches wird der Generalstreik ausgerufen – maßgeblich durch die Gewerkschaften, MSPD und USPD schließen sich unverzüglich an.

Was tut die KPD? Die Zentrale der KPD zögert und schließt sich dem Aufruf zum Generalstreik zunächst nicht an. Der Putsch „macht die Gefahr von Rechts, der die ganze Weimarer Republik begleitet deutlich. Die KPD Zentrale ist dabei nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben, schließt sich im Gegensatz zur Parteibasis erst verspätet der gemeinsamen Aktion an. Die KPD war bis kurz vor dem Putsch in die Illegalität gedrängt, was nicht gerade ein positives Verhältnis zur Weimarer Demokratie förderte.“<sup>12</sup> Die Partei erkennt zwar an, dass die bürgerliche Demokratie bessere Ausgangsbedingungen als Absolutismus oder offene Diktatur bietet, sie sieht jedoch in der Weimarer Republik kein verteidigungswürdiges gesellschaftspolitisches System.<sup>13</sup> Wenn man kämpfe, dann nicht um den Status Quo zu verteidigen, sondern für die Revolution. Ultralinke Führer:innen der Berliner Bezirksleitung interpretieren den Staatsstreik zunächst lediglich als Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse.<sup>14</sup> Die Parteiführung befürchtet zudem, wie im Januar 1919 erneut zu früh zum Aufstand aufzurufen. Am darauf folgenden Tag korrigiert die Parteiführung auf Druck der Arbeiter:innen von der Basis die Fehlentscheidung. Die KPD ruft nun ebenfalls zum Generalstreik auf.

### 3.5 Der Abwehrkampf

Auf den Putsch folgt ein direkter Zusammenstoß zwischen Konterrevolution und Revolution. Millionen von Arbeiter:innen legen die Arbeit nieder. In den industriellen Zentren, aber auch in vielen kleinen Städten – überall in Deutschland – kommt es zu stürmischen Versammlungen und wütenden Demonstrationen. Bereits zwei Tage später befinden sich 12 Millionen Arbeiter:innen und Angestellte im Ausstand. Produktion, Nachrichtenwesen und Verkehr sind flächendeckend lahmgelegt. Kommunist:innen, Sozialdemokrat:innen, USPDler:innen und Parteilose agieren in ungeahnter Einigkeit. In

Streikleitungen, Aktionsausschüssen, Vollzugsräten und Volksausschüssen<sup>15</sup> finden sich nahezu in allen Orten Vertreter:innen aller Strömungen der Arbeiter:innenbewegung. Auch christlich orientierte Arbeiter:innen, Angestellte, untere und mittlere Beamte, Teile der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums schließen sich an. Was alle eint, ist der unbedingte Wille zur Niederschlagung und Entwaffnung der Konterrevolution und zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Nicht mehr und nicht weniger. Darüber hinaus kämpfen die Arbeiter:innen für eine Erweiterung der demokratischen Errungenschaften und für die Bildung von bewaffneten Arbeiter:innenwehren. Die

Kommunist:innen fordern zudem eine Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter:innen und eine weitgehende Sozialisierung um die ökonomische Macht der Monopole und des Junkertums zu brechen.

Neben dem flächendeckenden Generalstreik kommt es in nahezu allen Landesteilen zu selbstständigen bewaffneten Aktionen gegen Verbände der Reichswehr und bürgerliche „Einwohnerwehren“. Nur in Berlin gibt es angesichts der erdrückenden militärischen Überlegenheit der Putschisten keinen bewaffneten Widerstand. Dort stehen allein 5000 Mann der MBE sowie große Verbände der Sipo und der Einwohnerwehren. Außerdem sind in Berlin vor dem Hintergrund der vergangenen Kämpfe die Fronten zwischen den Parteien der Arbeiter:innen verhärteter als an anderen Orten. In der Hauptstadt gibt es schließlich auch zwei Streikleitungen. Eine setzt sich aus Mitgliedern des ADGB<sup>16</sup> und des MSPD-Parteivorstands zusammen, die andere aus Vertreter:innen der USPD, der KPD und der Betriebsräte. Der Streik wird dennoch geschlossen durchgeführt.

Am entschiedensten werden die Kämpfe dort geführt, wo KPD und der linke Flügel der USPD stark sind. In Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet nimmt die Massenbewegung zeitweise einen revolutionären Charakter an. Gegen den erklärten Widerstand der MSPD-Führung nehmen die Milizen den bewaffneten Kampf auf.



**Süddeutschland:** In Baden, Württemberg und Bayern sind rechte MSPD-Parteigliederungen an den Landesregierungen beteiligt. In Stuttgart wird ein „Arbeiterrat Groß-Stuttgart“ gegründet und es kommt zu einem Generalstreik, der jedoch gebremst wird. In Bayern lehnen es die Sozialdemokraten sogar ab, zum Streik aufzurufen. Es gäbe dafür keinen Anlass.

Bayern wird nach der Niederschlagung der Räterepublik zur rechten Ordnungszelle ausgebaut. Allein in Hof und Nürnberg wird gestreikt. Auch in Frankfurt am Main wird gestreikt. Arbeiter:innen stürmen am 13.03.20 mehrere Polizeireviere und bewaffnen sich. Die zunächst in die Stadt eingerückte Reichswehr wird vertrieben.

**Mitteldeutschland:** In einem Kraftwerk in Bitterfeld, das für die Fernstromversorgung von Berlin zuständig ist, wird noch am 13.03.20 die Arbeit niedergelegt. Auch in Chemnitz, das damals eine Hochburg der KPD ist, wird bereits am Vormittag in allen großen Betrieben gestreikt. 3000 Arbeiter:innen stehen unter Waffen, politische Gefangene werden befreit und der Aktionsausschuss übernimmt die vollziehende Gewalt. In Leipzig ruft der Aktionsausschuss für den kommenden Tag zu Kundgebungen auf. Es kommt dort zur Konfrontation mit der Reichswehr und Zeitfreiwilligenverbänden mit 40 Toten. In Gotha, Halle und vielen weiteren Städten werden Räte gewählt, die Arbeiter:innen bewaffnen sich, z. T. finden größere bewaffnete Auseinandersetzungen statt.

**Norddeutschland:** Hier sind Hamburg, Kiel, Bremen, Braunschweig und Hannover Zentren des Generalstreiks. Fast überall kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. In Harburg bei Hamburg geht der 15.03.20 als Harburger Blutmontag in die Geschichte ein. Dort hat das 700 Mann starke Freikorps „Eiserne Schar“ unter Hauptmann Rudolf Berthold in einer Schule ihr Nachtquartier aufgeschlagen. Eine Vielzahl bewaffneter Arbeiter:innen umstellt das Gebäude. Sie werden von Teilen der im Ort kasernierten Reichswehr sowie Teilen der Bürgerwehr unterstützt. Die Gewerkschaften rufen zum Massenstreik auf. Es wird geschossen, während des Gefechts sterben 24 Menschen, es gibt außerdem eine große Zahl von Verletzten. Als aus Hamburg die Nachricht eintrifft, dass der Putsch dort gescheitert ist, hisst die „Eiserne Schar“ die weiße Fahne und kapituliert. Die Freikorps-Soldaten werden von der wütenden Menge entwaffnet und festgesetzt. Ihr Hauptmann Berthold kommt dabei ums Leben.

### 3.6 Die Rote Ruharmee

Zum Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen bewaffneter Arbeiter:innenklasse auf der einen und Putschisten und Reichswehr auf der anderen Seite wird das Ruhrgebiet. Der linke Flügel der USPD dominiert hier die Arbeiter:innenbewegung und auch die KPD ist hier überdurchschnittlich stark. Noch am Tag nach dem Putsch richten USPD, MSPD und KPD eine gemeinsame Streikleitung ein. In der Massenbewegung gibt es eine revolutionäre Strömung, die lokal unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Von einer Räterepublik oder einer „Märzrevolution“ zu sprechen geht aber am Inhalt der gesamten Bewegung vorbei.

Jedoch werden aller Orts bewaffnete Formationen aufgestellt, die sich schnell als Teile einer „Roten Armee“<sup>17</sup> begreifen. Eine zentrale militärische Leitung mit kriegserfahrenen Genossen wird eingerichtet. In der buchstäblich über Nacht aufgestellten Roten Ruharmee (RRA) kämpfen ca. 100.000 Werktätige von der Basis aller Arbeiter:innenparteien sowie parteilose und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter:innen. Neben verschiedensten Handfeuerwaffen und Gewehren verfügen sie auch über Maschinengewehre und vereinzelt über Artillerie. Schon in der Nacht vom 13. auf den 14.03.20 kommt es in Düsseldorf, Duisburg und vielen weiteren Städten zu bewaffneten Zusammenstößen. In Bochum werden die SiPo und die Einwohnerwehr von Arbeiter:innen entwaffnet. Dabei werden über 2000 Gewehre erbeutet. Der zuständige Reichswehrgeneral ordnet am 14.03.20 die militärische Besetzung des gesamten Ruhrgebiets an. Ab dem 15.03.20 prallen die Armeen in größeren bewaffneten Auseinandersetzungen aufeinander. Meist müssen sich Reichswehr und die angeschlossenen Truppen angesichts der Entschlossenheit und der koordinierten Aktionen der Roten Armee zurückziehen.

### 3.7 Der Putsch bricht zusammen

Am 16.03.20 sieht es im Ruhrgebiet, aber auch im gesamten Reich so aus, als könnten die Arbeiter:innenmilizen die Reichswehr und die Einwohnerwehren militärisch überwältigen.

Dies hat direkte Auswirkungen auf das politische Gefüge. Nach der anfangs wohlwollend-abwartenden Haltung und der faktischen Anerkennung der Putsch-Regierung von DVP und DNVP sehen diese jetzt ein, dass die Unternehmung aussichtslos ist. Sie sehen sich nun mit einer Gegenbewegung konfrontiert und eine Arbeiter:innenregierung scheint sich abzuzeichnen. Die bürgerliche Ordnung steht zur Diskussion. Am 16.03.20 lehnt es die DVP ab, in die Kapp-Regierung einzutreten. Auch die DNVP, die noch zwei Tage zuvor ihre Bereitschaft zur Mitarbeit





bekräftigt hat, macht am 16.03.20 eine Kehrtwende und distanziert sich deutlich von den Putschisten. Sie fordert nun eine „Einheitsfront gegen den Bol-

schewismus“. Kapp und weitere Putschisten werden schweren Herzens aus der Partei ausgeschlossen, um „Schwierigkeiten“ für diese abzuwenden.

Angesichts der militärischen Übermacht der Arbeiter:innenklasse steigt am 17.03.20 die SiPo aus dem Verband der Putschisten aus.

Der Putsch bricht nach knappen fünf Tagen zusammen, am 17.03.20 erklärt Kapp seinen Rücktritt und übergibt an von Lüttwitz. Dieser will zunächst nicht aufgeben, wird aber am Abend von Offizieren, die die Lage ebenfalls erkannt haben, zur Aufgabe gezwungen. Er wird mit einem Auto und falschen Papieren ausgerüstet. Es wird ihm vom Justizminister Eugen Schiffer (DDP) gestattet zu entkommen. Kapp, von Lüttwitz und ihre engsten Mitarbeiter können zunächst nach Ungarn flüchten, Kapp setzt sich dann nach Schweden ab. Seine Auslieferung wird von Regierung und Behörden nicht verlangt, gegen ihn läuft lediglich ein Disziplinarverfahren. Die Reichsregierung behauptet allerdings wahrheitswidrig, dass Hochverratsverfahren gegen die Putschisten eingeleitet seien. Für fast alle am Putsch Beteiligten geht das Unternehmen folgenlos, in wenigen Fällen glimpflich aus.

### 3.8 Was tun?

Die KPD gibt sich mit der Wiederherstellung des Status Quo nicht zufrieden und ruft einen Tag später zur Fortsetzung des Streiks auf, bis die reaktionären Truppen überall entmachtet und die Waffen in den Händen der Arbeiter:innen sind. Auch die USPD ruft dazu auf, den Generalstreik fortzusetzen. Allein im Ruhrgebiet geht neben dem Generalstreik die Offensive der Roten Ruhrarmee weiter. Am 17.03.20 stürmen 10.000 bewaffnete Arbeiter:innen die Stadt Dortmund und besetzen sie. Am 18.03.20 ruft die SPD-Führung aus Berlin dazu auf, den Streik abzubrechen und wieder an die Arbeit zurückzukehren. Am 19.03.20 fordert auch die Reichsregierung dies. Sie schmiert der Massenbewegung Honig um den Mund und lässt verlautbaren, die Arbeiter:innen hätten durch Ihren Kampf für die Demokratie einen „untilgbaren Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben“<sup>18</sup>. Doch viele Arbeiter:innen gehen der rechten Sozialdemokratie auf den Leim und glauben, dass mit dem Sturz der Putschisten und der Wiederherstellung der Zustände die Arbeit getan sei. Die KPD verfügte noch nicht über genügend Erfahrung und die organisatorischen Mittel, um dieser Propaganda eine entsprechende Antwort entgegen zu setzen.

Dennoch befindet sich die Arbeiter:innenbewegung nach der Niederschlagung des Putsches in der Position der Stärke. Der ADGB und der Deutsche Beamtenbund konfrontieren die Regierung Bauer – ebenfalls am 18.03.20 – mit einem 9-Punkte-Programm. Die Forderungen der Massenbewegung

waren zunächst wesentlich weitreichender gewesen. Das 9-Punkte Programm war ein Kompromiss mit der reformistischen Gewerkschaftsführung und der rechten Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaft.<sup>19</sup> Das Programm enthält die folgenden Forderungen:

- Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung
- Entscheidender Einfluss der Gewerkschaften auf regierungspersonelle Entscheidungen
- Bestrafung aller am Putsch beteiligten Personen
- Sofortige Entlassung von Noske und weiteren Ministern
- Demokratisierung der Verwaltung
- Reinigung der Verwaltung von allen reaktionären Persönlichkeiten
- Sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Energieerzeugung
- Tatsächliche Auflösung aller konterrevolutionären Verbände
- Ausübung von Sicherheitsdiensten durch die organisierte Arbeiterschaft

Das Programm könnte die Plattform einer Koalitionsregierung der Arbeiter:innenparteien bilden. Auf Druck der Gewerkschaftsbasis verhandelt der ADGB mit MSPD und USPD über eine Regierung aus diesen beiden Parteien und den Gewerkschaften. Die KPD spricht sich nach heftiger Diskussion für die Bildung einer solchen Arbeiter:innenregierung aus. Aus einer Erklärung der Zentrale: „[...]3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes [...] ist ein Zeichen dafür, dass die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind. 4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur. 5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Ausübung der proletarischen Diktatur.“<sup>20</sup>

Die USPD schwankt, lehnt den Vorschlag einer Arbeiter:innenregierung zunächst ab und befürwortet ihn dann doch. An den Verhandlungen über das 9-Punkte-Programm werden die Gewerkschaftspitzen, die MSPD, die DDP und das Zentrum beteiligt. Der Vorsitzende des ADGB Legien unterbreitet Reichskanzler Bauer zunächst offiziell den Vorschlag einer „Arbeiterregierung“. Bauer sagt eine „Prüfung“ zu unter der Bedingung, dass DDP und Zentrum eine solche Regierung ebenfalls stützen

sollten. Damit wird dieser Vorstoß der Massenbewegung begraben. Die Verhandlungen enden am 20.03.20 schließlich damit, dass die Forderungen stark abgeschwächt werden und die beteiligten Parteiführungen zusagen, bei ihren Fraktionen für die Forderungen einzutreten. Die Führung des ADGB wertet dies als Erfolg und erklärt den Generalstreik ebenfalls für beendet. Das mächtigste Druckmittel ist damit aus der Hand gegeben. Die Gewerkschaftsführung hat sich wissentlich und in voller Absicht über den Tisch ziehen lassen. Die MSPD und der ADGB haben in dieser konkreten Situation erneut die Möglichkeit, sich nach links zu wenden, tun dies aber bewusst nicht. Die eigenen Pfründe und Posten sollen nicht gefährdet werden. Die ADGB-Führung beteiligt sich gerne an der alten Politik der Spaltung der Arbeiter:innenbewegung. Die MSPD setzt ihre bisherige Koalitionspolitik fort. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die sozialdemokratische Regierung kann sich nun mit voller Kraft der Niederwerfung der Massenbewegung widmen.

Die revolutionären Kräfte können eine sozialistische Regierung momentan nicht erzwingen. Der Sieg im Abwehrkampf gegen den Kapp-Putsch konnte wegen der arbeiterfeindlichen MSPD-Führung, der schwankenden USPD und der eigenen Schwäche der revolutionären Kräfte nicht genutzt oder gar ausgebaut werden. Unmittelbar nach der Niederschlagung des Putsches wendet sich die gerettete Reichsregierung mit den Putschtruppen gegen die Massenbewegung der Arbeiter:innen. Fieberhaft wird an einer „Einheitsfront“ zwischen der alten Regierung und denen, die sie eben noch wegputschen wollten, geschmiedet. Es geht gegen die als „bolschewistisch“, wahlweise „spartakistisch“ bezeichnete Massenbewegung. Reichswehrverbände, Einwohnerwehren und Behörden, die allesamt mit Kapp zumindest sympathisiert hatten, schließen sich an und berufen sich plötzlich auf die „verfassungsmäßige Ordnung“. Der von den Putschisten beabsichtigte Krieg gegen die Linke findet also tatsächlich doch noch statt! Er wird allerdings nicht von Kapp und Lüttwitz, sondern von der sozial-liberalen Reichsregierung geführt!

### 3.9 Der Kampf geht weiter!

Im Ruhrgebiet gehen die bewaffneten Auseinandersetzungen weiter, allerdings sind selbst die, die versuchen den Generalstreik fortzusetzen, sich in der Roten Ruhrarmee organisieren und die Waffen nicht aus der Hand geben, eher defensiv aufgestellt. Militärisch behalten sie jedoch vorerst die Oberhand. Politisch fordern sie, dass die konterrevolutionären Truppen entwaffnet und aufgelöst werden, die Ab-

schaffung des verhassten Betriebsrätegesetzes, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Legalisierung bewaffneter Arbeiterwehren. All das sind große Forderungen, die erkämpft werden müssen. Eine Revolution hingegen ist es nicht, da an den Eigentumsverhältnissen zunächst nicht gerüttelt wird. Von vielen wird die Auseinandersetzung jedoch als Vorstufe für einen Kampf für den Sozialismus begriffen.<sup>21</sup> Ungeachtet der kriegsähnlichen Auseinandersetzungen arbeiten Behörden und Verwaltung weitgehend ungestört weiter, vielerorts wird ihre Arbeit jedoch von Arbeiter:innenräten und Aktionsausschüssen überwacht.

Die Truppen des Gewaltapparats der bürgerlichen Konterrevolution, die den revolutionären Arbeiter:innen an der Ruhr gegenüberliegen sind mehr oder weniger die selben, nur ihr Oberbefehl hat sich geändert; nun liegt er bei der sozialdemokratischen Regierung. Diese arrangiert sich schnell mit den ehemaligen Putschisten unter der Parole „Gegen Spartakus!“.

Bei Remscheid werden größere Verbände der Reichswehr eingekesselt. Nach heftigen Kämpfen fällt die Stadt am 18.03.20 an die Rote Ruhrarmee. Am 19.03.20 beginnt der Sturm der Arbeiterarmee auf Essen.<sup>22</sup> In erbitterten Kämpfen wird bis zum 21.04.20 das gesamte Ruhrgebiet von Reichswehr, Freikorps und Polizei befreit. Doch dann wendet sich das Blatt. Der sozialdemokratische Staatskommissar für Rheinland-Westfalen Severing entwickelt die Strategie, die Bevölkerung auszuhungern. Ab dem 21.04.20 werden starke Truppen der Reaktion an den Rändern des gesamten Gebietes zusammengezogen. Bayrische, württembergische und schlesische Truppenteile, diverse Freikorps, auch die immer noch nicht aufgelöste MBE sind mit von der Partie. Lebensmitteltransporte in das befreite Gebiet, auch über die Grenze aus den Niederlanden, werden unterbunden. Die angelegten Vorräte sind schnell aufgebraucht. Als Bedingung für die Lieferung von Lebensmitteln wird verlangt, dass die Rote Armee ihre Waffen strecken soll. Am 22.04.20 macht die Regierung zum Schein Zugeständnisse: Innenminister Heine und Reichswehrminister Noske müssen gegen den erbitterten Widerstand von Ebert gehen. Es wird zugesichert, dass Standgerichte eingestellt werden und dass – insbesondere im Ruhrgebiet – keine Truppen mehr gegen Arbeiter:innen eingesetzt werden sollen. Daraufhin stimmt die USPD gegen den Widerstand des linken Flügels dem Abbruch des im Ruhrgebiet noch andauernden Generalstreiks zu. Am 23.03.20 lädt Severing Beamte, Bürgermeister und Vertreter:innen der Arbeiter:innenparteien aus dem Ruhrgebiet zu

einer Konferenz nach Bielefeld. Vertreter:innen der Roten Armee sind nicht eingeladen. Dennoch wird ein Waffenstillstand vereinbart.

Am 24.03.20 steht das Bielefelder Abkommen: Die Arbeiter:innen werden verpflichtet, die Waffen abzugeben und den Streik zu beenden. Severing versichert, dass die Reichswehr nicht einmarschieren wird, sollten sich die Arbeiter:innen an diese Vorgaben halten. Des Weiteren macht er einige allgemeine Zugeständnisse, angelehnt an das aufgeweichte 9-Punkte-Programm. Die Vertreter der KPD, die an den Verhandlungen teilnehmen und das Abkommen mitunterzeichnen, handeln ohne Auftrag der Partei und werden deshalb im Anschluss von der Bezirksleitung zur Rechenschaft gezogen.

### 3.10 Niederlage und weißer Terror

Das Abkommen wirkt in der RRA „wie Sprengpulver“<sup>23</sup>. Die militärische Oberleitung der RRA in Mülheim an der Ruhr lehnt das Abkommen strikt ab und will eher untergehen, als den Kampf einzustellen. Die politische Zentrale der RRA in Hagen ist von rechten USPDler:innen dominiert. Dort wird das Abkommen „als vollständige Niederlage der Reaktion“<sup>24</sup> gefeiert. In unbegreiflicher Naivität ordnet sie den Rückzug von der Front im östlichen Ruhrgebiet an. Die Vollzugsräte versuchen erst jetzt ein längst überfälliges Versäumnis auszuräumen und eine zentrale Leitung einzurichten.

Am 25.03.20 treffen sich 200 Delegierte aus 70 Städten des Ruhrgebiets in Essen. Dort wird ein Zentralrat gewählt. Zehn Mitglieder gehören der USPD an, sieben der KPD. Die MSPD entsendet ein Mitglied. Der neue Zentralrat äußert sich sowohl gegen den Kapitulationskurs der Hagener, als auch gegen die „Abenteurerpolitik“ der Mühlheimer.

Am 27.03.20 hat der bisherige Reichskanzler Gustav Bauer das Vertrauen seiner Partei und der Gewerkschaften verloren und muss zurücktreten. In der Funktion des Reichskanzlers löst ihn Herrmann Müller ab (beide MSPD).

Die neue Reichsregierung provoziert gleich Tags darauf mit einem Ultimatum: bis zum 30.03.20 sei die RRA aufzulösen und die „staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane“ wieder einzusetzen. Die Waffen seien bei der Polizei abzugeben. Am 29.03.20 ruft der neue Zentralrat zu einem erneuten Generalstreik auf, doch das ist Augenwischerei. Denn bereits am 1.04.20 erkennt der Zentralrat das Abkommen von Bielefeld ausdrücklich an. Die Auflösung der RRA bis zum 2.04.20 wird zugesagt. Von der MSPD wird die militärische Zerschlagung der RRA für eine Machtdemonstration als unverzichtbar angesehen. Am 1. und 2.04.20 zieht sich die RRA aus vielen Stellungen zurück. Freikorps und Reichs-

wehr rücken sofort nach und greifen hinterrücks an. Rückzugsstraßen werden mit Sperrfeuer belegt, Fluchtwege abgeschnitten. Den Resten der RRA fehlt jegliche Koordination. Am 1.04.20 muss sich die Rote Armee beispielsweise aus Recklinghausen zurückziehen. Bei Hamm werden 300 Rotarmisten von bayrischen Truppen, die dort im Vorjahr an der Niederschlagung der Räterepublik beteiligt waren, eingeschlossen. Obwohl die Rotarmisten ihre Waffen niederlegen, überlebt kaum einer von ihnen das anschließende Massaker. Ein Beteiligter in einem Brief: „Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich!“<sup>25</sup> Reichswehr und Zeitfreiwilligenverbände werden von der Regierung eingesetzt um „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen. Wo die Militärs „im Rausch des Ausnahmezustandes“<sup>26</sup> durchziehen, wird der rechte Terror unter Beifall und höhnischem Gelächter des Besitzbürgertums öffentlich exerziert. Völlig willkürlich finden Folter, Vergewaltigungen, Mord und Hinrichtungen, teils nach „Urteilen“ grotesker „Standgerichte“, auf öffentlichen Plätzen statt. Selbst Sanitäter:innen werden ermordet, auch MSPD-Funktionäre sind nicht mehr sicher. Vereinzelt kann noch organisierter Widerstand geleistet werden, so z. B. in Botrop, das gegen die MB Loewenfeld bis zum 4.04.20 gehalten werden kann. Bis zum 7.04.20 fallen Mülheim, Dortmund und Essen.

Alle Kämpfe, die über die Wiederherstellung des Status Quo hinausgehen, werden von der herrschenden Klasse im Bündnis mit der sozialdemokratisch geführten Regierung mittels Freikorps und Reichswehr blutigst bekämpft. Die Arbeiter:innenbewegung soll nachhaltig zerschlagen werden. Zahlreiche lokale und regionale Bürgerkriege werden entfesselt, um die mobilisierte und radikalisierte Massenbewegung niederzuschlagen.

Der Zentralrat will das Blutbad eindämmen und ruft deshalb nicht zum Widerstand auf. Er weist die Aktionsausschüsse und Vollzugsräte an, die verbleibenden Verbände der RRA nach Solingen zu schicken, das derzeit von britischen Truppen besetzt ist.<sup>27</sup>

Anarchist:innen<sup>28</sup> propagieren die Sprengung der Bergwerke und Sabotageakte beim Einmarsch der Regierungstruppen. Der Zentralrat bekämpft diese Tendenzen entschlossen. „Vielleicht hat diese Besonnenheit wirklich das Schlimmste verhindert. Das geplante Massaker findet dennoch statt.“<sup>29</sup> Gedeckt von der Regierung wird reaktionäre Massengewalt gegen die Arbeiter:innenbewegung und gegen organisierte Linke gerichtet. Folter, Mord und Massenerschießungen bleiben ungesühnt. Nach groben

Schätzungen finden in den Tagen des rechten Terrors im Ruhrgebiet mindestens 2.500 Arbeiter:innen den Tod. Zudem werden Tausende in Knäste gesperrt und in Lager interniert. Allein in einem Lager bei Paderborn werden über 1.200 Gefangene eingesperrt. Begleitet werden der Vorstoß der Reaktion und der rechte Terror von klarer politischer Agitation; auf die Häuser der niedergeschlagenen Gebiete sieht man Hakenkreuze gepinselt.

Der Abwehrkampf gegen den Putsch hatte zunächst ein erfolgreiches Ende gefunden. Der Sieg über die Putschisten zeigt, wozu eine einheitlich agierende Arbeiter:innenklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen in der Lage ist. Selbstverständlich gibt es nach wie vor inhaltliche Differenzen zwischen den beteiligten Strömungen und Organisationen in der ideologischen Ausrichtung. Zunächst stehen und kämpfen die Massen jedoch zusammen – ein in der Geschichte der deutschen Arbeiter:innenbewegung bisher singuläres Ereignis. Die Einheitsfront wird im praktischen Kampf geschmiedet und schafft sich eigene Strukturen und Organisationen. Die Orte des Kampfes finden sich abseits der politischen Bühnen des bürgerlichen Staates, wie in Parlamenten oder um Regierungsabkommen. Gekämpft wurde um die Macht auf den Straßen, in den Werken und Schächten. Die RRA wird zur bewaffneten Macht der Klasse, die sich zunächst vom Opportunismus emanzipieren kann.

Die bewaffnete Abwehrreaktion und der Generalstreik führen zu einer rasanten Mobilisierung und Radikalisierung der Massen und zu einer erheblichen Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb weniger Tage. Durch die Einigung auf den gemeinsamen Nenner, dass die Rückkehr zur Monarchie oder eine Militärdiktatur nicht in Frage kommen, entwickelt sich eine enorme Mobilisierungsstärke. Der Putsch wird zurückgeschlagen, der Status Quo ist wieder hergestellt. Die antifeudale und antimonarchistische Massendynamik, die sich auch bewaffnet ausdrückt, ist jedoch noch keine proletarische Revolution. Auch wenn sie dieser in der Form (bewaffnete Arbeiter:innen, Aufbau eigenständiger Strukturen) ähneln mag, ist sie im Inhalt nicht identisch, da sie die Eigentumsverhältnisse zunächst nicht praktisch in Frage stellt.

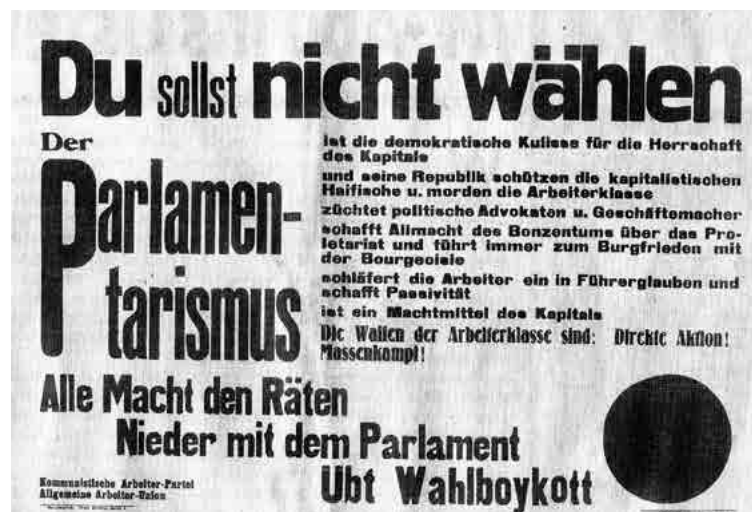
Die Verhandlungen mit der Reaktion, die mit dem Bielefelder Abkommen enden, untergraben die bewaffnete Macht der Arbeiter:innen, lassen inhaltliche Widersprüche aufbrechen und die Einheitsfront zerfallen. Sie verhindern, dass der revolutionäre Elan der Roten Ruhrarmee zum Zündfunken einer Bewegung wird, die an den Kämpfen der Vorjahre anknüpft: Für den Sturz der bürgerlichen Klasse

und den Aufbau proletarischer Rätemacht. Die Folgen sind bereits beschrieben: Repression, rechter Terror, viele Arbeiter:innen werden ermordet und eingekerkert.

Trotz dieser Niederlage und der Repression stärkt die Erfahrung der Aktionseinheit und der mächtigsten Waffen der Arbeiter:innenbewegung, des politischen Generalstreiks und bewaffneter Aktionen den kämpferischen Teil der Bewegung. Diese Erfahrungen aus der Abwehr des Kapp-Putsches beschleunigen den revolutionären Reifeprozess der Arbeiter:innenklasse, es kommt zu einem Linksruck.

Zum Linksruck tragen auch die Massenaktionen der Solidaritätskampagne „Hände weg von Sowjetrußland“ im kommenden Sommer und Herbst 1920 bei. Die Kampagne wird von der KPD initiiert und mitgetragen von der USPD, Teilen der Gewerkschaften, sogar vom linken Flügel der MSPD. Es gibt in ganz Deutschland Großveranstaltungen und eine erfolgreiche Mobilisierung der Hafen- und Eisenbahnarbeiter zur Verhinderung von Waffenexporten.

Die im Februar aus der KPD ausgeschlossene Fraktion gründet im Verlauf des Aprils die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (KAPD). Sie kritisieren die wechselnde Haltung der Führung der KPD zum Generalstreik während des Putsches und die vermeintliche (s. o.) Zustimmung der Partei zum Bielefelder Abkommen, das einer Entwaffnung der Roten Ruhrarmee gleichkam. Die KAPD strebt die sofortige Beseitigung der bürgerlichen Demokratie



und die Errichtung der Diktatur des Proletariats an. Dabei möchte sie sich jedoch nicht am russischen Vorbild orientieren. Auch die leninistische Organisationsform des demokratischen Zentralismus wird abgelehnt. Die Teilnahme an Wahlen wird ebenso

ausgeschlossen, wie die Mitarbeit in reformistischen Gewerkschaften. Die KAPD kann einen kurzzeitigen Aufschwung verzeichnen, verschwindet jedoch bald in der Bedeutungslosigkeit.

### 3.11 Der II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale

Im Juli und August 1920 findet der zweite Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau und St. Petersburg statt. Die beteiligten Parteien setzen sich mit Opportunismus in seiner rechten Ausprägung, aber auch mit linkem Radikalismus auseinander. Der demokratische Zentralismus wird als verbindliches Organisationsprinzip festgelegt, ebenso der Status der KI als Weltpartei mit den einzelnen Parteien als nationalen Sektionen. Der Weltkongress soll dabei als oberste Instanz fungieren. Die von Lenin formulierten 21 Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale werden verabschiedet. Darin wird unter anderem festgelegt, dass Parteien, die Mitglied der KI sein oder werden wollen, ihre Arbeit in Parlamenten und Gewerkschaften sowie ihr Auftreten gegenüber der Presse auf den Boden der Beschlüsse der KI stellen müssen. Ebenso wird festgelegt, dass die Parteien einen parallelen Organisationsapparat im Untergrund aufstellen, der sie dazu in die Lage versetzt, im entscheidenden Moment ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. Die Leitsätze sollen sicherstellen, dass die Parteien einen konsequent revolutionären Charakter erhalten und Reformisten und ihre Strukturen aus den Parteien entfernt werden können. Zentrist:innen, die zwischen reformistischer und revolutionärer Politik schwanken, sollen zu einer Entscheidung bewegt werden.

Da sich aus Deutschland sowohl Delegationen der KPD als auch der USPD beteiligen, spielt dies hier eine entscheidende Rolle. Die USPD befindet sich im Aufschwung, innerhalb dieser Partei gibt es einen ebenfalls erstarkenden linken Flügel, in dem Ernst Thälmann<sup>30</sup> eine zentrale Rolle spielt. Dieser Flügel nähert sich schon während der Aktionen gegen den Kapp-Putsch der KPD an. Der starke linke Flügel der USPD strebt schon bald eine Vereinigung mit der KPD an. Zu diesem Zeitpunkt hat die KPD 70.000 Mitglieder.<sup>31</sup>

### 3.12 Auf dem Weg zur Massenpartei

Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD im Oktober 1920 stimmen 237 von 393 Delegierten für einen Anschluss an die KI und einen Zusammenschluss mit der KPD.<sup>32</sup> Vom 4. bis zum 7.12.1920 findet in Berlin der Vereinigungsparteitag statt. Vorsitzende werden Paul Levi (aus der KPD) und Ernst

Däumig (aus der USPD). Die gefassten Beschlüsse zielen auf Massenarbeit und Arbeit in den Gewerkschaften. Als Organisationsprinzip wird der Demokratische Zentralismus festgeschrieben. Zwei Drittel der USPD schließen sich der KPD an, die die Mitgliederzahl (jetzt 350.000<sup>33</sup>) und ihren Einfluss dadurch erheblich vergrößern kann.<sup>34</sup> Das ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Massenpartei. Als erste kommunistische Partei eines hochindustrialisierten Landes kommt sie auf diesem Weg einen großen Schritt voran. Innerhalb von zwei Jahren ist sie von einem kleinen, eingeschworenen Grüppchen zu einer Organisation gewachsen, die über mehrere hunderttausend Mitglieder verfügt. Das Motto lautet dementsprechend „Heran an die Massen!“. Es hat sich mittlerweile die Ansicht durchgesetzt, dass die Eroberung der Massen nicht in einem Sprung, sondern in einem Prozess, einem langen Weg mit vielen Schritten erfolgen wird. Ziel ist es, in der Arbeiter:innenklasse in vielen Auseinandersetzungen, im Kampf Bewusstsein zu schaffen und zeitgleich eine kampfgestahlte, einheitliche Partei mit zielklaren Kader:innen zu entwickeln, die eine kluge Politik entfalten.

Lenin weist in seiner Schrift „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus“ von 1920 darüber hinaus den Weg, wie die kommunistischen Parteien die Mehrheit in der Arbeiter:innenklasse gewinnen können, ein Bündnis mit den werktätigen Bauern herstellen können und die Massen auf den Kampf um die Macht vorbereiten:

„Jetzt gilt es, alle Kräfte, die ganze Aufmerksamkeit auf den nächsten Schritt zu konzentrieren, der weniger wichtig zu sein scheint – und es von einem gewissen Standpunkt auch wirklich ist – aber dafür der konkreten Lösung der Aufgabe praktisch näherkommt, nämlich darauf, die Form des Übergangs zur proletarischen Revolution oder des Herangehens an sie ausfindig zu machen.“<sup>35</sup>

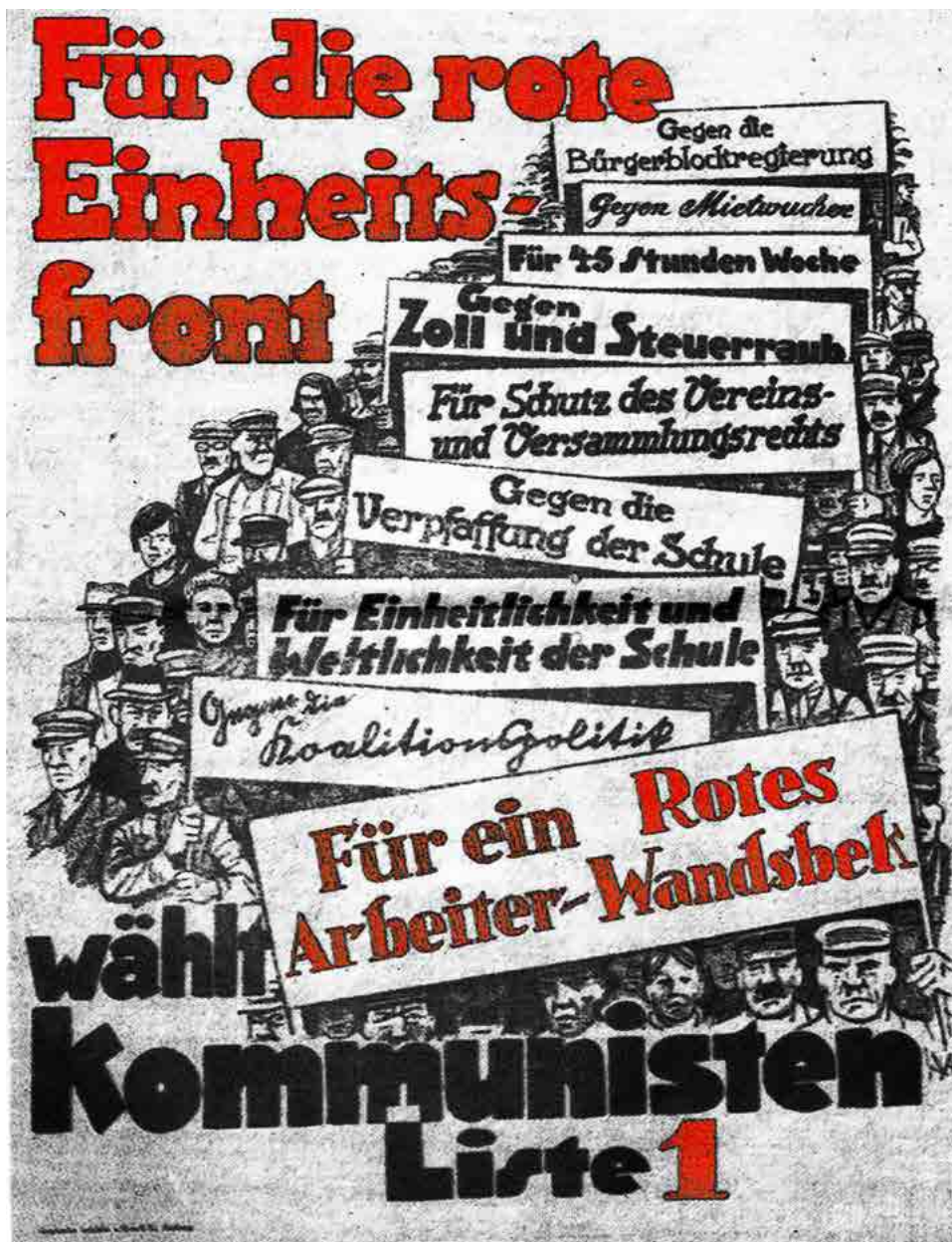
In den schwierigen Aufgabenfeldern der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter:innenklasse und der Bündnisarbeit mit anderen Werktätigen konnte die Partei in der Abwehr des Kapp-Putsches wertvolle Erfahrungen sammeln. Von der daraus hervorgehenden Eroberung der Mehrheit der Arbeiter:innen sind die Kommunist:innen allerdings noch ein gutes Stück entfernt.

Auch im internationalen Zusammenhang ist das hochindustrialisierte Deutschland mit seiner mächtigen und gut organisierten Arbeiter:innenklasse und mit seiner zentralen Lage in Europa von enormer strategischer Bedeutung. Lenin schenkt daher den Kämpfen in Deutschland stets eine besondere Aufmerksamkeit:

„Kaltetes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften, als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen: sich eine Strategie ausarbeiten, die der besten internationalen Strategie der (durch jahrhundertelange Erfahrung im allgemeinen und durch die ‚russische Erfahrung‘ im besonderen) ‚am meisten aufgeklärten‘, fortgeschrittenen Bourgeoisie gewachsen ist – das ist es, was man tun muß und was das deutsche Proletariat tun wird, was ihm den Sieg garantiert.“<sup>36</sup>

Während der zweiten Jahreshälfte 1920 verschärft sich die Inflation. Die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter steigen stark an. Die herrschende Klasse geht in die Offensive, viele Proletarier:innen werden in die Erwerbslosigkeit gedrängt. Die soziale Lage der Klasse spitzt sich zu. Der Kampf um ökonomische Tagesforderungen rückt damit in den Vordergrund.

- 1 Die Sipo ist eine von der Sozialdemokratischen Reichsregierung in Zusammenarbeit mit der Armeeführung neu aufgestellte Polizeitruppe für Berlin. Viele Angehörige kommen aus den Freikorps. Die Sipo ist kaserniert, militärisch organisiert und ausgerüstet, das Kommando obliegt Armeeeoffizieren.
- 2 Vgl. Schwarz, Leo: „Tote im Haus“ – Junge Welt vom 11.01.20
- 3 Schwarz, Leo: „Tote im Haus“ – Junge Welt vom 11.01.20
- 4 Das Gesetz blieb bis 1934 in Kraft.
- 5 Vgl.: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 79
- 6 Lenin, W.I.: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Dietzverlag, Berlin 1974 (10. Auflage), S. 103
- 7 Erich Ludendorff fungierte in Ersten Weltkrieg als Stellvertreter Hindenburgs, galt jedoch als wahrer Chef der Obersten Heeresleitung (OHL), die nicht nur militärisch, sondern auch politisch die Fäden in der Hand hielt. Er pflegt daher beste Verbindungen zu diversen Großindustriellen. Nach 1918 bekämpft er die Republik und verbreitet die Dolchstoßlegende. Im November 1923 wird er maßgeblich am (gescheiterten) „Marsch auf die Feldherrenhalle“, auch Hitler-Ludendorff-Putsch, beteiligt sein.
- 8 Ein Generallandschaftsdirektor ist ein verbeamteter Chef einer Verwaltungseinheit auf regionaler Ebene in Ostpreußen.
- 9 Zeitfreiwilligenverbände sind durchweg antirepublikanisch und nationalistisch eingestellte Verbände von bewaffneten Studenten.
- 10 Zitiert nach: Schwarz, Leo: „Kolossaler Brandherd“ – Junge Welt vom 13.03.20
- 11 Zitiert nach: Schwarz, Leo: „Bestürzende Einsicht“ – Junge Welt vom 18.03.20
- 12 Judick, Günter: Ernst Thälmann und die Kommunistische Internationale in: trend-onlinezeitung 09/03, S.2
- 13 Vgl. Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 81
- 14 Vgl. Ebd. S. 81
- 15 Diese Gremien übernehmen vielerorts die lokale Gewalt, die Koordination der Streiks, die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und Waffen sowie die Aufstellung der Arbeiter:innenwehren.
- 16 Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist von 1919 bis 1933 die weltweit größte nationale gewerkschaftliche Dachorganisation.
- 17 Im Ruhrgebiet wird die „Rote Armee“ Realität. In anderen Teilen Deutschland bleibt sie leider ein Hirngespinnst der Reaktion. In Berlin z. B. sehen sie laut einem Flugblatt „Heere der roten Armee, die zum Entscheidungskampf aufgestellt“ seien (zitiert nach: Schwarz, Leo: „Bestürzende Einsicht“ – Junge Welt vom 18.03.20).
- 18 zitiert nach: Schwarz, Leo: „Bestürzende Einsicht“ – Junge Welt vom 18.03.20
- 19 Vgl. Ebd.
- 20 Krause, Fritz: Arbeitereinheit rettet die Republik, VMB, Faranfurt a.M., 1970, S. 126, zitiert nach: Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 348
- 21 Vgl.: Schwaz, Leo: „Hakenkreuze an der Wand“ – Junge Welt vom 26.03.20
- 22 Um sich ein authentisches Bild dieser Zeit zu verschaffen sei der Roman des Arbeiterschriftsteller Marchwiza „Sturm auf Essen“ empfohlen. Der Autor war 1920 selbst Bergarbeiter auf einer Zeche in Essen und lehnt seinen Roman eng an die tatsächlichen Geschehnisse an.
- 23 Schwaz, Leo: „Hakenkreuze an der Wand“ – Junge Welt vom 26.03.20
- 24 Vgl. Ebd.
- 25 Zitiert nach: Schwaz, Leo: „Hakenkreuze an der Wand“ – Junge Welt vom 26.03.20
- 26 Schwaz, Leo: „Hakenkreuze an der Wand“ – Junge Welt vom 26.03.20
- 27 Die Besetzung durch britische Truppen resultierte aus der dem Ersten Weltkrieg folgenden alliierten Rheinlandbesetzung der Siegermächte.
- 28 Anarchist:innen spielten in Duisburg eine gewisse Rolle, agierten aber losgelöst von überörtlichen Strukturen.
- 29 Schwaz, Leo: „Hakenkreuze an der Wand“ – Junge Welt vom 26.03.20
- 30 Ernst Thälmann wurde 1886 in Hamburg geboren, tritt mit 16 Jahren in die SPD ein und ist in Gewerkschaften aktiv. Ab 1908 betätigt er sich in einem antimilitaristischen Zirkel und beteiligt sich an dessen Flugblattaktionen. 1914 wendet er sich gegen die Kriegskreditbewilligungen. Auch nachdem er 1915 zum Militär eingezogen wurde, agitiert er an der Front gegen den Militarismus. In der Novemberrevolution tritt er der USPD bei und beteiligt sich am Aufbau des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg. Ab Mai 1919 ist er Vorsitzender der Ortsgruppe der USPD in Hamburg.
- 31 Vgl.: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 82
- 32 Für knapp zwei Jahre existiert zusätzlich die Bezeichnung Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD).
- 33 Vgl.: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 81
- 34 In Hamburg wechseln unter Thälmann 98% der Parteimitglieder von der USPD zur KPD.
- 35 Lenin, W.I.: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Dietzverlag, Berlin 1974 (10. Auflage), S. 87
- 36 W.I. Lenin: „Brief an die deutschen Kommunisten“; zitiert nach: Kosing, Alfred (u.A.): Weltall Erde Mensch – Ein Sammelwerk zur Entwicklungsgeschichte von Natur und Gesellschaft, Verlag Neues Leben, Berlin, 1954, S. 337 f



4.

**1921 – ZWISCHEN OFFENEM BRIEF  
UND OFFENSIVTHEORIE**



Auch im Jahr 1921 stand die Entwicklung von Strategie und Taktik der KPD noch in den Anfängen. Im Januar 1921 geht – initiiert von Karl Radek und Paul Levi – der „Offene Brief“ der KPD an die Gewerkschaften, an die MSPD, die in der USPD Verbliebenen sowie an die KAPD. Die Adressierten werden aufgefordert, gemeinsam für die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiter:innen zu kämpfen. Als Basis für gemeinsame Aktionen werden die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter:innen, die Notwendigkeit der bewaffneten Selbstverteidigung gegen rechte Terrorgruppen, die Freilassung der politischen Gefangenen und Handelsbeziehungen mit dem revolutionären Russland vorgeschlagen. Die Führer der anderen Parteien ignorieren den Brief, aber Teile der Basis reagieren positiv.<sup>1</sup> Dieser offene Brief knüpft direkt an die Forderungen der Stuttgarter Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV) an. Er bedeutet eine entscheidende Wende in der Taktik der KPD und wird von vielen Mitgliedern nicht verstanden. Sie glauben, die Partei sei nun stark genug, alleine zu kämpfen. Von Lenin wird der offene Brief hingegen als wichtiger Schritt ausdrücklich begrüßt.

In Opposition zu diesem Kurs kristallisiert sich eine neue, ultralinke Linie heraus, vor allem in Berlin. Vertreter:innen dieser Linie sind u. a. Ruth Fischer<sup>2</sup> und Arkadi Maslow. Sie vertreten die Offensivtheorie. Diese grundlegende taktische Ausrichtung geht von einer permanent gegebenen revolutionären Situation aus und nimmt an, dass nur offensive Aktionen – ohne Berücksichtigung der realen Kräfteverhältnisse der Klassen, der objektiven Situation und der Größe des Einflusses – zum Erfolg führen würden. Jede sich bietende Gelegenheit sei zu nutzen, um Erfahrungen im Kampf zu sammeln. Jede geringste Aktivität sei bis zum Entscheidungskampf zu forcieren. Die Protagonist:innen der Offensivtheorie orientieren sich auf die Bekämpfung der MSPD sowie auf die unmittelbare revolutionäre Machteroberung.

Levi, Däumig, Zetkin und andere kritisieren die Offensivausrichtung als Putschtaktik. Sie erleiden auf einer Zentralausschusssitzung Ende Februar 1921 eine (knappe) Abstimmungsniederlage. Die Mehrheit im Zentralausschuss lehnt diese Kritik ab, die Offensivtheorie setzt sich in der Parteiführung durch. Levi und Däumig treten darauf hin vom Parteivorsitz zurück. Neue Vorsitzende werden Heinrich Brandler und Walter Stoecker. Nach dem Zusammenschluss mit der USPD und dem damit verbundenen sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahl, stürzt sich die Partei, bestätigt durch Vertreter des Exekutivkomitees der KI (EKKI)<sup>3</sup>, voll revoluti-

onärer Ungeduld in das Abenteuer der mitteldeutschen Märzaktion.

#### 4.1. Die „Märzaktion“

Die Vereinigung des linken USPD-Flügels mit der KPD sorgt allein im Bezirk Halle-Merseburg dafür, dass rund 60.000 USPD-Mitglieder zur KPD übertreten. Mitteldeutschland bildet eine Hochburg von KPD und KAPD. Dort ist es der Staatsmacht nach dem Aufstand gegen den Kapp-Putsch nicht – wie in allen anderen Gegenden – gelungen, die Arbeiter:innen niederzuringen und vollständig zu entwaffnen. Es kommt seitdem immer wieder zu wilden – das heißt nicht von den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften organisierten – Streiks und zu spontanen Enteignungsaktionen. Die KPD verfügt hier nach wie vor über sehr großen Einfluss, bei den Landtagswahlen kann sie in einzelnen Wahlbezirken bis zu 40 % mehr Stimmen als SPD und USPD zusammen erringen. Hier startet die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung, im Verband mit den ortsansässigen Kapitalisten, eine großangelegte Polizeiaktion gegen das mitteldeutsche Proletariat. Unter dem Vorwand eines bevorstehenden kommunistischen Aufstands rücken schwerbewaffnete Polizeieinheiten am 19.03.21 in das mitteldeutsche Industrieviertel ein. Die Arbeiter:innenbewegung soll angegriffen und militärisch endgültig niedergeworfen werden.

Die KPD-Führung bekommt im März 1921 Besuch von Vertreter:innen des EKKI, die für eine revolutionäre Aktion werben und Brandler als neuer Vorsitzender vertritt zu diesem Zeitpunkt die Offensivtheorie. Sobald sich die Möglichkeit ergibt, soll sich die KPD auf eine bewaffnete Auseinandersetzung einlassen. Der Einmarsch der Sicherheitspolizei in Sachsen eröffnet dazu eine Gelegenheit. Ohne einen wirklich umfassenden Aufstandsplan ausgearbeitet zu haben, wird am 21.03.21 der Generalstreik ausgerufen. Die Märzaktion, auch ‚mitteldeutscher Aufstand‘, nimmt in der zentralen Industrieregion um Halle, Leuna, Merseburg und Mansfelder Land seinen Ausgang, hier wird flächendeckend gestreikt. Die Polizei greift Streikversammlungen und Protestveranstaltungen an, es kommt zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen.

Ein besonders wichtiger Betrieb sind die Leuna-Werke, wo u. a. synthetisches Benzin hergestellt wird. Dort treten 20.000 Arbeiter:innen in den Streik, 2.000 bewaffnen sich und übernehmen die Kontrolle über das Werk. „Es kommt sogar zum Bau eines Panzerzuges, der aus einer Lokomotive und zwei Waggons besteht, die mit 15 mm dicken Stahlplatten ummantelt sind. Die Stahlplatten haben Schießscharten und auf schweren Holzbohlen sind in je-

dem Waggon zwei Maschinengewehre postiert. Mit diesem Panzerzug beunruhigt die Arbeiterwehr die Polizeitruppen durch mehrere Streiffahrten und schlägt am 25. März das Vorgehen einer Sipo-Hundertschaft gegen das Werk zurück.“<sup>4</sup>

Die KPD versucht den Streik auszuweiten, der militärpolitische Apparat der KPD tritt auf den Plan. Arbeitertrupps um Karl Plättner und Max Hoelz führen militante Aktionen durch. Karl Plättner ist Gründungsmitglied der KAPD. Max Hoelz ist ein früheres KPD-Mitglied, aber zu diesem Zeitpunkt parteilos. Nach der Abspaltung der Linksradikalen von der KPD, ist er als „revolutionärer Abenteurer“ aktiv und leitet schon während des Kapp-Putsches eine bewaffnete Gruppe im Vogtland. Schachtanlagen, Gleise und Justizgebäude fliegen in die Luft, Zechenbüros und Banken werden von bewaffneten Arbeiter:innen überfallen.

MSPD, ADGB und der Teil der USPD, der nicht der KPD beitrug, bilden am 22.03.21 eine gemeinsame Kommission und veröffentlichen Aufrufe gegen Streiks. Ebenfalls am 22.03.21 werden mehrere Demonstrant:innen verhaftet, welche am 23.03.21 wieder befreit werden. Der Protest schlägt in bewaffnete Abwehraktionen um. Für einen erfolgreichen und offensiven bewaffneten Kampf fehlen jedoch die objektiven Voraussetzungen. Klasse und Partei sind nicht ausreichend vorbereitet, lassen sich provozieren und überrumpeln. Außerhalb des Mansfelder Gebiets ist der Streik uneinheitlich und zersplittert. Die Zusammenarbeit zwischen KPD und KAPD scheitert und auch die Truppe um Max Hoelz handelt auf eigene Faust. Größere Solidaritätsaktionen gibt es nur im Ruhrgebiet und in Hamburg.

Am 24.03.21 propagiert die KPD den Generalstreik für das gesamte Reichsgebiet. In Hamburg werden die Reedereien Blohm & Voss und Vulkan besetzt, es kommt zu schweren Unruhen und Schießereien, denen mindestens 20 Arbeiter:innen zum Opfer fallen. Am selben Tag werden die Provinzen Sachsen und Hamburg von Reichspräsident Ebert unter den Ausnahmezustand gestellt. In Mitteldeutschland werden daraufhin die Angriffe und Kämpfe ausgeweitet.

Es schließen sich allerdings reichsweit höchstens 200.000 Arbeiter:innen dem Ausstand an. Letztendlich können die Polizeitruppen die isolierten Arbeiter:innen in Mitteldeutschland militärisch niederschlagen. Die besetzten und verbarrikadierten Leuna-Werke werden durch Artillerie sturmreif geschossen und von den schwerbewaffneten Polizeitruppen zurück erobert. Bei den Kämpfen fallen ca. 150 Arbeiter:innen. Im Angesicht der blutigen

Niederlage für das Proletariat muss die KPD am 01.04.21 dazu aufrufen, den Streik abubrechen. In der anschließenden Repressionswelle werden 6000 Aktivist:innen verhaftet und teils zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt. Acht Urteile lauten auf „lebenslänglich“ und vier Todesurteile werden durch die Klassenjustiz gefällt.

#### **Die Rote Hilfe**

Nach der Niederschlagung der Märzaktion 1921 werden auf Beschluss einer Konferenz der KPD Rote-Hilfe-Komitees gegründet. Sie unterstützen die mit Repression konfrontierten Aktivist:innen und deren Familien. Auf dem IV. Weltkongress der KI wird 1922 die Gründung der Rote Hilfe International (RHI) beschlossen. Aus den Komitees entwickelt sich 1924 die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), eine der größten und aktivsten Massenorganisationen der Arbeiter:innenbewegung. Sie war seitdem die Solidaritätsorganisation der Linken zur Unterstützung der von der Klassenjustiz Verfolgten. 1933 umfasst sie 530.000 Mitglieder und wird von den Faschisten verboten und muss in der Illegalität weiterarbeiten.

Die heutige Rote Hilfe e.V. wird 1975 neu gegründet und steht in der Tradition der RHD. Sie versteht sich als parteiunabhängige und strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation der Linken.

#### **4.2. Die Folgen der Märzaktion und der III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale**

Das Scheitern in der Märzaktion war ein harter Schlag für die KPD. Im Nachhinein lässt sich auswerten, dass es notwendig gewesen wäre, breitere Kreise der Arbeiter:innenklasse im Vorfeld in den Kampf um soziale und demokratische Rechte einzubinden, wie es mit der Politik des offenen Briefes versucht wurde. In der Provokation der Märzkämpfe und der daraus resultierenden militärischen Niederlage, zeigen sich die Gefahren der Offensivtheorie. Die Arbeiter:innen lassen sich den bewaffneten Kampf nicht aufzwingen, während die Partei weitgehend isoliert ist und die objektiven Gegebenheiten nicht günstig sind. Levi bezeichnet die Märzaktion als „größten Bakunistenputsch der bisherigen Geschichte“. Die Niederlage trifft die Partei schwer, ihre Anhänger:innen sind frustriert. Die ausbleibende Revolution und der wiedererstarkende Kapitalismus stürzt die KPD in eine Identitätskrise. Nach fast 200.000 Austritten und Ausschlüssen hat die Partei

fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Nach einer Analyse der Niederlage setzt sich in den folgenden Monaten schrittweise und allmählich die Einsicht durch, dass die Offensivtheorie nicht weiter verfolgt werden soll. Clara Zetkin kritisiert sie beispielsweise und bezeichnet die Aufgabe der Politik des „offenen Briefes“ als schweren Fehler. Jede Aktion der Partei müsse „durch die genaue Klarheit des Kampfes, durch enge Fühlung mit den Massen“ vorbereitet werden und müsse unter Losungen aufgenommen werden, „die so konkrete Lebensnotwendigkeiten der Massen betreffen, dass sie sie eben aufrütteln und zu uns führen“<sup>5</sup>. Ebenso setzt sich die Einsicht durch, dass eine revolutionäre Situation nicht mehr unmittelbar gegeben ist. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, eine neue Linie in einem nicht-revolutionären Umfeld zu definieren. Im April werden Levi und diverse Mitstreiter wegen parteischädigenden Verhaltens – der Veröffentlichung einer Broschüre, die die Märzaktion scharf kritisiert, ohne Genehmigung des Vorstandes – aus der KPD ausgeschlossen. Hauptankläger der Zentrale gegen Levi sind Brandler und Wilhelm Pieck. Lenin stimmt dem Ausschluss wegen parteischädigendem Verhalten zu, unterstützt aber inhaltlich die Position Zetkins. Die grundsätzliche Wertschätzung Lenins für Levi zeigt sich in dem Zitat: „Levi hat den Kopf verloren. Er war allerdings der einzige in Deutschland, der einen zu verlieren hatte.“<sup>6</sup> Brandler wird im April verhaftet und zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt. Die Partei wird nun von Ernst Meyer geführt.

Auf dem III. Weltkongress der KI in Moskau im Juni und Juli 1921 kommt es zu harten Auseinandersetzungen, die jedoch stets genossenschaftlich ausgetragen werden. Die 41 Delegierten aus Deutschland – unter ihnen Ernst Thälmann – stehen mehrheitlich auf dem eher linken Flügel des Kongresses. Lenin, Zetkin und andere vertreten die Gegenposition. Von ihnen wird die Politik des offenen Briefes gelobt und die Märzaktion kritisiert. Auch Lenin übt daran heftige Kritik: nicht an der Offensivtheorie an sich, wohl aber daran, dass sie in einer unpassenden Situation angewandt wurde. Er erklärt in seinem Referat: „Je organisierter das Proletariat in einem kapitalistisch entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit verlangt die Geschichte von uns bei der Vorbereitung der Revolution und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir daran arbeiten, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern.“<sup>7</sup> Anderen Kritiker:innen der Märzaktion wirft Lenin vor, dass sie nur die verkehrte Politik der Zentrale und ihre schlimmen Auswirkungen gesehen haben, nicht aber die kämpfenden Proletarier:innen

in Mitteldeutschland: „Paul Levis gänzlich negative Kritik, die kein Funken Solidarität mit der Partei erkennen ließ, und die Genossen mehr durch ihren Ton als durch Inhalt verärgerte, hat die Aufmerksamkeit von den wichtigsten Gesichtspunkten des Problems abgelenkt [...] Eine rücksichtslose Kritik der Märzaktion war notwendig. Was aber hat Paul Levi gegeben? Es ist grausame Zerfleischung der Partei.“<sup>8</sup>



Clara Zetkin spricht auf dem Weltkongress davon, zwei Fehler gemacht zu haben, nämlich „erstens [...] nicht scharf und klar genug die Aktion, den Kampf proletarischer Massen von der Leitung durch die Zentrale der Partei“ unterschieden zu haben. Und „zweitens [...] nicht scharf genug den sicherlich guten, ehrlichen Willen der Partei von der Propaganda zur Aktion fortzuschreiten, von der ganz unzulänglichen theoretischen und politischen Einstellung der Zentrale zu der Aktion“<sup>9</sup> getrennt zu haben. Des weiteren wird auf dem Kongress beschlossen, auf dem Weg zur Revolution auch Zwischenstufen in Erwägung zu ziehen, die dem Bewusstseinsstand der Arbeiter:innenklasse entsprechen und z. B. Arbeiterregierungen – das meint Koalitionsregierungen mit anderen linken, nicht-revolutionären Sozialist:innen – anzustreben.

### 4.3. Die Taktik der Einheitsfront

Unter dem Eindruck der Kritik Lenins, den Beschlüssen des Kongresses und der Erkenntnis, dass die KPD nur die Minderheit des politisch aktiven, klassenbewussten und organisierten Teils der Arbeiter:innenklasse repräsentiert, jedoch die Mehrheit gewinnen muss, wird eine taktische Neuorientierung vorgenommen. Unter Rückbesinnung auf die Politik des offenen Briefes, wird die Taktik der Einheitsfront entwickelt. Überlegungen Lenins, der in Moskau im Anschluss an den Kongress ähnliche Gedanken weiterverfolgt, fließen in diese Entwicklung mit ein. Unter der Losung „Heran an die Massen!“ kämpfen demnach die kommunistischen Parteien mit sozialistischen und sozialdemokratischen Kräften für die unmittelbaren, materiellen Interessen der Arbeiter:innenklasse. Tagesforderungen und Forderungen nach Sofortmaßnahmen, wie bessere Verpflegung, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen stehen auf der gemeinsamen Agenda, ebenso wie der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion. In der Einheitsfront bleibt, entsprechend der Losung „Getrennt marschieren – Vereint schlagen!“, die programmatische und organisatorische Eigenständigkeit der jeweiligen Kräfte bestehen. Für die Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen mit weiteren Kräften außerhalb der Partei, stellen die Kommunist:innen nicht mehr die Vorbedingung, dass das Ziel der Diktatur des Proletariats anerkannt werden muss. Die Überlegung ist: In den praktischen Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes, wird die Mehrheit der Proletarier:innen sich von der Überlegenheit der revolutionären Methodik und Programmatik überzeugen, nicht zuletzt, weil die Kommunist:innen am entschlossensten für die gemeinsamen Ziele einstehen, nicht einknicken und sich nicht mit faulen Kompromissen über den Tisch ziehen lassen. So gewinnen sie das Vertrauen der sozialdemokratischen und christlichen Basis, die sich dann von ihren reformistischen und zaudernden Führern trennt. Da dies nicht von heute auf morgen geschehen kann, ist die Einheitsfronttaktik langfristig angelegt. Neben einer Auswertung der Geschehnisse in Deutschland, trägt eine theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen aus Russland zur Entwicklung der Einheitsfronttaktik bei. Dort waren 1917, zwischen der Februarrevolution und der Oktoberrevolution, die Bolschewiki durch ihr konsequentes Handeln in einer Einheitsfront gegen einen Militärputsch die stärkste Kraft in der Arbeiter:innenbewegung geworden.<sup>10</sup> Nach der gescheiterten Märzaktion wird die Einheitsfronttaktik sowohl in Deutschland, als auch – durch die KI – weltweit zur bestimmenden Taktik der kommunistischen Parteien. Im August 1921 tagt der 7. Partei-

tag der KPD in Jena, wo die politische Linie auf den Kampf für die Einheitsfront der Arbeiter:innenklasse orientiert wird.

Von März 1921 bis Oktober 1923 finden in Deutschland keine bewaffneten Kämpfe statt. In der Zeit der relativen Ruhe wird die Einheitsfronttaktik als flexibles Mittel genutzt, um in die Massen zu wirken. Ein ständig schwelender Konflikt mit den (ultra-)linken Vertreter:innen der Offensivtheorie, die sich nun in der parteiinternen Opposition befinden, bleibt bestehen. Ihr Flügel ist, vor allem in Berlin um Arkadi Maslow und Ruth Fischer, sowie in Hamburg um Hugo Urbahns und Ernst Thälmann stark. Ernst Thälmann nimmt hier aber insbesondere in Bezug auf die Arbeit in den Gewerkschaften eine starke eigene Position ein. Der (ultra-)linke Flügel kritisiert, dass die Vertreter:innen der Einheitsfrontstrategie sich die (Tages-)Forderungen von SPD und ADGB zu eigen machen (wie z. B. die Sicherung des Achtstundentages sowie des Streik- und Koalitionsrechtes und die Entwaffnung und Auflösung konterrevolutionärer Organisationen) und dass man diese im Rahmen des Systems durchsetzen will. Darin sehen die Kritiker:innen ein Abweichen von kommunistischen Grundsätzen. Die Einheitsfrontstrategie bleibt aber bis 1928 – bis auf eine kurze Phase unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow um 1924/25, in der die Partei zur Offensivtheorie zurückkehrt – die Linie der Partei. Die Einheitsfront-Methodik wurde schon im Widerstand gegen den Kapp-Putsch praktisch umgesetzt, obwohl sie damals noch nicht so genannt wurde. Die Einheitsfrontregierung – eine Koalition aus Kommunist:innen und Sozialdemokrat:innen – wird von der Komintern als „höchste Form der Einheitsfront“ bezeichnet. In einer Situation des Aufschwungs der Arbeiter:innenbewegung, der Radikalisierung des Proletariats und zugespitzter Klassenkämpfe, könne sie die revolutionäre Machtergreifung fördern.

Im Oktober 1921 kann Brandler aus der Festungshaft fliehen und nach Sowjetrußland entkommen. Er übernimmt dort die Aufgabe der Vertretung der KPD bei der KI bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland im September 1922.

Auch wenn die Einheitsfronttaktik nun zentral für die Politik der kommunistischen Parteien ist, warnt das EKKI vor Fehlern bei der Umsetzung. In den Leitsätzen des EKKI über die Einheitsfront vom Dezember 1921 heißt es: „Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend ausgebaut und gefestigt, nicht alle haben mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gänzlich gebrochen. Es sind Fälle von Überschreitungen möglich, Tendenzen,

die tatsächlich die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in einem einheitlichen formlosen Block bedeuten würden. Um die neue Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchzuführen, ist es notwendig, dass die kommunistischen Parteien, die diese Taktik durchführen, stark und fest zusammengeschlossen sind und dass sich ihre Führung durch ideelle Klarheit auszeichnet.<sup>11</sup> Bewährungsproben für die Einheitsfrontpolitik sollte es in Zukunft zu genüge geben.

#### 4.4. Rechter Terror

Bezeichnend für die Nachkriegsperiode ist auch das Erstarken der radikalen Rechten. Bereits von 1919 bis 1920 können diese den Stimmenanteil bei Wahlen verdoppeln. Außerhalb der Parlamente bauen sie Terrororganisationen auf. Unterstützt werden sie dabei durch das Großkapital. Der Industrielle Thyssen hat kein Problem damit, offen zuzugeben, dass er rechte Terrorgruppen mit Waffen ausstattet.

„324 politische Morde von rechts. Gesamtsühne: 90 Jahre, 2 Monate Einsperrung, 730 M. Geldstrafe und 1 lebenslängliche Haft. [...] 22 politische Morde von links. Gesamtsühne: 10 Erschießungen, 248 Jahre, 9 Monate Einsperrung, 3 lebenslängliche Zuchthausstrafen.“<sup>12</sup> Der Statistiker und sozialistische Pazifist Emil Gumbel erfasst hier bei weitem nicht alle Morde, sondern nur diejenigen, für die er ausreichend Daten, wie den Namen des Opfers und die Begleitumstände, ermitteln kann. Er zeigt, dass rechte Mörder quasi straffrei bleiben. Rechte Mordorganisationen, wie die Freikorps und bewaffnete Geheimbünde, wie „Organisation Consul“ (O. C.) begehen sogenannte „Fememorde“ an „Verrätern“. Die O. C. war aus der MBE hervorgegangen, die nach dem gescheiterten Kapp-Putsch 1920 aufgelöst worden war. Sie verfügt über ca. 5000 Mann im gesamten Reichsgebiet, ihre Zentrale operiert von München aus, wo die Polizei sie duldet. Die Organisation ist auf eine terroristische Eskalationsstrategie ausgelegt: Politische Morde sollen die Republik destabilisieren, die politische Linke soll zu einem Aufstand provoziert werden, den die O. C. dann zusammen mit der Reichswehr niederschlagen will. Aus der dadurch gewonnenen neuen Position der Stärke, will sie nach der Macht greifen und eine Militärdiktatur errichten. Die O. C. vertritt einen fanatischen Nationalismus, außerdem spielen Antimarxismus und Antisemitismus in ihrer Ideologie eine tragende Rolle. Im August 1921 wird der Zentrumspolitiker Erzberger von der O. C. ermordet. Er gilt den Rechten als Protagonist einer „Erfüllungspolitik“ in Bezug auf die im Versailler Vertrag festgelegten Reparationszahlungen. Dazu erfolgen zahlreiche Aktionen der Arbeiter:innenklasse.

Bereits im Abwehrkampf gegen den Kapp-Putsch, bildete sich eine praktische Einheitsfront in größerem Maße heraus, die relativ spontan von unten entstand. Auch hier entstand die Einheitsfront nicht, weil die SPD und der ADGB sie wollten, sondern weil sie dazu gezwungen wurden. Diese Entwicklung wird nun, nach den schmerzhaften Erfahrungen aus der Märzaktion, fortgeführt und zu einer stringenteren Taktik weiterentwickelt.

Die Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunist:innen mit allen Arbeiter:innen und bildet gleichzeitig eine Quelle revolutionärer Schulung. Wichtig ist, dass das Erkennen von der Notwendigkeit einer revolutionären Offensive und die Einheitsfronttaktik sich nicht widersprechen. Es geht darum, die notwendigen Bedingungen für eine solche Offensive zu erkennen und ihr mit der richtigen Taktik näher zu kommen.

Die Einheitsfront ist in dieser Phase das hauptsächlich zu entwickelnde Element. Sie ist noch in den Anfängen und es herrscht keine revolutionäre Situation mehr wie 1919. Keinesfalls aber darf sie zu einer anti-revolutionären Strategie werden, die den Aufstand auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt. In den folgenden Jahren wird die Einheitsfronttaktik ständig weiterentwickelt werden.

Die Position der innerparteilichen Opposition gegen die Einheitsfront hat sicher auch mit den unmittelbaren Gewalterfahrungen durch die SPD zu tun, die immer wieder für Massaker an der revolutionären Arbeiter:innenbewegung verantwortlich ist.

1 Vgl.: Harman, S. 257

2 Österreichische Kommunistin, die dort gegen den 1. Weltkrieg agitiert, bald aber nach Deutschland emigriert, um Teil der größeren revolutionären Entwicklungen zu sein. Von 1921-24 leitet sie zusammen mit Arkadi Maslow die Berliner KPD. Ab 1924 gibt es in der gesamten Partei nach dem Scheitern der Brandler-Linie einen Linksruck, in dessen Folge sie zusammen mit ihm kurzzeitig in die KPD-Leitung gewählt wird. Sie erlangt vor allem durch ihre polemischen Auftritte, ihre Feindschaft gegenüber dem Parlamentarismus und die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie Bekanntheit. 1926 wird sie aus der KPD ausgeschlossen. Sie wendet sich besonders gegen die stalinische Politik in der Sowjetunion und in der KI. Im US-amerikanischen Exil unterstützt sie in den 40er und 50ern schließlich die US-Behörden bei der Verfolgung von Kommunist:innen.

3 Die Bolschewiki in Russland sahen sich in ihrer prekären Lage im Kampf gegen die Konterrevolutionäre und die Intervention darauf angewiesen, dass in Westeuropa – insbesondere in Deutschland – weitere Revolutionen folgten. Die deutschen Kommunist:innen standen in der Pflicht, die weltpolitische Isolation und den Angriff auf Sowjetrußland zu brechen.

4 Langer, S. 319.

5 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 328 f., zitiert nach: Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 351 f.

6 Weißbecker, Manfred: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg, Jena 1993, S. 5.

7 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 333 f., zitiert nach: Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 352.

8 Zetkin, Clara: Erinnerungen an Lenin, Berlin 1985, S. 41f.

9 Zetkin, Clara: Redebeitrag über die Märzaktion; in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921, 13. Sitzung, S. 597-605

10 Vgl. Revolutionäre Aktion Stuttgart (Hg.): Die Geschichte von unten schreiben! – 100 Jahre Russische Revolution, Stuttgart 2017, S. 24

11 Leitsätze des EKKI über die Einheitsfront der Arbeiter v. 18. Dezember 1921, zitiert nach: Jentsch (2018), S. 87-88

12 Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922, S. 78 u. 80



## 5. 1922 – RECHTSRUCK UND INFLATION

### 5.1 Exkurs: Die sozialistische Frauenbewegung

Nach dem Ende des Krieges werden Frauen zunehmend aus dem Erwerbsleben gedrängt, da sie den aus dem Krieg „heimkehrenden“ Männern weichen müssen. Dieser Vorgang wird von rechten Kräften bis hinein in die Sozialdemokratie und den Gewerkschaftsapparat befürwortet. Hier herrscht nach wie vor ein traditionelles Frauenbild, in dem die Frau sich ausschließlich um die Familie und den Haushalt zu kümmern hat. Wieder aus der Fabrik an die isolierte Position am heimischen Herd verbannt zu sein, ist nicht nur für politisch aktive Arbeiterinnen ein herber Rückschlag.

Auch innerhalb der sozialistischen Bewegung geht der Einfluss und die Beteiligung der Frauen zurück. Kommunistinnen und die Partnerinnen von Kommunisten entfalten ihr politisches Wirken eher im Hintergrund und sind mit ihren eigenen Forderungen weniger präsent. Während in den Kämpfen im Januar 1919 noch Frauen als Kämpferinnen im Einsatz sind, werden beispielsweise im Abwehrkampf gegen den Kapp-Putsch 1920 Frauen nur noch als Sanitäterinnen eingesetzt. Im Vergleich zu anderen vorangegangenen revolutionären Kämpfen, wie z. B. 1871 im Rahmen der Pariser Commune<sup>1</sup> oder 1917 in Russland<sup>2</sup>, in denen Frauen eine tragende Rolle in den revolutionären Bewegungen spielten und einen entsprechenden Einfluss geltend machen konnten, ist das in der revolutionären Bewegung im Deutschland der frühen 1920er Jahre nicht der Fall. Dies bedeutet nicht, dass Frauen hier nicht mehr präsent sind und ihre spezifischen Positionen nicht mehr artikuliert werden. Aktivität und Einfluss der sozialistischen Frauenbewegung spielen jedoch keine vergleichbare Rolle mehr.

1922 sind unter den 220.000 Parteimitgliedern der KPD 26.710 Frauen, also etwas mehr als 10%. Die Reihen der Protagonistinnen der sozialistischen Frauenbewegung sind ausgedünnt und es fällt ihr immer wieder schwer, sich ausreichend Gehör zu verschaffen. Doch die Bewegung hatte in den Jahren vor und während des Krieges eine solide Basis errichten können und damit eigentlich gute Ausgangsbedingungen.

In der Vorkriegszeit konnte die Bewegung den 8. März als ihren Kampftag etablieren. 1907 konnte mit der Einrichtung eines Internationalen Frauenbüros unter der Leitung von Clara Zetkin eine eigenständige, internationale Frauenstruktur geschaffen werden. Die von Clara Zetkin geleitete proletarisch-feministische Zeitung „Die Gleichheit“ hatte zu Kriegsbeginn 124.000 Abonnent:innen.<sup>3</sup> Mit Zetkin und Rosa Luxemburg gab es zwei stark

exponierte Protagonistinnen, die zunächst dem linken Flügel der Sozialdemokratie, dann der Gruppe Internationale / dem Spartakusbund, der USPD und schließlich der KPD ein weibliches Gesicht gaben. Luxemburg war an den programmatischen Texten der Organisationen maßgeblich beteiligt. Während des Krieges gab es diverse kleine und einige größere Konferenzen der proletarischen Frauenbewegung, z. B. die Internationale Frauenkonferenz in Bern im März 1915 und die Sozialistische Frauenkonferenz in Groß-Berlin im August 1915.

Dass es 1917 maßgeblich Frauen waren, die die Revolution in Russland angestoßen hatten, gab auch den kämpfenden Frauen in Deutschland Rückenwind. Sowohl Luxemburg als auch Zetkin wurden während des Krieges mehrfach inhaftiert und gefoltert und trugen dadurch gravierende gesundheitliche Folgen davon. Als dann dem Krieg ein Ende gemacht wurde, hatte auch die Repression ein vorläufiges Ende. Zetkin und Luxemburg stürzten sich in den Strudel der Novemberrevolution und agitierten, mobilisierten und diskutierten. Sie sprachen auf Demonstrationen, Kundgebungen und auf Räteversammlungen, nicht selten bis zur absoluten Erschöpfung. Dennoch wurden kaum Frauen in die Räte gewählt, auch zum Reichsrätekongress (16. bis 21.12.1918) waren lediglich zwei Frauen delegiert. Die USPD´lerin Käthe Leu hielt eine beeindruckende Rede, in der sie betonte, dass die Sicherung der Revolution nur mit den Frauen gelingen könne und dass mehr Frauen mit dem Sozialismus vertraut gemacht werden müssen. Sie stellte den Antrag, dass der Kongress „(...) es für die besondere Aufgabe der Revolution“ erkläre, „die bisher auf allen Lebensgebieten zurückgesetzten Interessen der Frauen überall tatkräftig zu fördern“<sup>5</sup>.

Die Ermordung von Rosa Luxemburg am 15.01.1919 war ein harter Schlag und unwiederbringlicher Verlust für die revolutionäre Frauenbewegung und deren Verbindung mit der KPD. Clara Zetkin trifft der Verlust ihrer Vertrauten besonders hart, sie ist ohnehin schon gesundheitlich angeschlagen und geschwächt. Doch sie ruft dazu auf, den Kampf im Sinne von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht weiterzuführen: „Ich begreife es nicht, wie das Leben ohne Karl und Rosa seinen Gang weitergehen kann, dass draußen die Sonne scheint... Werden wir es tragen können, ohne die beiden, ohne Rosa zu leben? Der Versuch, es zu tun, hat für mich nur einen Sinn, dem Leben diesen Inhalt zu geben: Im Geist der beiden unter den Massen und mit den Massen zu arbeiten und zu kämpfen, darüber zu wachen, dafür zu sorgen, dass der Geist der Ge-

meuchelten führend bleibt.<sup>16</sup> Nur vier Tage nach dem Mord findet am 19.01.1919 die Wahl zur Nationalversammlung statt.

Nachdem die Frauenbewegung im Kaiserreich und in der Kriegszeit die politischen Räume für sich deutlich erweitert hatte, stimmte der Rat der Vorkaufleute dem aktiven und passiven Frauenwahlrecht am 30.11.1918 zu. Frauen dürfen nun zum ersten Mal auf Reichsebene wählen und gewählt werden. Die bürgerliche Frauenbewegung, die stets die weibliche „Andersartigkeit“ betonte, sieht im Erhalt des Wahlrechts bereits einen bedeutenden Sieg. Die proletarische Frauenbewegung hatte mit für dieses Recht gekämpft, will jedoch mehr. Sie sieht das Frauenwahlrecht nicht als Ziel an sich, sondern als Etappe im gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern für eine befreite Gesellschaft. Sie sieht den Einsatz für die gesellschaftlichen Rechte der Frau als ein Element im Kampf für den Sturz des Kapitalismus. Ein weiteres Thema ist die Frage um unbezahlte Haus- und Reproduktionsarbeit im Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise. Clara Zetkin beharrt darauf, dass die tatsächliche Befreiung der Frau nur erreicht werden kann, wenn die Klassensklaverei abgeschafft sei.

Tatsächlich beteiligen sich nahezu 90% der wahlberechtigten Frauen an den Wahlen zur Nationalversammlung. Von den in der Nationalversammlung vertretenen Parteien hat die USPD den größten Frauenanteil. Die KPD nimmt an dieser Wahl nicht

teil, jedoch dann zur Reichstagswahl im Juni 1920. Für die KPD wird unter anderem Clara Zetkin in den Reichstag gewählt. Sie ist zu diesem Zeitpunkt bereits 63 Jahre alt und gesundheitlich beeinträchtigt. Dennoch bleibt sie die dominierende Persönlichkeit der proletarischen Frauenbewegung mit klar revolutionärem Kurs. Sie bringt sich aktiv in eine große Zahl von Aufgaben und Ämtern auf nationaler und internationaler Ebene ein. 1919 erringt sie ein Mandat für die Verfassungsgebende Landesversammlung von Württemberg in Stuttgart. Mit ihren Mitstreiterinnen baut sie um die am 1. Mai 1919 erstmals erscheinende Zeitschrift „Die Kommunistin“ die Bewegung wieder auf. Ebenfalls 1919 bekommt die Zentrale der KPD eine „Frauenabteilung“. Zetkin gehört der Zentrale (1919-1924), dem obersten Führungsorgan der KPD sowie dem Zentralkomitee (1927-1929) an und leitet die Rote Hilfe Deutschland (RHD). „In keiner proletarischen Massenorganisation der Weimarer Republik waren so viele Frauen aktiv wie in der Roten Hilfe Deutschlands.“<sup>17</sup> Von 1919 bis 1921 arbeitet sie an den Zeitungen „Die Kommunistin“ und „Die kommunistische Fraueninternationale“ mit bzw. gibt sie heraus. Sie hält sich auch immer wieder in Moskau auf und hat ein Vertrauensverhältnis zu Nadeschda Krupskaja und Lenin<sup>8</sup>, der sie mit dem Aufbau eines internationalen Frauensekretariats beauftragt. Schließlich wird sie auch ins EKKI berufen (1921-1933). Dort leitet sie u. a. das Westeuropäische Internationale Frauensekretariat (1921-1925). Nicht zu Unrecht gilt

## Appell der Int. Frauenkonferenz in Bern (1915)

„Frauen des arbeitenden Volkes! (...) Wem nützt der Krieg? Nur einer kleinen Minderheit in jeder Nation. Den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzerplatten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Hass unter den Völkern geschürt und so zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Der Krieg nützt den Kapitalisten überhaupt. Hat nicht die Arbeit der enterbten und ausgebeuteten Massen Waren aufgehäuft, die jene nicht verbrauchen dürfen, die sie erzeugten? Sie sind ja arm, sie können nicht dafür zahlen! Arbeiterschweiß hat diese Waren geschaffen, Arbeiterblut soll ihnen neue Absatzmärkte im Ausland erkämpfen. Kolonialländer sollen erobert werden, wo die Kapitalisten die Schätze des Bodens rauben und billigste Arbeitskräfte ausbeuten. Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck des Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen. (...) Arbeiterfrauen! Arbeiterinnen! Die Männer der kriegsführenden Länder sind zum Schweigen gebracht worden. Der Krieg hat ihr Bewusstsein getrübt, ihren Willen gelähmt, ihr ganzes Wesen entstellt. Aber ihr Frauen, die ihr neben der nagenden Sorge um eure Lieben im Feld daheim Not und Elend erträgt, worauf wartet ihr noch, um euren Willen zum Frieden, euren Protest gegen den Krieg zu erheben? (...) Vereinigt euch in einem Willen, einer Tat! (...) Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hekatomben (...) von Menschen opfert! Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus!“<sup>14</sup>



sie als führende Frauenkämpferin der kommunistischen Weltbewegung. Sie stirbt am 20.06.1933 in Moskau. Ihre Urne wird an der Kreml-Mauer beige-  
setzt. Zusammen mit Clara Zetkin waren zu Beginn der 20er-Jahre und darüber hinaus tausende weitere Kommunistinnen auf unterschiedlichsten Ebenen aktiv am Kampf beteiligt. Zwei von ihnen wollen wir hier exemplarisch vorstellen:

### 5.1.1 Käte Duncker

Käte Döll wird 1871 im badischen Lörrach geboren, 1877 zieht die Familie nach Thüringen um. Käte besucht dort die Schule und absolviert eine pädagogische Ausbildung beim Lehrerinnenseminar in Eisenach. Ab 1893 ist sie dann als Lehrerin tätig. Konfrontiert mit den kärglichen Lebensbedingungen ihrer Schüler:innen aus proletarischen Familien sympathisiert sie bald mit der Sozialdemokratie, besucht Veranstaltungen und liest Veröffentlichungen. 1896 zieht sie nach Hamburg, wo sie auf Clara Zetkin trifft, die einen großen Eindruck auf sie macht. Ihre Anstellung als Lehrerin verliert sie schon bald auf Grund ihrer Unterstützung für die streikenden Hafendarbeiter:innen. 1898 heiratet sie Hermann Duncker und tritt in die SPD ein. Zeitlebens bleiben Käte und Hermann Duncker auch politisch verbunden und unterstützen sich wechselseitig in ihren politischen Aufgaben, Veröffentlichungen und Ämtern. In den folgenden Jahren wird sie Mutter von drei Kindern. Sie hält Vorträge in Arbeiterbildungsvereinen zu einem breiten Spektrum an Themen: Geschichte, Literatur, Nationalökonomie und zu ihren Herzensthemen Pädagogik sowie Frauen- und Kinderrechte. Kinderarbeit bekämpft sie entschieden als „Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise“. So wird sie auch Vorsitzende des „Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“. Sie besucht eine Vielzahl von Veranstaltungen und agitiert öffentlich für ihre Partei. Aus einem Bericht der Leipziger Polizei von 1901: „Die geistig hervorragendste Agitatorin der hiesigen Frauenbewegung ist die frühere Lehrerin, jetzige Frau Duncker, die in fast allen Frauenversammlungen als Rednerin auftritt und dabei die bürgerlichen Frauenvereinigungen bekämpft.“<sup>9</sup>. 1907 zieht die Familie nach Stuttgart, da Käte von Clara Zetkin, mit der sie mittlerweile eine enge Freundschaft verbindet, in die Redaktion der Gleichheit berufen wird, wo sie stellvertretende Chefredakteurin wird. Als Rednerin auf den mittlerweile häufig stattfindenden Frauenkonferenzen ist sie stark gefragt und hält diverse wegweisende Beiträge. Auf diese Weise kommt sie in viele Städte – bis nach Kopenhagen – und mit vielen Genossinnen in Austausch, auch mit Rosa Luxemburg, die sie 1911 in Berlin trifft. Gemeinsam

mit ihr, ihrem Ehemann, Karl Liebknecht, Martha Arendsee, Wilhelm Pieck und einigen anderen stellt sie unmittelbar nach Beginn des Krieges 1914 die Gruppe Internationale auf die Beine, die innerhalb der SPD zum Sammlungspunkt der Kriegsgegner:innen und radikalen Linken wird. Käte Duncker gibt die Schrift „Die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges“ heraus, klärt über die Profitinteressen des



**Heraus ihr Frauen in Stadt und Land  
Nehmt euer Geschick in die eigene Hand!**

Kapitals und die Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen auf und mobilisiert in der Arbeiter:innenschaft gegen den Krieg. Auch zur Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen gegen die Krieg in Bern 1915 (s. o.) wird sie delegiert. Die Gruppe Internationale wächst in den Folgemonaten, gibt die illegalen Spartakusbriefe heraus und gibt sich in Folge dessen den Namen „Spartakus“. Käte Duncker wird die Leitung des Zentralen Bildungsausschusses und die Betreuung von Jugendgruppen übertragen. So gerät sie auch ins Fadenkreuz der Repression der politischen Polizei. Hausdurchsuchungen und Verhöre sind die Folge, schließlich wird sie mit einem behördlichen Redeverbot belegt. Im Folgenden widmet sie sich dem internen Organisationsaufbau. Mit der Abspaltung der USPD von der SPD trennt sich auch die Gruppe Spartakus 1917 von der SPD. In der Novemberrevolution wird die Gruppe parteiunabhängig, Käte Duncker arbeitet in

deren Zentrale in Berlin. Nachdem die Gruppe zum Jahreswechsel 1918/19 in der neugegründeten KPD aufgeht, arbeitet sie auch weiterhin in deren Zentrale. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und während der Hetzjagd auf alle Linken, flüchtet sie nach Skandinavien und hält sich dort an wechselnden Orten versteckt, bis sie Ende 1919 wieder nach Berlin zurückkehrt. Sie wird als Pädagogin an der Arbeiterbildungsschule tätig. So kann ihr ausgeprägtes pädagogisches Talent der Bildungsarbeit der Partei zu Gute kommen. Sie arbeitet in dem Betätigungsfeld, zu dem sie sich berufen fühlt.

1921 zieht sie nach Thüringen und wird dort 1922/23 Landtagsabgeordnete der KPD, wo sie sich neben dem Frauenkampf, dem Kampf gegen Kinderarmut widmet. 1924/25 hält sie sich in Moskau auf. Nach der Rückkehr nach Deutschland veröffentlicht sie die Schrift „Die Frau in der Sowjetunion“. Bis 1933

unterrichtet sie weiter an der marxistischen Abend-schule. Ab 1931 ist sie auch an der Herausgabe der feministischen und kommunistischen Frauenzeitschrift „Der Weg der Frau“ beteiligt, die in großer Auflage gedruckt wird. Nach den ersten Repressions-schlägen 1933 ist die Familie gezwungen, sich aufs Land zurückzuziehen. Hermann Duncker wird dennoch verhaftet. In ländlicher Umgebung be-treibt Käte Duncker eine Pension, die als illegaler Treffpunkt für Antifaschist:innen dient. 1938 wird auch hier die Gefahr zu groß und sie geht in die USA ins Exil. 1947 kehrt sie nach Deutschland zurück und lässt sich in der sowjetischen Zone nieder. Sie lebt zunächst in Rostock, dann in Bernau, wo sie 1953 stirbt.

### 5.1.2 Martha Arendsee

1885 wird Martha Arendsee in Berlin-Wedding geboren. Sie interessiert sich früh für Politik und engagiert sich. Nach der Schule wird sie Angestellte einer Berliner Konsumgesellschaft. 1906 tritt sie der SPD bei und ist von 1907 bis 1916 zuständig für die Frauenarbeit im Bezirk Berlin. Zu Beginn des ersten Weltkrieges wird sie zur Gegnerin der Bewilligung der Kriegskredite durch ihre Partei. 1915 nimmt sie mit Clara Zetkin und Käte Duncker an der Internationalen Frauenkonferenz in Bern teil. Anders als Zetkin und Duncker führt ihr Weg nicht über die Gruppe Internationale und Spartakus. Auch sie steht im Konflikt mit der Burgfriedenspolitik der Mehrheitssozialdemokraten. Als sich 1917 die USPD abspaltet, geht sie mit. Hier bleibt sie zunächst der neuen Partei treu und fühlt sich, als gewähltes Mitglied der Zentrale, dem linken Flügel verbunden. Als 1920 nach dem Kapp-Putsch dieser Flügel zur KPD übertritt, befürwortet sie dies und findet so ihren Weg in die Partei. Im Anschluss ist sie Abgeordnete der KPD in verschiedenen Parlamenten: Von 1919 bis 1924 in der Verfassungsgebenden Versammlung Preußens und dem darauf folgenden Preußischen Landtag und von 1924 bis 1930 im Reichstag. Sie macht sich stets für die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau auf allen Ebenen stark und wird für ihre sozialpolitische Fachkenntnis geschätzt. 1922/23 ist sie Frauensekretärin der KPD Berlin, an der Zeitschrift „Die Kommunistin“ beteiligt sie sich ebenfalls. 1933 wird sie von den Faschisten für ihre politische Tätigkeit zu einer Haftstrafe verurteilt, die sie im Berliner Frauengefängnis Barnimstrasse absitzt. 1934 gelingt ihr die Flucht über Prag und Paris nach Moskau. Dort wird sie Mitarbeiterin der Roten Gewerkschaftsinternationale und von Radio Moskau. 1943 gehört sie als einzige Frau zum Gründungszirkel des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD)<sup>10</sup>. Im Juni 1945 kommt sie mit Wilhelm



Pieck nach Deutschland zurück und engagiert sich 1945/46 im Zentralkomitee der KPD und dann 1946/47 im Parteivorstand der SED. Auch hier ist die Frauenpolitik ihr bestimmendes Thema. 1953 stirbt sie in Berlin. Ihre Urne wird in der Gedenkstätte der Sozialist:innen in Berlin-Lichtenberg beigesetzt.

## 5.2 Arbeitskämpfe im Frühjahr 1922

Der Beginn des Jahres 1922 ist geprägt von Arbeitskämpfen in verschiedenen Bereichen. Die Forderungen sind zunächst hauptsächlich ökonomischer Natur. Es kommt zu einem Arbeitskampf der Bahnarbeiter:innen. Die Regierung lehnt die Lohnforderungen ab und droht stattdessen mit Entlassungen und einer Verlängerung der Arbeitswoche. Sie will ihre Finanzen aufpolieren und das Großkapital beschwichtigen. Vor allem geht es ihr um eine politische Botschaft: die Arbeiter:innenklasse soll lernen, dass sie für die angestrebte Stabilisierung der ökonomischen Situation zu bezahlen hat.

Die unabhängige Gewerkschaft – ihre Mitglieder sind keinesfalls Revolutionär:innen, sondern eher konservativ eingestellt – leistet Widerstand. Sie beschränkt sich dabei auf rein gewerkschaftliche Aktionen. Die KPD ist die einzige politische Kraft, die den Streik unterstützt. Sie kann hunderttausenden Arbeiter:innen zeigen, dass die reformistischen Gewerkschaften nicht einmal Reformen verteidigen werden. Selbst als die meisten eigenen Mitglieder streiken, ist die Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaft „aus Loyalität zu ihren Freunden in der Regierung“<sup>11</sup> nicht bereit, den Streik zu unterstützen.

Reichspräsident Ebert verbietet den Streik, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin beschlagnahmt die Streikkasse und lässt Anführer:innen des Streiks verhaften. Die Reichswehr und die Technische Nothilfe<sup>12</sup> werden eingesetzt, um den Streik zu zerschlagen. Die unabhängige Gewerkschaft muss dem Druck und der Repression schließlich nachgeben.

Parallel zum Streik der Eisenbahner:innen, findet in Berlin ein Streik der Wasser-, Gas- und Stromversorger:innen statt. Auch dieser Streik wird gegen den Willen der Gewerkschaftsführung durchgeführt, und auch hier kommt die Solidarität von den Kommunist:innen. Beim zweimonatigen Streik von 200.000 Metaller:innen in Süddeutschland, ist die Gewerkschaftsführung vorsichtiger und sichert zumindest vordergründig ihre Unterstützung zu. Echte Solidarität kommt aber wieder nur von Kommunist:innen. Sie rufen die Arbeiter:innen anderer Branchen zur Unterstützung auf und treten Versu-

chen, die Streikforderungen abzuschwächen, entgegen. Die KPD organisiert Solidaritätsdemonstrationen für die Streikenden in ganz Deutschland. Ende März sind auch in Oberschlesien und Mitteldeutschland 40.000 Bergarbeiter:innen im Ausstand.

## 5.3 Inflation

Ein dunkler Schatten, der über den Nachkriegsjahren liegt, ist die Inflation, die 1922 einem neuen Höchststand entgegenstrebt. Eine Ursache dafür liegt im verlorenen Krieg, der noch nicht einmal fünf Jahre zurückliegt. Die Regierung hatte 1914 große Kriegskredite aufgenommen in der Hoffnung, diese nach einem schnellen Sieg leicht zurückzahlen zu können. Bekanntlich ist dies so nicht eingetreten. Die Regierung ließ mehr und mehr Banknoten drucken. Dass immer mehr Bargeld im Umlauf war hatte zur Folge, dass sich die Preise von 1914 bis 1918 verdoppelten. Auch nach Kriegsende lebt die neue Regierung weiter „auf Pump“, allein von November 1918 bis Juli 1919 steigen die Preise um weitere 42%.<sup>13</sup> Ab Juni 1922 spricht man von der „großen Inflation“, die Wechselkurse gegenüber dem Dollar steigen rasant. Im Juni 1922 entsprechen 300 Mark einem Dollar, im Dezember desselben Jahres sind es bereits 8000 Mark. Die Preise steigen also wie nie zuvor, während die Löhne längst nicht mithalten. Das Großkapital und die deutsche Industrie drängen auf diese Politik, da ihre Kapitäne so kleinere Betriebe zu einem Bruchteil des eigentlichen Wertes aufkaufen und in ihre Imperien eingliedern können. Jegliche Versuche der Regierung, die Mark zu stabilisieren, werden von ihnen energisch bekämpft. Hugo Stinnes, der unter anderem die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht finanzierte, gilt nach dem Krieg als „König des Ruhrgebietes“ und als mächtigster Mann Deutschlands. Bereits während des Krieges brachte er die Kohlegruben, Eisen- und Stahlwerke sowie die Elektroindustrie in wichtigen Regionen vollständig unter seine Kontrolle und macht als Lieferant von Kriegsgerät und Rohstoffen einen gewaltigen Gewinn. Nach dem Krieg kauft er Betriebe der Papierherstellung, Druckereien, Zeitungen, Verlage dazu und wird so auch Medienunternehmer. Durch die Verquickung von wirtschaftlicher und politischer Macht gilt er als „Sprachrohr der deutschen Wirtschaft“. Ab 1920 sitzt er auch für die DVP im Reichstag, an deren rechtem Rand er sich positioniert. Die Erfüllung der im Versailler Vertrag festgeschriebenen Reparationszahlungen lehnt er strikt ab. Der Historiker Chris Harman attestiert seinen Zeitungen eine „schrille, rechts-nationalistische Tonlage“<sup>14</sup>. Hinzu kommen Werften, Reedereien, Hotels und Großgrundbesitz. Allein in Deutschland verfügt er über 4000 Unter-

nehmen sowie über fast 600 Unternehmen im Ausland und kontrolliert somit einen großen Teil der Exportindustrie. Auf Grund der großen Wirtschaftsmacht, kann er an den Aktienmärkten nahezu uneingeschränkt mit der Mark spekulieren. Durch Verlagerung von großen Mengen Kapitals ins Ausland, kann er diese weiter schwächen. Die wenigen Steuern, zu denen die „Industriekapitäne“ verpflichtet sind, bezahlen sie mit der ohnehin schwachen Mark des folgenden Jahres, die nur noch einen Bruchteil des eigentlich fälligen Betrages Wert ist. Weiter hinken in der Inflation die Löhne den Preisen hinterher. Diese teils erhebliche Differenz erhöht den Profit der Industriellen. Eine Steigerung der Konzentration und Akkumulation des Kapitals wird so auf Kosten der Arbeiter:innen und Teilen des Kleinbürgertums durchgesetzt. Die Inflation erweist sich als hochprofitable Waffe des Industriekapitals. Während sich die Lebensverhältnisse weiter verschlechtern, die Inflation und die damit einhergehende Steigerung der Lebenshaltungskosten weiter an Fahrt aufnehmen, arbeiten in den Gewerkschaften revolutionäre Arbeiter:innen an der Aktionsein-

heit gegen die Offensive des Kapitals. Ihr Einfluss steigt durch ein konsequentes Eintreten für die Interessen der Werktätigen. Im Juni 1922 findet in Leipzig der Bundestag des ADGB statt. Die Mehrheit spricht sich gegen eine Weiterführung der Zentralarbeitsgemeinschaft<sup>15</sup> mit den sogenannten „Arbeitgebern“ aus. Die Gewerkschaftsführung setzt sich im Nachgang einfach über dieses Votum hinweg. Die Führungen von SPD und ADGB untergraben so die Aktionseinheit gegen die Kapitaloffensive.

#### 5.4 Rechtsruck

Neben der voranschreitenden Inflation, destabilisiert eine weitere zentrale Entwicklung die Republik: der Rechtsruck nimmt weiter an Fahrt auf. Ein Großteil des Bürgertums befürwortete zunächst den Widerstand gegen den Kapp-Putsch 1920. Es unterstützte bürgerlich-republikanische Parteien, wie die DDP und das katholische Zentrum. Zu Beginn des Jahres 1922 setzt sich Enttäuschung über die Republik durch. Das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis verschiebt sich weiter nach rechts. Die reaktionären Parteien DVP und DNVP, die antirepu-

## Krise und Rechtsruck

„Der Zerfall der Währung, die Enteignung der Sparer, der Rentner, des Mittelstandes setzte mit voller Wucht ein und brachte das Kleinbürgertum in Bewegung. Doch nicht gegen die Urheber des Unheils, sondern gegen die linken Organisationen. Zahlreiche „Propheten“, Sekten, Narren und Schwindler mit religiös-politischem Anstrich, wie sie stets in Katastrophenzeiten auftauchten, hatten Zulauf von Millionen Menschen und taten zusätzlich das Ihre, die kleinen Leute mit antijüdischen und nationalistischen Parolen zu verhetzen.“<sup>18</sup>

Diese Worte zum Rechtsruck über das Jahr 1922 vom Kommunisten Karl Retzlaw sind noch immer recht aktuell. Die materielle Basis des Rechtsrucks ist auch heute die kapitalistische Krise. Und auch heute ist eine wesentliche Stütze des Rechtsrucks ein Spektrum des Kleinbürgertums, das vom Krisenmanagement der Herrschenden in Bedrängnis gebracht wird und sich rechts radikalisiert. Teils, weil sich dessen materielle Situation direkt verschlechtert oder verunsichert und rechte Kräfte eine nationale, protektionistische Krisenpolitik versprechen (ohne dieses Versprechen jemals einlösen zu können). In großen Teilen aber auch, weil eine reaktionäre kulturelle Identität sicheren Halt zu versprechen scheint, im Gegensatz zu den sozialen Verwerfungen der kapitalistischen Krise. Das passiert vor dem Hintergrund der neoliberalen Zurichtungen der letzten Jahrzehnte: Vor dem Hintergrund kapitalistischer Verwertung in allen Lebensbereichen, von Entfremdung und Vereinzelung und einer spürbaren Ohnmacht gegenüber den großen ökonomischen und politischen Prozessen: Rechte Politik, die sich als Wut „des kleinen Mannes“ gegen die Eliten inszeniert, ist auch eine Antwort darauf, die allerdings nicht darauf ausgelegt ist, die Probleme zu beseitigen.

Und es ist auch heute wieder so, dass Millionen Menschen, große Teile davon aus der Arbeiter:innenklasse, von den Rechten angezogen werden, obwohl deren Politik die soziale Lage der meisten Anhänger:innen nur verschlechtern würde. Anstelle gemeinsamer sozialer Interessen, treten verbreitete Sündenbock-Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus. Anstelle von Solidarität tritt ein Gesellschaftsbild, das von Verrohung und Konkurrenz geprägt ist. Der Nährboden für rechten Aufschwünge in Krisenzeiten bleibt fruchtbar.

blikanisch agitieren, erhalten starken Zulauf. Auch die Stärke und Aggressivität der neuen, militanten (neben der konservativen) Rechten nimmt zu. Eine entscheidende Rolle spielt deren militärischer Arm – Freikorps und bewaffnete Terrorgruppen. Die radikale Rechte hat zwei wesentliche Stützen: die staatlichen Behörden in Bayern und die Generalität der Reichswehr. Nach der Zerschlagung der Räterepublik entwickelt sich Bayern, mit der Hauptstadt München, zum Hort der Reaktion. Der Kapp-Putsch hat dort eine nachhaltige Wirkung, denn er bringt die Bayerische Volkspartei (BVP) und deren extrem rechten Innenminister Escherich an die Macht. Dieser „verwandelte Bayern in eine Festung für alle Gruppen der extremen Rechten in Deutschland“<sup>16</sup>. Die reaktionäre Regierung will Bayern als eigenen Staat mit klerikal-autoritärer Ausrichtung. Es werden 45.000 Mann in bewaffneten Einwohnerwehren organisiert, Reste der Freikorps und anderer bewaffneter Gruppen, u. a. der Marinebrigade Erhardt, finden hier Räume um sich zurückzuziehen und sich neu zu formieren (zum Beispiel die „Organisation Consul“, siehe Kapitel 4). Die lokale Vertretung der Reichswehr, das Armeekommando Bayern, beginnt „durch Vermittlung eines gewissen Hauptmanns Ernst Röhm“<sup>17</sup> ganz offiziell mit der 1920 gegründeten „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) zusammenzuarbeiten. Der Chef der Heeresleitung der Reichswehr von Seeckt befürwortet – angesichts der Versailler Beschränkung auf ein Heer von 100.000 Mann – die Aufstellung klandestiner, paramilitärischer Gruppen, die in Verbindung mit dem regulären Militär stehen und bei Bedarf in dieses eingegliedert werden können. Im Verborgenen entsteht die „Schwarze Reichswehr“, eine organisierte Untergrundorganisation der offiziellen Reichswehr. Sie wird durch Industrielle großzügig finanziert und integriert viele rechte Terrorgruppen. In Bayern können diese auch offen auftreten. Sie werden von der Reichswehr trainiert und führen in München und Nürnberg Paraden durch. Sozialdemokraten und Bürgerliche, die die Freikorps in den vergangenen Jahren gegen Linke einsetzten, geraten nun selbst in deren Fadenkreuz. In mehreren deutschen Ländern wird versucht, NSDAP und Stahlhelm zu verbieten. Der Vollzug der Verbote ist von unterschiedlicher Schärfe. Die – oft halbherzigen – Bestrebungen, mit der aggressiven Rechten fertig zu werden, verpuffen größtenteils. Als es beispielsweise Anfang Juni 1922 zu Zusammenstößen zwischen Arbeiter:innen und Faschisten in Königsberg (heute: Kaliningrad, Russland) kommt, drängt die KPD die USPD und die SPD zur Aktion. Die SPD hält es nicht einmal für notwendig, zu antworten.

### 5.5 Das Rathenau-Attentat

Am 4.06.22 versucht sich die ultrarechte paramilitärische Terrorgruppe „Organisation Consul“ in einem Attentat auf den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann, das jedoch scheitert. Am 24.06.22 führen Mitglieder der O. C. ein folgenschweres Attentat durch: der bürgerlich-liberale Außenminister Rathenau (DDP) wird in Berlin auf offener Straße in seinem Cabriolet mit einer Maschinenpistole erschossen. Um sicherzugehen, werfen die Attentäter noch eine Handgranate in den Wagen. Rathenau wird zum Opfer, da er die verhasste Republik symbolisiert und jüdischen Glaubens ist. Außerdem wird ihm eine „Erfüllungspolitik“ in Bezug auf den Versailler Vertrag vorgeworfen. Auf die Verkündung der Todesnachricht folgen im Reichstag heftige Tumulte. Den Deutschnationalen der DNVP und DVP wird vorgeworfen, die geistigen Urheber des Attentats zu sein.

Auf den Anschlag folgt ein „Wutausbruch in der Arbeiterklasse“<sup>19</sup>. Millionen sind auf den Straßen. Der Aufstand, den die Attentäter auslösen wollen, um ihn dann blutig niederzuschlagen, bleibt allerdings aus. Der Ansatz der Aktionseinheit wird umgesetzt und das Einheitsfrontkonzept einer Bewährungsprobe unterzogen. Die vorangegangene Tatenlosigkeit der SPD ist offensichtlich, nun ist sie zu einer gemeinsamen Reaktion und zu gemeinsamen Aktionen gezwungen. Die drei Arbeiter:innenparteien und die Gewerkschaften schließen das „Berliner Abkommen zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft“. Gefordert wird u. a. die „Auflösung aller monarchistischen und antidemokratischen Organisationen sowie die Säuberung des Staatsapparates von allen antidemokratischen Elementen“<sup>20</sup>, die Befreiung der politischen Gefangenen und die Bildung von bewaffneten Arbeiter:innenformationen.

Lokale Generalstreiks und mächtige Demonstrationen finden in der gesamten Republik statt. Diese Streiks und Aktionen werden vielerorts vom ADGB initiiert, die KPD beteiligt sich aktiv. Der Mord an Rathenau schafft zunächst eine ähnliche Einigkeit und Entschlossenheit wie der Kapp-Putsch, eine bewaffnete Offensive bleibt allerdings aus. Die SPD ruft zunächst auch zu Demonstrationen und Aktionen auf, bricht jedoch den Kontakt zur KPD ab, als sich die erste Wut der Werktätigen gelegt hat. Weitere Aktionen werden schließlich durch SPD-Funktionäre ausgebremst, denn sie sehen ihre Kooperation mit der herrschenden Klasse in Gefahr. Während SPD und ADGB den Proteststurm in parlamentarische Bahnen kanalisieren wollen, setzt die KPD weiter auf außerparlamentarische Kampfformen wie z. B.



weitere Massenproteste. Sie ruft wieder und wieder zur gemeinsamen Aktion und versucht, die SPD-Basis miteinzubeziehen. Die KPD kann sich damit aber nicht grundsätzlich durchsetzen.

Die Regierung Wirth<sup>21</sup> reagiert mit einer zahnlosen Notverordnung („Gesetz zum Schutz der Republik“) gegen die radikale Rechte. Die bayrische Staatsregierung lehnt es beispielsweise einfach ab, das Gesetz umzusetzen. Da die Regierung in Berlin nicht die Reichswehr gegen Bayern einsetzen kann und will, musste sie einen Kompromiss eingehen, der „eine vollständige Kapitulation vor der Rechten in Bayern“<sup>22</sup> darstellt.

Am 3.07.1922 beendet die Führung der KPD die gemeinsamen Aktionen. Sie beugt sich damit dem Druck der Parteilinken und der KI-Abgesandten. Diese kritisieren, die KPD erwecke den Eindruck, sie verteidige die bürgerliche Demokratie.

### 5.6 Die Betriebsrätebewegung

In den Betrieben setzt sich die KPD für starke Betriebsräte ein, die über die engen Grenzen des Betriebsrätegesetzes hinausgehen und sich im Kampf für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen engagieren. Die Betriebsräte sollen aber nicht nur ökonomische Forderungen aufstellen, sie sollen sich auch mit anderen Betrieben zusammenschließen, Kontrollausschüsse bilden und die Preiserhöhung und Spekulation bekämpfen. Die Betriebsrätebewegung erstarkt unmittelbar nach dem Mord an Rathenau. vielerorts gibt es Neugründungen, es entsteht ein neues Netzwerk von Basisorganisationen der Arbeiter:innenklasse. Die neue Macht der Betriebsräte wird von den Betrieben in die Stadtteile ausgedehnt. Nicht zuletzt kommt ihnen eine wichtige Rolle bei der Selbstverteidigung gegen die Rechte zu. Dazu ist sie auch real in der Lage. Un-

ter anderem in Magdeburg, in Baden, der Pfalz, in Hessen, im Rheinland und in Zwickau, kommt es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. In den Gewerkschaften setzen die Kommunist:innen das Konzept der Einheitsfrontpolitik um. Sie können damit ihren Einfluss ausdehnen und übernehmen – trotz Säuberungsaktionen des alten Apparates – in einigen, zuvor sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsgliederungen die Führung, z. B. in der Eisenbahnergewerkschaft in Berlin und Leipzig, in der Bauarbeitergewerkschaft in Berlin und Dresden, oder in der Metallarbeitergewerkschaft, mit Sitz in Stuttgart. Innerparteilich wird dieser Kurs nach wie vor kritisiert. Dem linken Flügel gilt die punktuelle Zusammenarbeit mit SPD-Funktionären als revisionistisch, sie werfen den Vertreter:innen der Einheitsfrontpolitik „übertriebene Nachsicht“ gegenüber der SPD-Führung vor.

Laut Harman kann es jedoch „kaum Zweifel daran geben, dass diese Politik die Partei, nachdem sie 1921 beinahe zerstört gewesen war, 1922 wieder aufgebaut hatte.“<sup>23</sup> 38.000 Neueintritte lassen die Gesamtzahl der Mitglieder auf 220.000 anwachsen. Die KPD ist damit die zu diesem Zeitpunkt größte kommunistische Partei der westlichen Welt.

1922 verzichteten die Alliierten auf die im Versailler Vertrag festgeschriebenen Reparationsleistungen der Republik in Form von Geld. Sie fordern stattdessen Rohstoffe (Stahl, Holz, Kohle). Die Republik bleibt jedoch im Rückstand. Der Großindustrielle Stinnes versucht sich, zur Durchsetzung seiner imperialistischen Interessen, im Sommer 1922 mit an der Regierung vorbei betriebenen, privaten diplomatischen Initiativen. Er arbeitet auf eine Spaltung der Alliierten, in die USA und Großbritannien auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite hin. Die Alliierten sind allerdings nicht auf einen solchen Kompromiss aus. Der französische Kapitalismus steht unter Druck: er muss Schulden begleichen und sein Bürgertum unterstützen. Die neue Regierung unter Poincaré<sup>24</sup> droht damit, dass französische Truppen aus dem südlichen Rheinland nach Norden ins Ruhrgebiet einmarschieren und es besetzen, falls die Reparationen nicht in vollem Umfang bezahlt werden.

### 5.7 Die Weiterentwicklung der Einheitsfronttaktik

Am 9.08.22 übernimmt Heinrich Brandler mit Unterstützung der KI wieder den Parteivorsitz der KPD von Meyer. Im Prinzip setzt er aber eine ähnliche Einheitsfronttaktik (siehe Kapitel 4) fort, die jedoch differenziert und weiterentwickelt wird. Er räumt mit dem Irrglauben auf, die KPD alleine sei im mo-

mentanen politischen Klima für wirksame Aktionen stark genug. Die Einheitsfront dürfe aber auch nicht als Vorwand dazu dienen, von kommunistischen Grundprinzipien abzuweichen. Er schreibt z. B.: „Die Einheit ohne klares proletarisches, d. h. kommunistisches Klassenziel, die Einheitsfront ohne Klarheit darüber, dass der Kampf gegen die Tagesnöte für das Proletariat nur siegreich sein kann, wenn er gesteigert wird zum Kampf um die proletarische Macht, um die Diktatur des Proletariats, ist eine gefährliche kleinbürgerlich-ängstliche Illusion, die das Proletariat mit ungeheuren Opfern bezahlen muss.“<sup>25</sup> Sinn der Einheitsfront sei es vor allem, die anderen Organisationen mitzuziehen und ihre Anhänger:innen zu überzeugen. Sie sei das Mittel, um die Arbeiter:innenklasse für den Kommunismus zu begeistern und die Sozialdemokrat:innen von ihrer Führung zu trennen. In gemeinsam begonnenen Aktionen soll sich zeigen, dass die sozialdemokratischen Führer immer einknicken und einen Kompromiss mit der herrschenden Klasse suchen, statt die Interessen der Arbeiter:innenklasse bis zum Schluss zu vertreten.

Das EKKI warnt auch vor den immanenten opportunistischen Gefahren der Anwendung der Einheitsfronttaktik. Es benennt unter anderem die folgenden Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit die Taktik erfolgreich umgesetzt werden kann:

- Die Partei muss genügend ausgebaut, gefestigt, stark und zusammengeschlossen sein.
- Die Partei muss mit der zentristischen Ideologie gänzlich gebrochen haben.
- Ihre Führung muss sich durch Klarheit auszeichnen.

Ansonsten droht die Auflösung der Partei „in einem einheitlichen, formlosen Block“<sup>26</sup>.

Im September 1922 tritt der rechte Flügel der USPD wieder zur SPD über, am 24.09.22 findet in Nürnberg ein „Vereinigungsparteitag“ statt. Dadurch verstärkt sich der sozialdemokratische Einfluss im Parlament. In diesem besitzt die SPD jetzt 170 von 466 Plätzen. Mit dem Gewerkschaftsapparat werden die Verbindungen noch enger. Die SPD ist jedoch auf Posten und Parlamentarismus fixiert und ignoriert bewusst, was in der Arbeiter:innenklasse vor sich geht. Trotz der ständig wachsenden Wut wegen der Inflation und der realen Bedrohung durch rechte Schläger- und Terrorgruppen, setzt sie auf ihren Apparat und die Arbeiter:innenaristokratie, um die Massen unter Kontrolle zu halten und die Revolutionär:innen mundtot zu machen.

### 5.8 Der IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die Option der Arbeiterregierung

Vom 5.11. bis zum 5.12.1922 tagt der IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau unter dem Vorsitz Lenins – es sollte der letzte mit seiner Beteiligung sein. Die Einheitsfrontstrategie wird bestätigt. Ein Fazit, das aus der Geschichte der letzten fünf Jahre gezogen wird: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Eventualitäten ins Auge fassen; sie müssen verstehen, bei jeder Lage, die revolutionäre Position zu verteidigen.“<sup>27</sup> Die Errichtung einer Arbeiterregierung als mögliche Konsequenz der Einheitsfronttaktik wird erneut als Losung ausgegeben. In einem solchen Zwischenstadium ist die Macht der Monopolbourgeoisie noch nicht wieder gefestigt, an-

Sprungbrett auf dem Wege zur proletarischen Diktatur<sup>28</sup> eingeschätzt. Die SPD soll so gedrängt werden, den bürgerlichen Parteien den Rücken zuzuwenden und in die Arbeiterregierung einzusteigen. Die Arbeiterregierung als höchste Form der Einheitsfront wird als Möglichkeit gesehen, nicht nur die SPD zu blamieren, sondern auch aktiv zu gestalten, positive, revolutionär-demokratische Alternativen zu bieten und ein maßgeblicher politischer Faktor zu werden. Schließlich sei die Arbeiterregierung als Losung der proletarischen Einheitsfrontbewegung „eine Regierung von Arbeiterparteien, die den Versuch macht, gegenüber der Bourgeoisie eine proletarische Politik zu treiben durch Abwälzung aller Lasten auf die besitzende Klassen“, was aber nur möglich sei „wenn sie sich auf die breiten Massen der Arbeiterschaft und ihre Organe stützt, die aus der Einheitsfront entstehen [...], sowie auf die bewaffnete Arbeiterschaft“. Sie sei „weder die Diktatur des Proletariats, noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr“, sondern „ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf

proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben“<sup>29</sup>. Die Diktatur des Proletariats zerschlage dann den demokratischen Staatsapparat und ersetze ihn durch proletarische Klassenorgane. Die Vertreter:innen des linken Flügels (Fischer, Maslow, Sinowjew u. a.) wenden sich entschieden gegen eine Koalition mit der SPD in einer Arbeiterregierung. Sie vertreten den Standpunkt, dass nur eine Regierung der Kommunist:innen – oder zumindest eine von ihnen dominierte

– eine Arbeiterregierung sein kann. Sie übergehen in ihrer Kritik den bewussten dialektischen Charakter einer möglichen Arbeiterregierung, die das Mitglied der KPD-Zentrale August Thalheimer beschreibt: „Es besteht also ein Widerspruch zwischen der Form dieser Regierung (die noch bürgerlich-demokratisch ist), und ihrem materiellen In-



**Krieg u. Faschismus drohn euch zu vernichten.  
Ihr müßt die Einheitsfront errichten!**

dererseits das Proletariat noch nicht befreit. Von der Parteiführung der KPD (Brandler, Radek, Zetkin u. a.) wird die Etablierung einer solchen Arbeiterregierung – also einer möglichen Koalition mit der SPD – als Zwischenstufe auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats, als „praktisches Zwischenergebnis im Kampf gegen die Konterrevolution und [als]



halt (der proletarisch ist). Der proletarische Inhalt dieser Regierung muss daher, wenn er zur Geltung gebracht wird, die bürgerlich-demokratische Form sprengen.<sup>30</sup> Zunächst sind die Etappenforderungen bis hin zur Arbeiterregierung nicht revolutionär. Die Arbeiterregierung beginnt diesseits der Grenze des bürgerlich-demokratischen Staates, da die Mehrheit der Arbeiter:innenklasse noch in den Vorstellungen der bürgerlichen Demokratie gefangen ist. Die Arbeiterregierung erlaubt jedoch einen Blick über den Tellerrand und auf das Abstreifen der bürgerlichen Illusionen. Letztendlich muss sie sich darüber hinaus entwickeln. So wird sie zum Machtinstrument der Arbeiter:innenklasse gegen die Bourgeoisie. Die Arbeiterregierung als Zwischenstufe soll dann abgelöst werden von Arbeiterräten. Soweit die Theorie.

Ende 1922 tritt die sozialdemokratisch unterstützte Regierung Wirth (Zentrum) zurück und wird durch die Cuno-Regierung abgelöst. Cuno (bis 1920 DVP, dann parteilos) bildet ein „Kabinett der Wirtschaft“, das von einer parlamentarischen Minderheit aus Zentrum, DDP, DVP und Bayerischer Volkspartei gestützt wird. Es ist die „reaktionärste Regierung seit dem Krieg“<sup>31</sup>. Cuno wird von Stinnes finanziert und bricht sofort mit der bisherigen „Erfüllungspolitik“, d. h. er stellt die Zahlung der Reparationen ein. Seine Parole lautet „Erst Brot, dann Reparationen“. Im Gegensatz zu Preußen, wo eine „große Koalition“ zwischen SPD und DVP regiert, kommt ein solches Modell im Reichstag nicht zu Stande, die Skrupel sind doch noch zu groß. Die SPD toleriert Cuno jedoch.

Die KPD kann sich im Jahr 1922 stabilisieren. Die „schlimmsten Wunden, die aus der Märzaktion und dem Verlust so vieler Persönlichkeiten herrührten“<sup>32</sup>, heilten in diesem Jahr. Die Einheitsfronttaktik setzt sich in weiten Teilen der Partei durch und wird weiterentwickelt. Zusammenfassend soll nach dieser Taktik die Basis mit nicht-kommunistischen Arbeiter:innen zusammenarbeiten und für konkrete Verbesserungen kämpfen, auch wenn diese nicht auf revolutionäre Veränderung zielen. So soll gezeigt werden, dass die sozialdemokratische Führung „nicht für eine Brotkruste“ (Brandler) kämpfen wird. Nur die Kommunist:innen führen diese Kämpfe und nur mit kommunistischer Taktik werden sie gewonnen.

- 1 Vgl.: Perspektive Kommunismus (Hg.): „Wenn der Kampf wieder aufgenommen wird!“ Die Pariser Kommune 1871; Stuttgart 2021, S. 30 ff.
- 2 Am 8. März 1917 waren es die Demonstrationen zum Internationalen Frauentag, die spontanen Enteignungsaktionen vor Bäckereien der kriegsmüden Frauen und die streikenden Arbeiter:innen die maßgeblich dazu beitrugen, dass in St. Petersburg eine für die Herrschenden unkontrollierbare Situation entstand, aus der die Februarrevolution in ganz Russland folgte. Erinnert sei beispielsweise an die sowjetische Revolutionärin und Feministin Alexandra Kollontai. Sie wurde nach der Revolution Volkskommissarin im revolutionären Kabinett und somit die erste Frau weltweit, die zu einer Ministerin, später auch Botschafterin, ernannt wurde. Sie stellte ihr politisches Handeln in den Dienst der Stärkung der Bedeutung der Frau in der sowjetischen Gesellschaft. Sie erreichte, dass das Eherecht gelockert wurde, der Mutterschutz verbessert wurde, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eingeführt wurde und vieles mehr. Sie arbeitete Vorschläge zur Kollektivierung der Reproduktionsarbeit wie z. B. die Einführung von Volksküchen und die Einführung einer staatlich organisierten Kinderbetreuung aus. Leseempfehlung: Katharina Volk (Hrsg.): „Alexandra Kollontai oder: Revolution für das Leben“, Dietz Verlag Berlin, 2022
- 3 Zetkin bekam die Redaktion der Gleichheit 1917 – und damit ihr bisheriges Lebenswerk – entzogen, da der sozialdemokratischen Führung ihre publizistische Agitation gegen den Krieg zu unbequem wurde.
- 4 Zitiert nach Lou Zucker: Clara Zetkin – Eine rote Feministin; Verlag das neue Berlin, 2021, S. 116 f
- 5 Zitiert nach: Braeg, Dieter u.A. (Hg.): Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, 16.-20. Dezember 1918 Berlin, Stenographische Berichte, Berlin 2018, S. 510f.
- 6 Zitiert nach: Lou Zucker: Clara Zetkin – Eine rote Feministin; Verlag das neue Berlin, 2021, S. 125
- 7 Notz, Giesela: Proletarische Frauen und ihr Weg zum Kommunismus, in: Marxistische Blätter vom 20.12.2009
- 8 Beide kennen sich schon seit 1907 vom Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart.
- 9 [https://de.wikipedia.org/wiki/Käte\\_Duncker](https://de.wikipedia.org/wiki/Käte_Duncker)
- 10 Das NKFD war ein in der Sowjetunion gegründeter Zusammenschluss aus deutschen Kriegsgefangenen und kommunistischen Emigrant:innen mit dem Ziel, den Faschismus zu bekämpfen und ein neues Deutschland zu konzipieren. Sie betrieben deutschsprachige Radiosender und druckten Zeitungen und Flugblätter. Direkt an der Front setzten sie Lautsprecherwagen ein, um deutsche Soldaten zum Überlaufen zu bewegen. An einigen Frontabschnitten geschah dies durchaus mit Erfolg.
- 11 Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998 (Deutsche Ausgabe), S. 293
- 12 Die Technische Nothilfe ist eine 1919 von Gustav Noske (SPD) gegründete Streikbrecherorganisation und eine Vorgängerorganisation des Technischen Hilfswerks (THW) in der BRD.
- 13 Vgl.: Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998 (Deutsche Ausgabe), S. 279
- 14 Ebd., S. 283
- 15 Die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ist ein Bündnis zwischen Gewerkschaften und Industriellen. Sie besteht von 1918 bis 1924. Wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Fragen werden hier geregelt.
- 16 Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998 (Deutsche Ausgabe), S. 289
- 17 Ebd., S. 289 . Ernst Röhm war NSDAP-Mitglied und später Führer der SA.
- 18 Zitiert nach: Retzlaw, Karl: Spartakus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Kapitel 14 – Die Enteignung des deutschen Volkes, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/retzlaw/1971/spartacus/index.html>
- 19 Ebd., S. 295
- 20 Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 352
- 21 An der Regierungskoalition unter Joseph Wirth (Zentrum) sind neben dessen Partei die SPD, die DDP und der Bayerische Bauernbund beteiligt.
- 22 Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998, S. 290
- 23 Ebd., S. 297
- 24 Von 1922 bis 1924 französischer Ministerpräsident und Außenminister. Ende 1922 treibende Kraft hinter der Besetzung des Ruhrgebietes.
- 25 Brandler, Heinrich: Die Bedeutung der Einheitsfront, o.D. 1922, zitiert nach: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 79
- 26 Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 87
- 27 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 369 f., zitiert nach: Krause, Fritz / Steigerwald, Robert: Das andere Geschichtsbuch – Streifzüge durch die neuere Geschichte, VMB, FFM 1986, S. 353 f.
- 28 Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 88
- 29 Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hg.): „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“, Berlin 1923; zitiert nach: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 90
- 30 Thalheimer, August: Über die prinzipielle Begründung unserer Taktik: Die Internationale, Berlin, 4. Jg., Nr. 25 (1922); zitiert nach: Jentsch, Harald: „Die KPD 1914 bis 1924 – Teil I: Zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik“ in: Z – Nr. 115, September 2018, S. 87
- 31 Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998, S. 284
- 31 Ebd., S. 293
- 32 Ebd., S. 293



## 6. 1923 - ARBEITERREGIERUNG UND BEWAFFNETER AUFSTAND

### 6.1 Ruhrbesetzung und Widerstand

Zu Beginn des Jahres 1923 spitzen sich die Widersprüche zwischen deutschem und französischem Monopolkapital um die jeweiligen Macht- und Profitanteile im Ruhrgebiet zu. Die französischen Monopole weigern sich, den deutschen Großkonzernen 40% des geplanten deutsch-französischen Kohle- und Stahlsyndikats zu überlassen. Daraufhin stellt die Regierung Cuno die im Versailler Vertrag geregelten Reparationszahlungen an Frankreich ein und provoziert den Einmarsch französischer Truppen Mitte Januar 1923 ins Ruhrgebiet – die „Ruhrbesetzung“. Hugo Stinnes sieht die – vorhersehbare – Besetzung im Gegensatz zur vollständigen Bezahlung der Reparationen als kleineres Übel an und geht davon aus, dass Frankreich dabei mehr zu verlieren, als zu gewinnen hätte.

Die Regierung Cuno findet für ihre Politik breite Zustimmung im Reichstag. Alle dort vertretenen Parteien – bis auf die KPD – unterstützen nun ihren Kurs. Mit dem Aufruf „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!“ versuchen die Kommunist:innen eine Orientierung in die Arbeiter:innenbewegung zu geben: Gegen den aggressiven Nationalismus der Cuno-Regierung und der „Ruhrbarone“ und für die Verbundenheit mit dem Kampf des französischen Proletariats.

Ein nationaler Taumel, wie ihn das Land seit 1914 nicht mehr erlebt hatte, erfasst Deutschland. Unter der Parole der „nationalen Einheitsfront“ ruft das bürgerliche Lager zum passiven Widerstand im Ruhrgebiet auf. Das bedeutet Massenstreiks in der Industrie, in den Behörden und im Verkehrswesen (mit bis zu zwei Millionen Beteiligten!) und Nichtbefolgung von Anweisungen der Besatzer. Hinzu kommen Sabotageaktionen und Anschläge z. B. auf Fluss-Infrastruktur, um den Abtransport von Kohle durch Frankreich zu verhindern. Bei nationalistisch aufgeladenen Streiks und Auseinandersetzungen mit der Besatzungsmacht, werden bis zum August 120 Arbeiter:innen durch die französische Armee getötet. Auch in anderen Teilen Deutschlands finden Kundgebungen gegen das französische Vorgehen statt. Allein in Berlin gehen 500.000 auf die Straße.

Die Konkurrenz zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie wird in dieser Mobilisierung zum nationalen Interesse der ganzen Bevölkerung gemacht.

Die SPD-Führung stützt den Kurs der reaktionären Regierung Cuno vorbehaltlos und die Gewerkschaftsführung trifft sich mit Vertretern der Industriellen um den „Widerstand“ zu koordinieren.

Streiks sollen nicht zu zahlreich werden, um eine proletarische Eigendynamik zu verhindern. Die französische Seite reagiert auf den Widerstand mit Gewalt, harter juristischer Verfolgung und Ausweisungen. Das betrifft vor allem über 100.000 Bahnarbeiter:innen, Zollbeamte und Polizisten in der ersten Hälfte des Jahres. Die deutsche Regierung versucht derweil, die Loyalität der Arbeiter:innen und der unteren Beamten zu erhalten. Sie befürchtet, dass diese sich ansonsten der mächtigen revolutionären Tradition im Ruhrgebiet oder dem „Rheinischen Separatismus“<sup>1</sup> zuwenden könnten. Sie zahlt deshalb die vollen Gehälter und Umzugskosten der Ausgewiesenen weiter. Durch französische Kräfte kann der regionale Eisenbahnverkehr, trotz der Ausweisungen, wieder in Gang gesetzt werden. Der „passive Widerstand“ erlahmt.

Trotz der Nahrungsmittellieferungen der Regierung in die Region, herrscht Hunger in weiten Teilen der Bevölkerung. Die Ausgaben der Regierung für Nahrungsmittel sind lächerlich, im Vergleich zu den gewaltigen Krediten, die Industriellen und Grubenbesitzern im Rahmen der „Ruhrhilfe“ zugeschoben werden. All diese Kredite werden durch Notendruck gegenfinanziert und sind Inflationstreiber. Im April 1923 verkauft Stinnes große Mengen Reichsmark ins Ausland und gibt der Inflationsspirale so weiteren Schwung. Für ihn ist die Währungsspekulation ein lohnendes Geschäft.

SPD und Gewerkschaften weisen alle Angebote und Versuche der KPD zurück, an der Ruhr eine gemeinsame Einheitsfrontpolitik gegen die Regierungen und Kapitalisten beider Länder und auch gegen die Reaktionäre in Deutschland zu entwickeln.

Bei einer Beratung des EKKI zur Situation in Deutschland in Moskau am 21.06.23, versucht der international angesehene Revolutionär Karl Radek die KPD dann überraschend zu einem nationalistischen Schwenk zu überreden. Den Impuls gibt er mit seiner so genannten „Schlageter-Rede“. In der Rede stellt er einen rechten Volkshelden, den faschistischen Freikorps-Offizier Albert Schlageter, der von einem französischen Militärgericht wegen Widerstandshandlungen gegen die Ruhrbesetzung in Form von Spionage und Sprengstoffanschlägen zum Tode verurteilt wurde, als „mutigen Kämpfer der Konterrevolution“ dar. Und er bietet deutschen Reaktionären einen gemeinsamen Kampf gegen die Entente an. Dahinter steht keine tatsächliche Querfrontstrategie, sondern der taktische Versuch, die immer bedrohlicheren reaktionären Verbände gegenüber der KPD zu neutralisieren. Zwischen 1919

und 23 gibt es über 400 politische Morde, die fast allesamt von Rechten verübt wurden. Und das sind nur die amtlich bestätigten Fälle.

Für kurze Zeit unternimmt die Parteipresse tatsächlich vereinzelte Versuche, diesen Kuschel-Kurs mit den Reaktionären zu fahren, er stößt in der Gesamtpartei aber überwiegend auf Unverständnis und Ablehnung und verschwindet schnell wieder von der politischen Bühne. Bei allen ideologischen Schwierigkeiten herrscht doch Klarheit darüber, dass die Faschisten der Todfeind der Arbeiter:innenbewegung sind.

### 6.2 Der VIII. Parteitag der KPD

Ende Januar / Anfang Februar 1923 findet der 8. Parteitag der KPD in Leipzig statt. Dort verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen dem linken Flügel um Ruth Fischer und Arkadi Maslow und den Kräften um Heinrich Brandler. Alle Anträge der „Ultralinken“ werden auf dem Parteitag abgelehnt. Mit 118 gegen 59 Stimmen werden die „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung“ der Zentrale gegen den Widerstand des linken Flügels durchgesetzt. Außerdem wird Brandler erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Er löst Ernst Meyer ab, der zwar zentraler Kopf der erfolgreichen Einheitsfrontpolitik 1922 war, aber weniger geeignet scheint, die Partei in der sich weiter verschärfenden kapitalistischen Krise in die Offensive zu führen.

Die Leitsätze knüpfen an die Beschlusslage des IV. Kongresses der KI (siehe Kapitel 5.8) an und definieren die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um den Kommunismus als wichtigste Aufgabe. Ein Auszug: „Das größte Hindernis der Entwicklung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats ist der Einfluss der reformistischen sozialdemokratischen Führer. Die Kommunistische Partei muss sich deshalb in jeder ernstesten Situation sowohl an die Massen wie auch an die Spitzen aller proletarischen Organisationen mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf zur Bildung der proletarischen Einheitsfront wenden. Neben der Eroberung dieser alten Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften) muss die proletarische Einheitsfront zur Durchführung ihrer Ziele auch neue Organe schaffen, die die ganze Klasse erfassen (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, politische Arbeiterräte) [...] Nur die ganze Klasse [...] vermag [...] mit diktatorischer Gewalt alle Widersprüche der Gegenrevolution niederzuschlagen.“<sup>2</sup>

In Folge des Parteitags, wird die revolutionäre Betriebsrätebewegung verstärkt unterstützt. Neue Kontrollausschüsse gegen Preiswucher werden ini-

tiert, um die kostenlose Verteilung oder den verbilligten Verkauf von beschlagnahmten Schieberwaren zu organisieren. Hier sind vor allem Frauen aktiv.

### 6.3 Proletarische Hundertschaften

Nach dem Parteitag sollen die bisherigen „Arbeiterwehren“ in „Proletarische Hundertschaften“ umgewandelt werden, in denen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter:innen zusammen agieren. Sie sollen zur schlagkräftigen militärischen Struktur unter Leitung des Ordnerdienstes (OD) der KPD aufgebaut werden. Der gesamte militärische und nachrichtendienstliche Apparat der Partei wird in den nächsten Monaten verstärkt aufgebaut.

Die Hundertschaften haben verschiedene Aufgaben: Frontblöcke auf Demonstrationen, Aktionen gegen Faschisten, die deren Bewegungsfreiheit einschränken, Schutz von Veranstaltungen, Versammlungen und Streikposten und Aufklärung über den Faschismus. Die Hundertschaften können von den Kontrollausschüssen eingesetzt werden, um beschlossene Maßnahmen gegen Spekulation und Zwangsräumungen durchzusetzen. Obwohl sie sich als „Vorhut einer Roten Armee“ verstehen, werden sie nicht ausschließlich aus Parteimitgliedern rekrutiert. Sie gelten als Ausdruck der organisierten Einheitsfront. So setzen sich beispielsweise die Mitglieder der Hundertschaften in Sachsen zu 40% aus der KPD, zu 20% aus der SPD, weitere 40% aus parteipolitisch unorganisierten Gewerkschaftern zusammen. Insgesamt wachsen sie auf 50. - 60.000 Mitglieder an. Viele Hundertschaftler sind ehemalige Angehörige der Fronttruppen. Bei Veranstaltungen faschistischer Organisationen „k[ommt] es vor, dass kurz nach Versammlungsbeginn blitzartig sämtliche Ausgänge von Gruppen der proletarischen Hundertschaften besetzt w[e]rden, die zunächst den Saalschutz der Faschisten entwaffne[n], dann den Redner höflichst zu seinem Stuhl geleite[n] und schließlich dafür sorg[en], dass sich alle Anwesenden die aufklärenden Worte eines Referenten der KPD anhören [müssen]“<sup>3</sup>.

Ausschlaggebend für die Aufstellung der Hundertschaften ist der Ordnerdienst der KPD, der nach dem Parteitag von militärisch erfahrenen Parteifunktionären konspirativ neu aufgestellt wird. Politisch-militärische Bildung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Für Mitglieder des Ordnerdienstes wird in diesem Zeitraum daher die Zeitung „Vom Bürgerkrieg“ verdeckt herausgegeben. In der Zeitung werden keine Handlungsanweisungen gegeben, sondern vergangene Kämpfe aus der revolu-

tionären Geschichte analysiert, um die Leserschaft dazu zu befähigen, selbst ein tieferes Verständnis verschiedener Taktiken und möglicher Ansätze zu entwickeln. Außerdem werden lokale Ordnerdienst-Strukturen gezielt aufgebaut.

Diese gliedern sich nach einem Wohnbezirkprinzip und werden von Militärorganisationsgeleiteten, die wiederum den jeweiligen lokalen Parteileitungen unterstehen. In Hamburg wird im Laufe des Jahres z. B. folgende Struktur entwickelt: „8 Stoßtruppler und der Führer bilden eine Gruppe, 4 Gruppen bilden eine Abteilung und 4 Abteilungen wiederum einen Zug mit dem Zugführer an der Spitze. Zum Bestande eines Zuges gehören mehrere Radfahrer, Motorradfahrer, einige Sanitäter (aus dem proletarischen Samariterbund) und eine Gruppe von Kundschaftern, in der Hauptsache Frauen.“<sup>4</sup>

Im gesamten Stadtgebiet Hamburg gibt es 15 Hundertschaften mit jeweils 40-60 Mitgliedern.

Die Vorbereitung auf militärischer Ebene erlangen auch deshalb eine ganz konkrete Bedeutung, weil sich abzeichnet, dass die Rechten jederzeit losschlagen könnten: Reaktionäre Parteien, Nazis und andere Völkische, ihre Wehrverbände und Verbindungen in die Reichswehr, gewinnen an Stärke und bereiten sich vor. Daher konzentrieren sich die Arbeit des Nachrichtendienstes der Partei und die antimilitaristische Propaganda auf diese Strukturen. In diesem Zeitraum wird deshalb auch die antifaschistische Recherchezeitung „Chronik des Faschismus“ herausgegeben, in der Informationen über die Aufrüstung der Gegenseite veröffentlicht werden.

Gleichzeitig ist der Staatsapparat schon damals vor allem an der Verfolgung der revolutionären Arbeiter:innenbewegung interessiert. Seit 1919 sorgt die reaktionäre Klassenjustiz dafür, dass revolutionäre Gefangene die deutschen Knäste füllen. Die KPD initiiert bereits 1921 Gefangenenhilfe in Rote-Hilfe-Komitees, Vorläuferstrukturen der Roten Hilfe Deutschland, die am 1. Oktober 1924 gegründet wird. Ab 1922 sind die Komitees an der Gründung der Internationalen Roten Hilfe beteiligt, die auch mit der KI verbunden ist.

Am 18.3.23 ruft die internationale Solidaritätsorganisation zu einer „wichtigen internationalen Protestaktion für alle revolutionären politischen Gefangenen“ auf. Der Tag wird zum „Tag der politischen Gefangenen“ erklärt. In diesem Zuge soll auch die Arbeit zu und mit den Gefangenen ausgebaut und professionalisiert werden, dazu gehörten auch damals schon der Briefkontakt und die Versorgung der Gefangenen, Öffentlichkeitsarbeit und eigene Publikationen.

Die traditionellen Feiern am 18.3. zum Gedenken an die Pariser Kommune werden schon in den Vorjahren von den Rote-Hilfe-Komitees für Sammel-Aktionen zur Unterstützung der politischen Gefangenen genutzt. Die Solidarität überwiegt den materiellen Mangel: Trotz der inflationsbedingten Verarmung kommt viel Geld zusammen und der heute noch bedeutende „Tag der politischen Gefangenen“ wird zu einem Symbol, das den Kampf gegen die Kerker und Massaker der Konterrevolution von gestern und heute verbindet.

Gleichzeitig hält der Kampf zwischen den unterschiedlichen politischen Linien in der Partei weiter an. Vor allem in den Bezirken Berlin-Brandenburg, Hamburg-Wasserkante und Rheinland ist die linke Opposition stark, die zwar richtigerweise auf dem Standpunkt steht, dass ein friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus nicht möglich ist, von der notwendigen Einbeziehung breiterer Teile der Klasse und Ausdehnung der politischen (nicht rein militärischen) Macht aber nichts wissen will. Auf der anderen Seite steht Brandler, der Illusionen darüber verbreitet, dass die linken Teile der Sozialdemokratie sich unter dem Druck der Massen angeblich schon auf eine Einheitsfront mit den Kommunist:innen hinbewegen und die Schaffung einer „Arbeiterregierung“ nun das Gebot der Stunde sei. Er scheint gutgläubig und selbst kein klares Bild für die nun unmittelbar anstehenden Arbeiten zur Vorbereitung der massenhaft in Bewegung geratenden Arbeiter:innen auf die Machtübernahme zu haben und schreibt am 23. September in einem Artikel für die russischen Prawda: „Wir [...] halten die Erlangung der Macht für nicht schwierig und vollkommen ausführbar“<sup>5</sup>.

Beide Lager schaffen es nicht, in den aufkommenden massenhaften Streiks und Abwehrkämpfen des Jahres 1923, die nächsten Schritte zur Vertiefung der revolutionären Krise und zur Erlangung von Machtpositionen zu bestimmen.

Zentrale und linke Opposition beschwerten sich beim EKKI über die jeweils andere Seite. Vom 27.04.23 bis zum 04.05.23 werden sie zu einer Verständigungskonferenz nach Moskau gerufen. Dort wird ein nach außen geschlossenes Auftreten vereinbart. Zudem werden vier Vertreter:innen des linken Flügels in die Zentrale aufgenommen, unter ihnen die ultralinke Ruth Fischer und Ernst Thälmann. Die Konflikte schwelen jedoch weiter. Die politischen Differenzen werden nicht gelöst, sondern auch in der Öffentlichkeit ausgetragen, was auch die Arbeit im militärischen Apparat zeitweise zum Erliegen bringt.

Im Juli kommt es erneut zu einem revolutionären Aufschwung. Die KPD erlebt einen massenhaften Zulauf, dutzende neue Betriebsgruppen werden gegründet, die bereits bestehenden vergrößern sich enorm. Die Bewegung der Betriebs- und Erwerbslosenräte steigert ihre Aktivität. Beispielweise werden in Markthallen Preiskontrollen durchgeführt. Dabei ergeben sich häufig Konfrontationen mit der Staatsmacht wie z. B. am 11.07.23 in Potsdam. In Westsachsen und im Erzgebirge sind die Proletarischen Hundertschaften besonders stark. Am 18.07.23 werden in Aue, Zwickau und Burgstädt Werksdirektoren vor Ort unter Druck gesetzt und Lohnerhöhungen direkt durchgesetzt. Am 20.07.23 findet in Breslau eine öffentliche Preiskontrolle statt, wobei sechs Beteiligte von der Polizei getötet werden. Am 28.07.23 sind reichsweit 900 Proletarische Hundertschaften aufgestellt.



#### 6.4 Antifaschistentag

Für den 29.07.23 rufen Kommunist:innen und linke Sozialdemokrat:innen zum Antifaschistentag. Gefordert werden die Entwaffnung aller faschistischer Verbände und der Rücktritt der bürgerlichen Regierung. Die Behörden werten dies als Aufstandsszenario. Im Vorfeld kommt es zu massiver Repression, selbst Aktivist:innen, die lediglich Plakate kleben, werden verhaftet. Außer in Baden, Sachsen und

Thüringen werden Versammlungen verboten. In Sachsen und Thüringen sind 150.000 auf der Straße, allein in Halle 30.000. In Berlin strömen trotz Verbot 200.000 Menschen auf die Plätze und Straßen, in Nordbayern sind es 18.000. Auf Empfehlung der KI ruft die KPD dazu auf, sich aus Sicherheitsgründen in geschlossenen Räumen zu versammeln. So kommt eine Vielzahl von kleinen und großen Kundgebungen in Lokaltäten und Versammlungshallen dazu. In Rosenheim (Bayern) stürmen Rechte das Gewerkschaftshaus und erstechen einen Kundgebungsteilnehmer. Die Täter werden dafür nie zu Rechenschaft gezogen.

Auch nach dem Antifaschistentag ebbt die Mobilisierungen nicht ab. Ab dem 31.07.23 rollt eine Streikwelle durch die Regionen Ruhrgebiet, Wasserkante und Mitteldeutschland, wieder gibt es heftige Auseinandersetzungen, mehrere Arbeiter:innen werden getötet.

#### 6.5 Cuno-Streik und Reaktion

Die Inflation erreicht im Sommer 23 ihren Höhepunkt. Ende Juli liegt der Wechselkurs zu einem US-Dollar bei einer Million Mark. Die Arbeiter:innen verarmen rasant, was eine Reihe von weiteren Streiks, Demonstrationen und Hunger-Unruhen in ganz Deutschland hervorbringt.

Am 11.08.23 ruft die Berliner Betriebsrätevollversammlung zu einem Generalstreik auf. Ziele sind der Sturz der Regierung Cuno und ökonomische, soziale und politische Verbesserungen, wie die allgemeine Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung, die Einführung eines Mindestlohns und die Aufhebung des Demonstrationsverbots. 3 Millionen Arbeiter:innen in ganz Deutschland treten in den Streik.

Als Reaktion auf diese Machtdemonstration und die nicht enden wollenden Streiks tritt Cuno am 12.08.23 zurück. Der Vorsitzende der reaktionären DVP und Interessenvertreter der Industriellen, Stresemann, übernimmt das Ruder und wird Reichskanzler. Er bildet nun eine große Koalition, in der auch die SPD mitarbeitet. Eine Stabilisierung der Währung wird eingeleitet, dadurch nimmt die Streikbereitschaft bereits spürbar ab. Ende September beendet die große Koalition außerdem offiziell den „passiven Widerstand“ gegen die Ruhrbesetzung, um den Weg für den Beginn einer neuen Verständigungspolitik, insbesondere mit Frankreich, freizumachen.

Der Streik wird zwar noch fortgesetzt, weil die ersehnten sozialen und politischen Verbesserungen

auch mit der neuen Regierung noch nicht in Sicht sind, aber schon bald bröckelt die Front. SPD- und Gewerkschaftsführung gelingt es, zu spalten und große Teile der Arbeiter:innen mit parlamentarischen Versprechungen zu befrieden. Am 14.08.23 beschließen die Betriebsräte Berlins daher den Abbruch des Generalstreiks, KPD und der Reichsausschuss der Betriebsräte schließen sich an. Die revolutionäre Krise scheint ihren Höhepunkt überschritten zu haben<sup>6</sup>.

In der Folge werden tausende Arbeiter:innen wegen der Beteiligung am Generalstreik entlassen und die revolutionären Betriebsräte in Preußen verboten. Es folgen Verbote von Betriebsräten durch weitere Länderregierungen. Im September 1923 verhängt Ebert den militärischen Ausnahmezustand über das gesamte Reich.

Auf der Gegenseite kann die nationalistische Bewegung durch ihre Propagandatätigkeit und die zunehmende Not kleinbürgerlicher Schichten großen Zulauf verzeichnen, es gärt nicht nur im Proletariat. Durch die Inflation wird das mühsam Ersparte nun rasant entwertet. Wer ganz oder teilweise von Mieteinkünften, Pensionen oder Wertpapieren lebt, sieht – gelinde gesagt – alt aus. Beamte, Polizisten und Offiziere im Ruhestand, Professoren und andere „angesehene“ Elemente der Gesellschaft stehen plötzlich vor Suppenküchen an. Das verarmte Bürgertum strömt zu den reaktionären und antisemitischen, von Stinnes und Co. finanzierten Parteien. Das führt u. a. in Bayern zu einem enormen Aufschwung der faschistischen Rechten. Im Sommer 23 gibt es immer wieder Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch der Nazis. Die junge SA beginnt durch die Straßen zu marschieren und alles zu verprügeln, was ihrem Feindbild entspricht. Selbst die gemäßigte SPD muss sich bewaffnen und in ihren Räumen verschanzen. Am 1.10.23 dann der erste Putschversuch in diesem Jahr: Teile der „Schwarzen Reichswehr“ versuchen die Garnisonsstadt Küstrin zu besetzen, die Reichsregierung zu stürzen und das parlamentarische System durch eine nationale Diktatur zu ersetzen. Der Küstriner Putsch scheitert allerdings am Einschreiten der Reichswehr. Noch setzt der Großteil der Herrschenden auf die Republik, anstatt auf den Faschismus.

In der KPD ist man sich sehr wohl bewusst über die Gefahr, die von Rechts ausgeht und über die Stärke, die faschistische Organisationen bereits zu diesem Zeitpunkt haben. Die Möglichkeit einer Machtergreifung der Faschisten, ähnlich wie es sich ein Jahr zuvor unter Führung Mussolinis in Italien zugetra-

gen hatte, wird nicht ausgeschlossen. Die Zentrale der Partei hebt daher auch die Bedeutung der bewaffneten Konfrontation des Gegners in unmissverständlichen Worten hervor. Brandler schreibt am 11.07.23 in einem Massenaufruf: „Der Faschisten-aufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten.“<sup>7</sup>

Nach dem Cuno-Streik entscheidet die KPD-Führung gemeinsam mit dem EKKI, die militärischen Vorbereitungen für einen baldigen Aufstand in Angriff zu nehmen. Eine „Militärkommission“, in der auch 22 Offiziere der Roten Armee eine beratende Funktion einnehmen, wird eingerichtet und eine interne „Militärpolitische Organisation (MPO)“ zur zentralen Koordinierung der Vorbereitungen im OD weiter aufgebaut. Verschiedene Parteigliederungen beginnen mit der Durchführung militärischer Übungen – allerdings meist losgelöst von den real stattfindenden Kämpfen und teilweise wieder ausgebremst durch lokale Leitungen, die dadurch ihren Ansatz von Einheitsfrontpolitik gefährdet sehen. Außerdem wird eine Kommission mit der Beschaffung von Waffen beauftragt, deren Bilanz aber überschaubar bleibt. Durch Waffenkäufe, Überfälle auf Waffenlager und Zersetzungsarbeit in der Reichswehr, kann laut Zentralausschuss der Partei bis zum November des Jahres ein Arsenal von gerade einmal knapp 11.000 Gewehren zusammengetragen werden. Außerdem wird ein ambitionierter, detaillierter und terminierter Aufstandsplan am Reißbrett entwickelt, der sich in der Hauptsache mit militärischen Aspekten befasst. In allen großen Städten soll zunächst die Polizei ent- und das Proletariat bewaffnet werden. Durch einen reichsweiten Generalstreik soll das ökonomische System zum kippen gebracht und dann die Macht übernommen werden. Ein Plan, der auf den Erfahrungen der Bolschewiki aus der Oktoberrevolution fußt, der allerdings die realen Bedingungen in Deutschland, die tatsächliche Mobilisierungsfähigkeit, militärische Stärke, politische Verankerung und die großen regionalen Unterschiedlichkeiten der Parteistrukturen, nicht wirklich miteinbezieht:

„Der Hauptkampf [soll] in Mitteldeutschland, in Sachsen und Thüringen ausgetragen werden. Den Arbeitern Württembergs, Badens und Bayerns [wird] die Aufgabe gestellt, den dort stationierten Bürgerkriegsverbänden den Weg nach Mitteldeutschland zu versperren. Im Ruhrgebiet [ist] Ruhe vorgesehen, weil man den Kampf gegen die

französische Besatzung nicht für möglich [hält]. Die Bezirke Hamburg, Bremen, Lübeck [sollen] soweit wie möglich mit eigenen Kräften losschlagen. Den Landarbeitern und werktätigen Bauern in den Agrargebieten [wird] die Aufgabe gestellt, die großen Güter anzugreifen; die mecklenburgischen Landarbeiter [sollen] gegen die Gutsbesitzer den Partisanenkampf eröffnen. Berlin und Oberschlesien [erhalten] in diesem Plan keine besonderen Aufgaben.<sup>8</sup>

Rückblickend in Frage gestellt werden kann auch die gemeinsame Einschätzung von KI, KPdSU und KPD, die die revolutionäre Krise auch nach dem Cuno-Streik im Herbst 1923 auf ihrem Höhepunkt wähnen und davon ausgehen, dass der bewaffnete Kampf um die Macht in der gesamten Republik unmittelbar bevorsteht.

### 6.6. Der Oberbadische Aufstand

Exemplarisch für die in der gesamten Republik aufflackernden Unruhen, sei hier der Oberbadische Aufstand<sup>9</sup> erwähnt. Im Herbst 1923 ist die Versorgungslage in Baden katastrophal. Die Inflation zieht weiter an, die Arbeiter:innen erleiden einen rasanten Reallohnverlust. Die soziale Notlage und der Hunger schüren die Unruhe. Neben Mannheim sind das südbadische Lörrach und das angrenzende, von Textilindustrie geprägte, Wiesental rote Hochburgen im Südwesten. Hier sind bereits proletarische Hundertschaften aufgestellt. Am 14.09.23 treten 200 Bauarbeiter aus einem Infrastrukturprojekt nach erfolglosen Lohnverhandlungen in den Streik. Sie werden angeführt von kommunistisch orientierten Betriebsräten. Die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften haben hier wenig zu melden. Die Streikenden ziehen in einem Demonstrationszug auf das Zentrum der Kleinstadt zu, die Belegschaften von zahlreichen Betrieben schließen sich an. Die örtliche KPD ruft zum Generalstreik auf, der prompt umgesetzt wird. Noch am selben Nachmittag sind 15.000 Demonstrant:innen im Stadtzentrum, die Stimmung kocht. Zwei Kriminalbeamten in Zivil werden enttarnt und erhalten heftige Respektschellen. Sie kommen mit knapper Not davon. Aus dem Knast werden fünf junge Kommunisten befreit, die einsaßen, weil sie zuvor einen Fabrikanten aus seinem Auto gezogen und verprügelt hatten. Es wird eine Betriebsrätevollversammlung organisiert und ein Aktionsausschuss wird eingesetzt. Angesichts der aufgeheizten Stimmung sehen sich einige der ortsansässigen Kapitalisten zu Verhandlungen genötigt. Zwei Fabrikanten, die sich zunächst nicht dazu bereit erklären, werden von den Demonstrant:innen zu Hause abgeholt – wobei ihre Gartentore zu

Bruch gehen – und unsanft an den Verhandlungstisch begleitet. Dort sitzen die Kapitalisten roten Betriebsräten und Vertrauensleuten gegenüber sowie dem Landtagsabgeordneten der KPD Max Bock. Der Bürgermeister versucht zu vermitteln. Die Kapitalisten sagen eine Einmalzahlung sowie eine Anpassung der Löhne an die Inflation zu. Ebenfalls stimmen sie der Einsetzung einer Kommission zur Missbrauchskontrolle für wichtige Waren zu.

Doch der Aufstand ist schon ins Rollen gekommen. In Freiburg kommt es ebenfalls zum Generalstreik. 10.000 ziehen unter roten Fahnen vor das Rathaus, in dem Gewerkschaften und Unternehmer verhandeln. Wütende Aktivist:innen versuchen mit Äxten und Brecheisen das Rathaus zu stürmen, worauf die Polizei das Feuer auf die Demonstrierenden eröffnet. Vor dem Gewerkschaftshaus zieht die paramilitärische SiPo mit Maschinengewehren auf.

Auch in ländlichen Gemeinden beginnt es zu gähren. Bis ins nordbadische Mannheim erstreckt sich das Aufstandsgebiet, das allerdings nicht flächendeckend ist. Viele Betriebe werden bestreikt, vereinzelt werden Fabrikanten in Gewahrsam genommen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. In ländlichen Gebieten tragen Landarbeiter:innen und Kleinbäuer:innen den Protest. Sie fordern die Neuverhandlung von Pachtverträgen und den Erlass der Landabgabe. In dem Dorf Rust werden Gendarmen von bewaffneten Bauern überwältigt, es werden politische Gefangene befreit, woraufhin die Polizei das gesamte Dorf abriegelt.

Die Regierung, an der Sozialdemokraten, Liberale und das Zentrum beteiligt sind, ist zunächst überrascht, die Polizei agiert vielerorts unkoordiniert. Dann reagiert die Regierung mit der Verhängung des Ausnahmezustandes<sup>10</sup>. Bahnlinien werden gekappt, um den Aktionsradius der Aufständischen einzugrenzen.

In Lörrach versuchen am 17.09.23 aufgebrachte Arbeiter:innen von der Polizei aufgestellte Stacheldrahtverhaue, die die Innenstadt abriegeln sollen, zu überwinden. Auch hier eröffnet die – dem SPD geführten badischen Innenministerium unterstellte – SiPo das Feuer, drei Demonstranten bleiben tot zurück. Hier setzen sich die Arbeiter:innen bewaffnet zur Wehr. Bis zum nächsten Morgen kommt es zu erbitterten Feuergefechten.

Den Aufständischen fehlt letzten Endes die Einsatz- erfahrung, militärische Disziplin und eine einheitliche Führung. Sie erleiden eine Niederlage, worauf auch die übrigen Aufstände abflauen. Im juristischen Nachspiel werden elf Angeklagte, darunter der KPD-Stadtrat Herbstler, wegen „Hochverrats“ zu Zuchthausstrafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt.



### 6.7 Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen

In Thüringen wird bereits seit 1921 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung von der KPD toleriert, auch in Sachsen entsteht im März 23 im Landtag eine Mehrheit für Sozialdemokraten und Kommunist:innen. Die KPD toleriert auch hier die Minderheitsregierung der SPD. Im Gegenzug wird von der Landesregierung beispielsweise die Aufstellung Proletarischer Hundertschaften toleriert. Beide sozialdemokratische Landesverbände stehen am linken Rand der Partei. Am 10. und 16.10.23 treten die Landesverbände der KPD in die Regierungen ein. In Sachsen und Thüringen werden so „Arbeiterregierungen“ aus linken Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen gebildet. Das Bürgertum und die angeschlossene Presse kommen jetzt richtig ins Toben. Die starke Arbeiter:innenbewegung und die gut verankerte KPD in dieser Region sind ausschlaggebend dafür, dass die linke Sozialdemokratie hier zu einem Schritt bereit ist, der in anderen Teilen Deutschlands nicht möglich wäre. In beiden Ländern nehmen jeweils drei KPD-Funktionäre Posten als Staatssekretäre oder Minister ein. Die gemeinsam festgelegte Zielsetzung der „Einheitsfrontregierungen“ sind die Abwehr des Faschismus und der monarchistischen Bestrebungen in der Reichswehr. Dem aus Bayern drohenden Faschismus soll durch einen „Riegel“ in Mitteldeutschland der Weg nach Berlin und Norddeutschland versperrt werden. Die Modellprojekte in Sachsen und Thüringen sollen die Errichtung einer Arbeiterregierung auf Reichsebene begünstigen. Trotz der gemeinsamen Übernahme von Regierungsverantwortung stehen sich in der Regierung zwei unterschiedliche Parteien gegenüber. Es gibt Unstimmigkeiten und Konflikte zwischen den Parteien bezüglich der grundsätzlichen Herangehensweise und vor allem bezüglich der Zielsetzung der Regierung. Das von der KPD verfolgte Ziel, sich günstigere Ausgangsbedingungen für einen Aufstand zu verschaffen und somit eine sozialistische Revolution zu beflügeln, gehört nicht zu den vereinbarten Zielen.

Das EKKI und die KPD-Zentrale betrachten diese Regierungsbeteiligung als eine mögliche Machtposition mit der die politischen und militärischen Bedingungen für den in Kürze erwarteten revolutionären Aufstand verbessert werden können. Sachsen und Mitteldeutschland sollen im Fall des Aufstands als Aufmarsch- und Rückzugsgebiet genutzt werden. Das EKKI und die Zentrale geben den an der Regierung beteiligten Genossen eine ganze Reihe von Aufgaben, die sofort angegangen werden sollen. Es geht ins Besondere um die Bewaffnung und

Mobilisierung der Arbeiter:innen in Einheitsfrontorganisationen (Proletarische Hundertschaften etc.), die Entwaffnung und Verhaftung der Faschisten, die Initiierung, Bestärkung und Zusammenfassung von unabhängigen Organen der Arbeiter:innenklasse: von Betriebsräten, Kontroll- und Aktionsausschüssen.

Die Genossen in Regierungsverantwortung bleiben jedoch passiv und schaffen es nicht Schritte in diese Richtung einzuleiten.

Georgi Dimitroff äußert sich dazu rückblickend auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale: „Die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten ihre Positionen vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnützen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, dass viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister im Rahmen der bürgerlichen Demokratie.“<sup>11</sup>

Der Fokus der Einheitsfront liegt auf dem parlamentarischen Regierungsgeschäft, nicht auf der Organisation der Klasse und dem Kampf auf der Straße.

Trotz dieser Schwäche erklärt die Bourgeoisie den Arbeiterregierungen den Krieg. Über Sachsen wird eine Hungerblockade verhängt. Die Reichswehr bereitet sich zum Einmarsch vor.

### 6.8 Die Chemnitzer Betriebsrätekonferenz

Die Beschlusslage der KPD am 20.10.23 lautet: Wenn der Aufruf der KPD-Delegierten zum Generalstreik gegen den bevorstehenden Einmarsch der Reichswehr von der „Konferenz der sächsischen Arbeiterregierung mit Vertretern der Betriebsräte und Gewerkschaften“ in Chemnitz aufgenommen und verabschiedet wird, dann ist das das Startsignal für den reichsweiten Aufstand. An der von der sächsischen Arbeiterregierung einberufenen Konferenz nehmen Betriebsräte, Delegierte der Gewerkschaften, Vertreter:innen von Kontrollausschüssen, Angestellte von Konsumvereinen, Funktionär:innen antifaschistischer Aktionsausschüsse und Angestellte der Gewerkschaftsbürokratie teil.

Der Kongress verläuft jedoch anders als erwartet: Die Konferenz ist von den KPD-Verantwortlichen unzureichend vorbereitet. So können sozialdemokratische Zögerer und Zauderer zu Meinungsführern werden. Der unmittelbar bevorstehende Einmarsch

der Reichswehr nach Sachsen und Thüringen sorgt nicht für die erwartete Kampfbereitschaft unter den Delegierten. Als Brandler den Antrag stellt, dass die Konferenz den Generalstreik zur Abwehr der drohenden Reichsexekution proklamieren soll, herrscht unter großen Teilen der Delegierten Zögerlichkeit und der Ernst der Lage wird in Frage gestellt. Der links-sozialdemokratische Arbeitsminister Graupe weigert sich darüber abzustimmen und macht schließlich den Vorschlag die Diskussion über den Generalstreik (der nach seiner Aussage ja nicht prinzipiell auszuschließen sei...) in eine Kommission zu verlagern, die sich aus SPD und KPD zusammensetzen soll. So wird die drängende Frage des Generalstreiks in alter SPD-Manier auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Die KPD-Führung wird von der überwiegend ablehnenden Haltung gegenüber der Generalstreiksforderung kalt erwischt. Darauf hat sich niemand vorbereitet – zu beschönigend waren die Einschätzungen Brandlers, zu offensichtlich aber auch die drohende Gefahr von Rechts. Brandler rückt jetzt im Alleingang vom eigentlichen Ziel des Generalstreiks ab und empfiehlt den Delegierten, Graupes Vorschlag anzunehmen. Nach der Konferenz werden Boten im Auftrag der Parteiführung losgesandt, um den geplanten Aufstand abzusagen.

In Sachsen sind organisierte Kommunist:innen in vielen Städten kampfbereit und erwarten entsprechende Weisungen von der Leitung. Da diese ausbleiben, wehren sie sich spontan und ohne Koordinierung gegen den Einmarsch der Reichswehr. Eine Reihe offensiver Aktionen im ganzen Land, die am 23.10.23 anstelle des koordinierten bewaffneten Aufstands vom Zaun gebrochen werden, zeigt dass auch nach dem Höhepunkt der revolutionären Krise noch immer kämpferisches Potenzial im kommunistischen Spektrum der organisierten Arbeiter:innenbewegung vorhanden ist: Es gibt Streiks, Besetzungen, Enteignungsaktionen und Plünderungen, bewaffnete Angriffe auf Reaktionäre, militante Demos, die sich mit Steinen gegen die Polizei wehren. Deutlich wird allerdings auch, dass es keine breite Beteiligung der Arbeiter:innenmassen an den Aktionen gibt.

Eine Besonderheit in dieser Situation sind die Ereignisse in Hamburg: Hier wird der Versuch des bewaffneten Aufstands gewagt...

### **6.9 Revolutionäres 1923? - Die Ausgangslage für den Aufstand**

Im Jahr 1923 kommen bis zum Sommer verschiedene Faktoren zusammen, die eine Krise mit revolutionärem Potenzial hervorbringen. Marxistische

Historiker, u. a. Harman<sup>12</sup> analysieren, dass es in der deutschen Geschichte nie einen Zeitabschnitt gab, der für eine sozialistische Revolution günstiger gewesen sei. In der Tat sind die kapitalistischen Verhältnisse im Laufe des Jahres in Deutschland alles andere als stabil:

**> Wirtschaftlicher Einbruch und soziales Elend:** „Die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft [wird] gekennzeichnet durch drei Momente des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens: das Erliegen der Industrie und die Zunahme der Erwerbslosigkeit, den Zusammenbruch der Staatsfinanzen und die Geldentwertung. [...] Insgesamt [beträgt] die Zahl der Erwerbslosen oder Kurzarbeiter [...] im letzten Quartal des Jahres 1923 in Deutschland zirka acht Millionen, d. h. mehr als die Hälfte der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands“<sup>13</sup> Es ist richtig von einer breiten Verelendung sowohl der Arbeiter:innenklasse, als auch des Kleinbürgertums zu sprechen.

**> Politische Instabilität:** Die Arbeiterregierungen und anschließende Reichswehrbelagerung in Sachsen und Thüringen, die offensichtlichen Vorbereitungen eines konterrevolutionären Putsches in Bayern, die französische Besetzung im Ruhrgebiet und die von den Besatzern unterstützte Separatisten, die in verschiedenen Städten des Rheinlandes bereits die Unabhängigkeit proklamieren, sorgen dafür, dass die politischen Verhältnisse der jungen Republik weiter instabil bleiben.

**> Kämpfende und organisierte Arbeiter:innenbewegung:** Der Cuno-Streik ist eine eindrucksvolle Machtdemonstration, aber auch der von der Bourgeoisie und Reaktionären gekaperte Widerstandswille der Arbeiter:innen im Ruhrgebiet und die starken Arbeiter:innenbewegung in Sachsen und Thüringen zeugen von dem Potenzial in der Klasse. Die KPD gewinnt in dieser Phase massiv an Einfluss: Allein von Januar 1923 bis zum Oktober wächst die Mitgliederzahl von 200.000 auf 300.000 an.

Das Zeitfenster revolutionärer Möglichkeiten ist allerdings begrenzt: Im Spätsommer/Herbst des Jahres hin zeichnet sich eine Stabilisierung sowohl in der Wirtschaft, als auch auf der politischen Bühne ab.

Radek analysiert im Nachhinein selbstkritisch: „Die Ruhrgeschichte [hat] eine neue Phase in der Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland eröffnet. [...] Wir haben auf dem Leipziger Parteitag in dem Aufruf an die Partei gesagt: diese Phase endet



mit dem Bürgerkrieg. Wir haben theoretisch richtig visiert, und wir haben die praktischen Schlüsse daraus nicht gezogen.“<sup>14</sup>

### 6.10 Hamburg auf den Barrikaden

Die sowjetische Journalistin und Agentin Larissa Reissner beschreibt die Situation in Hamburg in den Monaten vor dem Aufstand wie folgt: „Der Anfang der revolutionären Bewegung beginnt nicht im Oktober, sondern im August des Vorjahres, als Hamburg zu einer Arena von hartnäckigen und erbitterten Kämpfen [...] nicht nur ökonomischer, sondern auch rein politischer Forderungen wurde. [...] Diese gewerkschaftlichen Kämpfe waren begleitet von Streikausbrüchen, [...], von der Demolierung von Lebensmittelläden, von einer harten Maßregelung der Streikbrecher und gelegentlicher Verprügelung der Polizei. Die Hamburger Arbeiterinnen haben sich in diesen Monaten besonders ausgezeichnet. [...] Sie waren es, die im August des Vorjahres ihre

Männer hinderten, die Arbeit in den streikenden Werften wieder aufzunehmen. Ihre lebendige Kette vermochten weder Polizeibajonette, noch kleinmütige Arbeiterhaufen, die bereit waren, jede Bedingung der Arbeitgeber anzunehmen, von dem Elbtunnel zu verdrängen und zu durchbrechen.“<sup>15</sup>

Die Hamburger KPD-Führung bildet bereits am 8.10.23 eine dreiköpfige Kampfleitung. Ihrer Einschätzung nach ist die Situation außerordentlich günstig: Die KPD kann seit 1920 ihren Einfluss in der Hamburger Arbeiter:innenschaft ausbauen, sie hat hier im Herbst 1923 ca. 18.000 Mitglieder, in den Proletarischen Hundertschaften organisiert sind ca. 1.300. Außerdem erwartet sie die Weiterentwicklung spontaner Arbeiter:innenkämpfe.

Und das nicht ohne Grund: In den Tagen vor dem Aufstand legen Streiks den gesamten Hamburger Hafen lahm, in einigen Stadtteilen kommt es zu Hungerkrawallen und Lebensmittelplünderungen.

Am Mittwoch, den 16.10.23 nehmen Arbeiterfrauen in Barmbek die Märkte in Besitz und zwingen die Händler:innen, ihre Waren zu verkaufen, Donnerstag und Freitag bilden sie Ketten vor den Werften, um die Männer zum Streik zu zwingen.

Im Aufstand sollen diese Potenziale in einer neuen Qualität des Kampfes zusammengeführt werden und eine Signalwirkung an andere Städte aussenden.

Der Plan sieht folgendermaßen aus:

- a) Der Aufstand beginnt durch plötzliches Losschlagen der bewaffneten Arbeiterabteilungen in den Arbeitervierteln der Stadt, wobei in erster Linie die Waffenlager zu besetzen sind.
- b) Entwaffnung der Polizei und Faschisten in den Arbeitervororten.
- c) Gleichzeitige Zusammenziehung der bereits bewaffneten Arbeiterabteilungen, die durch Massendemonstrationen aus den Vororten nach der Innenstadt zu decken sind und Zurückdrängung des Gegners (Polizei und Faschisten des Stadtzentrums) nach Süden (an den Fluß), dessen Brückenübergänge schon vorher von den Aufständischen zu besetzen sind und hier endgültige Entwaffnung des Gegners.
- d) Besetzung des Post- und Telegraphenamtes, der wichtigsten Bahnhöfe des Stadt- und Fernverkehrs, des Flugplatzes und der anderen wichtigsten Objekte, noch bevor die Abteilungen aus den Vorstädten nach dem Stadttinnern ziehen, durch die in diesen Vorstädten befindlichen Kräfte der Partei.
- e) Um die Heranziehung von auswärtigen Verstärkungen durch den Gegner zu unterbinden, [ist] vorgesehen, ihn auf den Hauptzugangsstraßen, die voraussichtlich für den Nachschub [...] in Frage kommen würden, in einen Hinterhalt zu locken. Mit der Organisation des Angriffs aus dem Hinterhalt und der Vernichtung der Wege in der Umgebung von 25 km [werden] die Kräfte der Ortsorganisationen der nächstliegenden Arbeiterstädtchen und Siedlungen beauftragt. Die Organisationen von Harburg, Wilhelmsburg, Uetersen und Stade [sollen] den Schiffsverkehr auf der Elbe sperren.<sup>16</sup>

Trotz des ausgefeilten militärischen Planes findet eine frühzeitige Vorbereitung und politische Vermittlung des Aufstands unter den Mitgliedern der Hamburger Parteigliederung nicht statt. Ein Problem ist das Verbot der Parteizeitung „Hamburger Volksblatt“, was eine effektive Propaganda für das

Vorhaben in der kurzen Zeit vor dem Aufstand nahezu unmöglich macht. Auch der spontane Druck illegaler Aufrufe kann das nicht kompensieren.

Am 23.10.23 löst die Hamburger KPD den bewaffneten Aufstand aus. Ob die Nachricht aus Chemnitz den Aufstand „abzusagen“ die Hamburger Parteiorganisation noch rechtzeitig erreicht oder nicht, bleibt bis heute im Reich der Hypothesen. Die lokale Parteiführung nimmt die schwache Bewaffnung des lokalen Ordnerdienstes, dem die militärischen Hauptaufgaben im Aufstand zukommen und eine mangelnde politische Vorbereitung des Aufstands in den Parteistrukturen außerhalb des OD auf jeden Fall in Kauf.

### 6.10.1 Der Aufstand

„Ein Aufstand muss, wenn er erfolgreich sein soll, sich nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei, sondern auf die vorgeschrittene Klasse stützen. Das zum ersten.

Ein Aufstand muss sich auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen. Das zum zweiten. Ein Aufstand muss sich stützen auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte einer anwachsenden Revolution, wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwächlichen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution am größten ist. Das zum dritten.

Eben durch diese drei Bedingungen bei der Behandlung der Frage des Aufstandes unterscheidet sich der Marxismus vom Blanquismus. Aber wenn einmal diese Bedingungen vorhanden sind, so heißt es den Marxismus verraten und die Revolution verraten, wenn man darauf verzichtet, den Aufstand als eine Kunst zu betrachten.<sup>17</sup>  
[Lenin, 1917]

Der Aufstand beginnt am 23.10.23 um 5 Uhr morgens. Die Stoßtruppen der Ordnerdienstes sind vollständig in illegalen Wohnungen versammelt. Es herrscht Kampfstimmung, die allerdings dadurch gedämpft wird, dass große Teile erst jetzt erfahren, wie schlecht es um die Bewaffnung steht. 19 Gewehre und 27 Pistolen sind vorhanden. Etwa ein Drittel der Stoßtruppler zieht sich noch vor Beginn der Aktion entmutigt zurück.

Der nur schwach bewaffnete Rest tritt aber überraschend erfolgreich in Aktion: Einige der wenigen Brücken, die für die elf Tonnen schweren Panzerwagen der Polizei geeignet sind, werden besetzt und gesperrt. So verschaffen sich die Aufständischen

vorübergehend einen strategischen Vorteil. 17 von 26 angegriffenen Polizeiwachen werden gestürmt, vorübergehend besetzt und Waffen beschlagnahmt. Durch die Entwaffnung der Polizisten vervielfacht sich das Arsenal der Revolutionär:innen. Dass die überrumpelten Polizisten in vielen Fällen nicht wie vorgesehen eingesperrt, sondern lediglich entwaffnet und nach Hause geschickt werden, wird den Aufständischen noch zum Verhängnis werden: Die Polizeiführung wird so schon früh über die Angriffe informiert und kann Verstärkung organisieren.

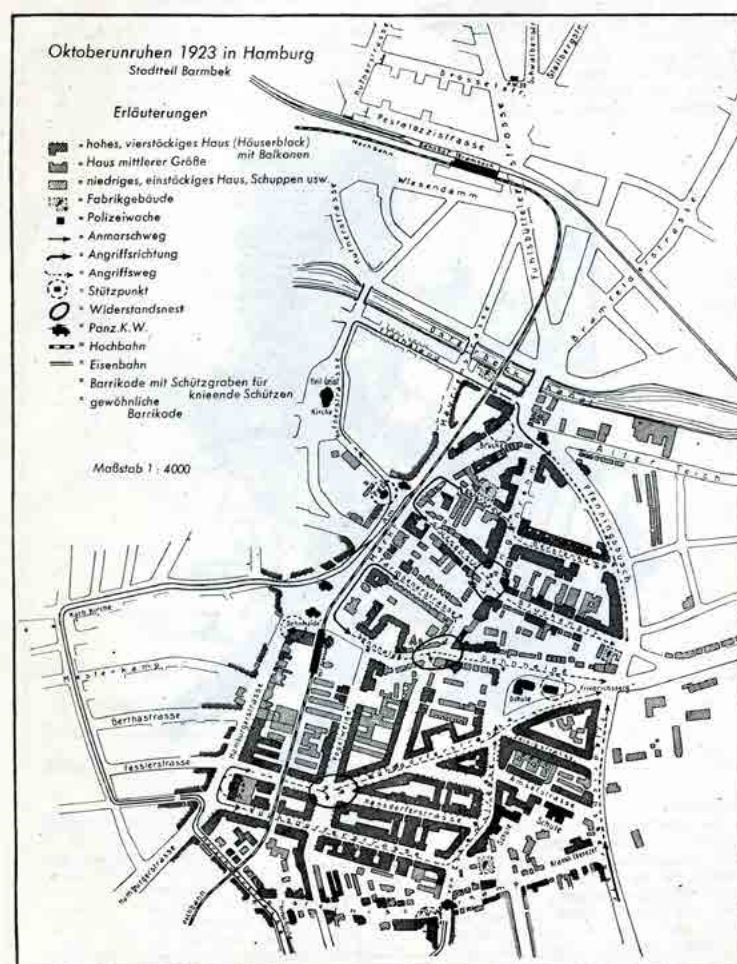
Der Erfolg der Angriffe ist kein Zufall: Die Wachen und ihre Umgebung wurden vorher gründlichst ausgespäht und das Vorgehen der Stoßtruppler bis ins kleinste Detail vorbereitet. Außerdem bekommt die Gegenseite nichts von den klandestinen Aufstandsplanungen mit. Sie wird buchstäblich im Schlaf überrascht. Das zeigt sich auch daran, dass die Kampfbereitschaft der Hamburger Polizei einen Tag vor dem Aufstand heruntergestuft wird, weil die Unruhen der Vortage abzunehmen scheinen. Der sozialdemokratische Hamburger Polizeisenator Hende schreibt dazu: „Das Schlimmste an diesem Aufstand ist keineswegs die zahlenmäßige Schwäche der uns zur Verfügung stehenden Truppen. Nein, schrecklich ist das, dass die Kommunisten es diesmal, im Gegensatz zu allen früheren Putschen, verstanden haben, ihre langen und ernsthaften Vorbereitungen so geheim durchzuführen, dass kein einziger Ton zu unserer Kenntnis gelangt war. [...] Nicht, dass man besondere Spitzel in ihren Reihen hätte unterhalten müssen, nein, das ordnungsliebende Publikum, zu dem ich auch die Arbeiter, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zähle, hat uns gewöhnlich ohne jedes Dazutun unsererseits von allem unterrichtet, was im Lager der Kommunisten vorging.“<sup>18</sup>

Zeitgleich zu den Angriffen auf die Polizeiwachen agitieren Parteigenoss:innen vor Betrieben und an Bahnhöfen für den Generalstreik. Das findet Anklang in großen Teilen der Hamburger Arbeiter:innenschaft - in erster Linie allerdings als politische Antwort auf den drohenden Reichswehreinmarsch in Sachsen und Thüringen und nicht als bewusster Schritt hin zum revolutionären Sturz des Systems. In einigen Vororten gelingt es die wichtigsten öffentlichen Verkehrsmittel stillzulegen. In verschiedenen Hamburger Stadtteilen kommt es zu Massenversammlungen und Demonstrationen, im Gewerkschaftshaus herrscht reges Treiben. Die Stimmung erinnert an die ersten Revolutionstage von 1918. Am Abend sind trotz Schusswaffeneinsatzes der Polizei über 10.000 Arbeiter:innen und Erwerbslose auf den Straßen Hamburgs.

Schnell wird allerdings deutlich, dass nur einzelne Teile des Aufstandsplans von Erfolg gekrönt sind oder überhaupt umgesetzt werden können. Von den Zugverbindungen nach Hamburg können in der Nacht auf den 23.10.23 nur einzelne mittels Baumfällungen blockiert werden. Die Kämpfe am Tag selbst bleiben auf einzelne Arbeiter:innenviertel begrenzt, es gelingt nicht, die Polizei koordiniert zurückzudrängen und mit bewaffneten Massendemonstrationen auf die Innenstadt vorzurücken.

### 6.10.2 Barmbek und Schiffbek

Die intensivsten Kämpfe am 23.10.23 konzentrieren sich auf das Arbeiter:innenviertel Barmbek und den Hamburger Vorort Schiffbek.



Die Aufstandsleitung in Barmbek hat während der Kämpfe keine Verbindung zu anderen Teilen der Partei und erfährt erst am frühen Abend davon, dass es keinen Generalstreik, keinen Aufstand in anderen Städten und auch kaum Kämpfe in anderen Stadtteilen Hamburgs gibt. Zuvor entscheidet sie, die Umzingelung des vergleichsweise großen

Aufstandsgebietes durch Polizeikräfte mit dem Barrikadenkampf zu beantworten. Die Stoßtruppier erhalten dabei große Unterstützung durch die Barmbeker Bevölkerung: „Sie baut mit an den Barrikaden, sorgt für Brot und Zigaretten, sie führt die Gegner durch falsche Nachrichten irre usw. usf. Besonders aktiv [beteiligen] sich die Frauen am Barmbeker Aufstand.“<sup>19</sup>

Ernst Thälmann, der Teil der Kampfleitung in Barmbek ist, schreibt: „Die Polizeitruppen marschierten



in ganzen Kompanien und Bataillonen an, aber sie mussten immer wieder unverrichteter Sache umkehren, da ihre Verluste bei jedem Sturmangriff größer wurden. Die Barmbeker Arbeiter hatten Bäume gefällt, das Straßenpflaster aufgerissen, mit Baumstämmen, Steinen und Sand die Straßenzüge verbarrikadiert.<sup>20</sup>

Das militärische Geschick der Stoßtruppier zeigt sich auch im Barrikadenkampf: Hinter den Barrikaden selbst stehen nur wenige Kämpfer:innen, während der Großteil auf Hausdächern, hinter Fenstern

und auf Balkonen in Deckung sitzt und jeden Vorstoß der Gegenseite mit Schnellfeuer beantwortet. Larissa Reissner beschreibt diese Taktik so: „Jetzt ist es eine leichte, aus Bäumen, Steinen, umgestürzten Wagen gebildete Wand, die einen tiefen Graben vor den Panzerautos, vor diesen gefährlichsten Feinden des Aufstandes schützt. [...] Sie lenkt die Aufmerksamkeit des Gegners auf sich, dient ihm als einzige sichtbare Zielscheibe. Die Barrikade empfängt mit ihrer leeren Brust das ganze wilde Feuer, das die Truppen gegen den unsichtbaren Gegner abgeben. [...] Ihre neue Barrikade [...] ist die Arbeiterstadt in ihrer Gesamtheit, mit all ihren Kellern, Böden und Wohnungen.“<sup>21</sup>

Die einzelnen Barrikaden werden nur solange verteidigt wie die Gegenseite in Schach gehalten werden kann. Jedes mal, wenn sie es schafft eine Barrikade zu stürmen, sind die Kämpfer:innen bereits verschwunden. Gleichzeitig finden gezielte Angriffe kleiner Kampfeinheiten auf isolierte oder ungedeckt voranpreschende Polizeikräfte statt.

Die Hamburger Polizei verfügt über sechs schwere Panzerwagen, die sie alle in die Wagschale wirft. Die Wagen von der Firma Daimler verfügen über je zwei schwere Maschinengewehre und fassen acht Mann Besatzung, die Ebenfalls schwer bewaffnet ist. Die mit elf Tonnen sehr schweren Gefährte sind jedoch anfällig für technische Probleme und äußerst schwerfällig. Nachts sind sie nicht einsatzfähig. Mit einem Schusswinkel von maximal 45 Grad nach oben ist es in den engen Gassen der Arbeiterinnenviertel kaum möglich gegen Aktivist:innen, die sich in hohen Gebäuden oder auf Dächern befinden, vorzugehen. Bodenunebenheiten wie geöffnetes Straßenpflaster oder kleine Gräben machen die Panzerwagen mitunter bewegungsunfähig. Der Autor Robert Brack beschreibt eine Szene, in der ein Panzerwagen eine Barrikade durchbricht und in einen Graben stürzt, „wie ein träges Nilpferd“<sup>22</sup>. Die furchteinflößenden Wagen können so häufig nur in übersichtlichem Gelände oder für Aufklärungsfahrten genutzt werden. Weit mehr Probleme bereiten den Revolutionär:innen die beweglichen und schnellen Fahrradabteilungen der Polizei. Diese waren jedoch nur mit Karabinern und leichten MGs ausgerüstet.

Dass die Polizei in Barmbeck erhebliche Verluste erlitten (elf Tote, 33 Verletzte) wird auf ihre geringe Erfahrung im bewaffneten Straßenkampf und in der Abwehr gegen verdeckte Widerstandsgruppen sowie Mängel in der Aufklärung und in den Ortskenntnissen zurückgeführt.<sup>23</sup>

Trotz ihrer taktischen Klugheit zwingt die zunehmende Verstärkung der Polizei die Barmbeker Re-

volutionär:innen langsam zum Rückzug. Sie kämpfen weiter, obwohl sie wissen, dass der Aufstand im Gesamten nicht stattfindet und auch in Hamburg beendet werden soll. Erst auf nachdrücklichen Befehl der Hamburger Parteileitung hin, ziehen sie sich geordnet zurück. Am Morgen des 24.10.23 stürmen Schutzpolizei und Faschisten zusammen das Viertel. Die Kampfstellungen sind da schon verlassen, lediglich von Hausdächern werden noch vereinzelt gezielte Schüsse auf die Eindringlinge abgegeben. Bis zum 26.10.23 greifen kleinere Einheiten der Stoßtrupps immer wieder Polizeikräfte an, die Hausdurchsuchungen durchführen und nach Aufständischen fahnden.

Auch im Vorort Schiffbek geht es nach der morgendlichen Erstürmung der Polizeiwache am 23.10.23 unter der Leitung von Fiete Schulze<sup>24</sup> weiter: Das Postamt und eine Druckerei werden besetzt, Aufrufe zur Gründung einer Räterepublik gedruckt und verteilt. Rasch werden Arbeiter:innenmilizen gebildet, die patrouillieren und Verteidigungslinien aufbauen, während Lebensmittel beschlagnahmt und eine Gemeindegüche eingerichtet werden. Zufahrtswege nach Hamburg werden von schwach bewaffneten OD-Einheiten gesichert, um den Nachschub konterrevolutionärer Truppen zu verhindern. Und auch hier zieht die Gegenseite ein riesiges Aufgebot zusammen, um die Arbeiter:innenmacht zu brechen. Beteiligt sind unter anderem eine Marine-

einheit und ein Aufklärungsflugzeug. Auf der anderen Seite stehen die Schiffbeker Revolutionär:innen mit lediglich etwa 70 Gewehren, unterstützt von 150 Arbeiter:innen aus umliegenden Orten. Zusammen schaffen sie es Schiffbek bis zum Nachmittag des 24.10.23 zu halten und der Polizei erhebliche Verluste zuzufügen. Immer wieder gibt es heftige Attacken auf vorrückende Polizeieinheiten, die aufgegeben werden und die Flucht ergreifen müssen. Lange verhindern proletarische Scharfschützen das Eindringen von Fußtruppen und auch durch Handgranaten- und Infanterie-Einsatz kann die Sturmung herausgezögert werden.

Erst gegen 15 Uhr am 24.10.23 haben die Polizeikräfte den Ort wieder in ihre Gewalt gebracht. Auch hier sind die bewaffneten Revolutionär:innen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anzutreffen. Sie befinden sich auf dem Rückzug in Richtung Bergedorf. Hervorzuheben ist, dass auch die SPD sich mit einer konterrevolutionären Truppe am Kampf gegen den aufständischen Arbeiter:innen beteiligt. 800 Mitglieder der sogenannten „Vereinigung Republik“, die von der SPD gegen die Proletarischen Hundertschaften aufgebaut wurde und eine Vorläuferorganisation des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ darstellt, stehen am Morgen des 23.10.23 bereit, um zusammen mit Polizei, Reichswehr und Faschisten loszuschlagen.

Hans Kippenberger<sup>25</sup> schreibt in einer rückblickenden Analyse des gesamten Aufstandes bilanzierend:

## Die Rolle Ernst Thälmanns

Mit dem Hamburger Aufstand ist ein Name eng verbunden: der Ernst Thälmanns. Er ist 1923 Vorsitzender der KPD Hamburgs und Leiter des Bezirks Waterkante. Als solcher ist er nicht an der vorangegangenen Diskussion zu den Aufstandsplänen in der KI und der Parteileitung beteiligt. Auch an der militärischen Vorbereitung des Aufstandes in Hamburg ist er nicht direkt beteiligt, da er nicht oder nur am Rande in die militärischen Strukturen der Partei eingebunden ist. Er ist jedoch von der Planung in Kenntnis gesetzt und arbeitet politisch dazu, d. h. er agitiert und hält Reden auf Streikversammlungen und Kundgebungen. Er kann als Gesicht, aber nicht als Kopf des Aufstandes bezeichnet werden. Als Teil der Kampfleitung in Barmbek ist er auch direkt am Aufstand beteiligt. Er hat also Verdienste als Vorsitzender, Integrationsfigur und begnadeter Redner. Eine Überbewertung, Heldenmythos und Heroisierung sind allerdings nicht angebracht. Die später stattfindende Stilisierung als Organisator und Anführer des Aufstandes hat propagandistische Gründe, entspricht aber nicht der Realität.

Nach dem Aufstand kann er entkommen und untertauchen und entgeht so den harten Repressionsschlägen. 1924 wird er Vorsitzender der KPD und kurz darauf auch ins EKKI berufen. Er führt die Partei durch Erfolge, weitere Niederlagen, Wirrungen und Fehlentscheidungen. Bis zu seiner Verhaftung durch die Faschisten 1933 bleibt er Parteivorsitzender. Er wird schwer misshandelt und gefoltert und ohne Prozess über elf Jahre in verschiedenen Knästen und Vernichtungslagern eingesperrt. Die Faschisten schaffen es jedoch nicht, ihn zu brechen. Am 18.04.1944 wird er auf direkten Befehl Hitlers erschossen.

„Die Polizei hatte während des Aufstandes ungefähr 60 Mann an Toten und eine bedeutende Anzahl Verwundeter verloren. Auf Seiten der Stoßtruppler gab es 4-6 Tote (die Zahl der Verwundeten ist nicht festgestellt worden). Sehr groß war die Zahl der Toten und Verwundeten unter jenen Teilen der Bevölkerung, die am Aufstand nicht mit bewaffneter Hand teilgenommen hatten und auf die die Polizei sehr häufig das Feuer eröffnet hatte. Unter den Toten und Verwundeten waren auch zwei Kinder.“<sup>26</sup>

Die Ordnungspolizei selbst vermeldet nach den Kämpfen auf ihrer Seite 17 Tote und 62 Verwundete. In den Gedenkartikeln der KPD, die jeweils zum 23. Oktober in der „Hamburger Volkszeitung“ und in der „Roten Fahne“ erschienen, werden 24 Aufständische genannt, die bei den Kämpfen starben. Tote aus der Bevölkerung, die beim Barrikadenbau mithalfen, sind dabei nicht erfasst.

### 6.10.3 Die Rache der Herrschenden

Die Polizeikräfte schaffen es nicht, den Aufstand militärisch niederzuschlagen und die Kämpfer:innen im Gefecht zu besiegen. Dafür gehen sie in den folgenden Tagen willkürlich gegen die Einwohner:innen der proletarischen Viertel vor: Unzählige Hausdurchsuchungen von Arbeiter:innenwohnungen, beliebige Festnahmen auf Grundlage von Denunziationen aus dem bürgerlichen Lager, außerdem ein vom SPD Justizminister Radbruch eingesetztes politisches Sondergericht, das Rachejustiz gegen



die Arbeiter:innenklasse übt: „Wer bei einer Aktion auch nur Brot von der Straße aufgehoben [hat], [erhält] mehr als ein Jahr Gefängnis, Teilnahme an Demonstrationen [bestraft] das Sondergericht mit Zuchthaus“<sup>27</sup>

Der Jungkommunist Jungnickel aus Bergedorf und der 72 jährige Gastwirt Lewin aus Bramfeld werden bei Polizeiverhören nach dem Aufstand gefoltert und erschlagen.

Zu einem regelrechten Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiter:innen, wie Reaktionäre und Vertreter der Industriellen ihn offen fordern, kommt es jedoch nicht. Nicht etwa aus Großzügigkeit, sondern weil die SPD erkennt, dass Repression allein in dieser Situation die klassenkämpferische Stimmung und den Widerstandswillen im Hamburger Proletariat weiter anheizen würde. Ihr Ziel ist es, die hungern- de Arbeiter:innenklasse zu befrieden und ruhig- zustellen, um die bürgerliche Herrschaft zu sichern. Das gelingt ihr im Gesamten. Dennoch sorgt die Sonderjustiz für Empörung unter den Arbeiter:innen und das nicht nur bei den Kommunist:innen. Große Teile der Hamburger SPD-Basis sind empört über den repressiven Kurs der Führung. In der Zeit nach dem Aufstand verliert sie dort 30.000 Mitglieder.

Die juristische Bilanz der Repression:

- gegen 1434 Personen werden Strafverfahren eröffnet, nur ein Teil kann vor Gericht gebracht werden
- 2 Angeklagte werden zum Tode verurteilt
- Über 200 Angeklagte bekommen – teils langjährige – Gefängnis- und Zuchthausstrafen

Die Todesstrafen werden nicht vollstreckt, die Haftstrafen verkürzt – Zugeständnisse der Sozialdemokratie, der bewusst ist, dass die Identifikation und die Solidarität in der Hamburger Arbeiterschaft mit den Kämpfer:innen des Aufstands mächtig bleibt.

Der Hauptprozess gegen acht kommunistische Funktionäre, die als vermeintliche Leiter des Aufstandes wegen Hochverrat angeklagt werden, beginnt am 22.1.25. Hugo Urbahns führt den Prozess politisch und nutzt ihn, um den Kampf zu verteidigen. Er übernimmt „die volle politische Verantwortung für alles, was im Oktober 1923 die KPD in Hamburg und im Reich getan hat.“ Er gibt an, politischer Leiter der dreiköpfigen Hamburger Kampfleitung gewesen zu sein, verrät aber nicht wer die anderen beiden waren.

Am Ende des Prozesses, in dem es die Ankläger nicht schaffen, stichhaltige Beweise vorzubringen, die die tatsächliche Rolle der kommunistischen Funktionäre ans Licht gebracht hätten, stellt er fest: „Über die wahren Vorgänge sind Polizei und Staatsanwaltschaft heute noch nicht unterrichtet!“. In seinem Schlusswort führt er aus:

„Wir erkennen Ihnen das Recht zu, uns als Hochverräter, uns als Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft niederzuschlagen, aber wir erkennen Ihnen nicht das Recht zu, im Namen der Gesetzlichkeit



verurteilen zu wollen. Die Gesetze waren aufgehoben, als durch die Auseinanderjagung der verfassungsmäßigen Regierungen Mitteldeutschlands die Reichsregierung ihre eigene Verfassung zerrissen hatte. Sie haben kein Recht, diese Gesetze gegen uns anzuwenden. Wenn schon der Ausspruch eines Vertreters des Staates: „Not kennt kein Gebot“ gelten soll, dann sind diejenigen, die in Hamburg auf den Barrikaden gestanden haben, erst recht berechtigt, für sich dieses Wort in Anspruch zu nehmen. Dann haben sie die Waffe mit Recht getragen, denn sie konnten nicht anders, als sich dagegen wehren, dass man sie bitterstem Elend preisgab.“<sup>28</sup> Am 18.2.23 verurteilt das Gericht ihn zu 10 Jahren Festungshaft. Fünf weitere Angeklagte bekommen zusammen 21½ Jahre, zwei werden freigesprochen.

### 6.11 Bilanz des Aufstandes

In einer Schlussbetrachtung des Aufstandes hält Erich Wollenberg<sup>29</sup> einige wesentliche Erkenntnisse fest, die in dieser oder ähnlicher Form von großen Teilen der Partei auch in den folgenden Jahren geteilt werden:

- Es gab keine Niederschlagung durch die Konterrevolution, sondern einen freiwilligen Rückzug der Kämpfenden.
- Es handelte sich um einen proletarischen Massenaufstand, obwohl nur etwa 250-300 Stoßtruppler bewaffnet die Initiative ergriffen. Arbeiter:innen beteiligten sich massenhaft am Barrikadenbau und an Streiks im gesamten Stadtgebiet, die das Wirtschaftsleben am Tag des Aufstandes fast völlig zum Erliegen brachten.
- Die mangelnde politische Vorbereitung des Aufstandes war das wesentliche Problem. Politische Sekretäre der KPD in den Stadtteilen erfuhren teils erst kurz vorher oder zufällig von den Planungen und konnten die notwendigen politischen und organisatorischen Vorbereitungen daher nicht leisten.
- Anstatt einer schnellen Einstellung der Kämpfe hätte die Partei nach dem Beginn eine weitere Mobilisierung innerhalb des Hamburger Proletariats in Gang bringen müssen. Er erinnert hier an Engels Ausspruch „Mit dem Aufstand darf man nicht spielen.“
- Trotz schwacher Vorbereitungen und mangelnder Waffen haben die Aufständischen einen erfolgreichen Kampf gegen die überlegene Polizei- und Militärmacht der Gegenseite geführt.
- Der Aufstand in Hamburg hätte zum Signal für ähnliche Aktionen in anderen Städten werden müssen. Dafür hätte die Partei im Gesamten aber eine andere Linie einschlagen müssen. Die

Verantwortung für die „Oktoberniederlage“ trägt – nach Einschätzung Wollbergs – die rechte Parteiführung um Brandler.<sup>30</sup>

Eine Analyse der Oktoberereignisse und der Fehler der KPD, die nicht alleine der Sozialdemokratie (Brandler) oder der Brandler-Führung (Fischer, Thälmann) die Schuld an der Niederlage gibt, kommt aus der „Mittelgruppe“ der Partei, die sich keinem der beiden Lager zurechnet und deren Einschätzung im Wesentlichen auch vom EKKI übernommen wird. Ihre wichtigsten Punkte sind:

- Die Massenkämpfe im Ruhrgebiet und gegen die Cuno-Regierung waren Zeichen des „Kraftbewusstseins und Kampfwillens“ des Proletariats. Sie hätten die Partei schon früher zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands bringen müssen. Nicht erst, als ein Putsch von Rechts schon zum Greifen nah schien. „Daher die überhitzte Vorbereitung auf die militärischen Kämpfe und geringe Bewaffnung der Arbeiter in den entscheidenden Tagen“.
- Die KPD-Führung hat eine falsche Einschätzung von linken SPD-Führern verbreitet: „Als ob diese Führer gemeinsam mit der proletarischen Vorhut kämpfen würden“.
- Die Regierungsbeteiligung in Sachsen und Thüringen wurde nicht genügend genutzt, um die Mobilisierung der Massen voranzutreiben.
- Die Massenkämpfe im Laufe des Jahres 1923 wurden mit einem falschen Verständnis von Einheitsfrontpolitik ausgebremst und „auf den endgültigen“ Schlag zu verschieben versucht. „Der Kardinalfehler der strategischen Einstellung war aber, dass die Partei sich nur auf einen „Endkampf“ zur Eroberung der politischen Macht vorbereitete und die Einleitung von Teilkämpfen, Kämpfen mit Teilforderungen und weniger aggressiven Mitteln und Kampfmethoden ablehnte und verhinderte.“
- Daraus resultierte „eine abstrakte Kalkulation der Kräfteverhältnisse, ohne die wirklichen Kräfteverhältnisse zu kennen und geprüft zu haben. Die Prüfung des Kräfteverhältnisses und die Terminsetzung des Endkampfes können erst aus den Kämpfen selbst errechnet und bestimmt werden. Diese falsche theoretische Strategie führte zum Ausweichen vor jedem Kampfe.“<sup>31</sup>

Karl Retzlaw<sup>32</sup> schreibt rückblickend:

„Später hieß es in Geschichtswerken, die Vorbereitungen der KPD zur Machteroberung im Jahre 1923 seien dilettantisch gewesen. Das kann man nachträglich leichthin behaupten. Zur Zeit des Handelns entsprachen die Vorbereitungen den Möglichkeiten



der politischen Situation und der Reife der eigenen Anhänger. Die politischen Entscheidungen lagen bei der Zentrale der Partei und nicht bei den „Apparaten“. Eine legale Staatsmacht, Reichswehr und Polizei mit hohem Sold und der Aussicht auf künftige Beamtenversorgung aufzubauen, war bestimmt leichter. Für die Partei war es ein großer Fortschritt, dass es im Frühjahr 1923 nicht mehr möglich gewesen wäre, daß bei spontanem Zusammenströmen großer Volksmassen irgendein unbekannter Mann auf einen Wagen geklettert und Aufstandsparolen in die Menge geschleudert hätte, wie in Berlin im Januar 1919, nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch im Ruhrgebiet, in der Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Jeder Mann, der jetzt in politischen Massenkundgebungen aufgestanden wäre, wäre von Parteimitgliedern sofort gestellt und überprüft worden, ob es sich um einen wildgewordenen Kleinbürger oder um einen Provokateur der Wehrverbände, der Reichswehr oder der politischen Polizei handelte. Die Partei hätte sich jedenfalls nicht mehr von den Ereignissen überrumpeln lassen. Mittlerweile waren auch schon mehrere tausend Mitglieder der KPD in kommunalen Körperschaften tätig und mit der Versorgung der Bevölkerung kleiner und großer Städte vertraut, das heißt, mit dem In-Betrieb-Halten der öffentlichen Einrichtungen wie Wasser-, Elektrizitäts- und Gasversorgung, Sanitätswesen, des Verkehrs usw. Es wäre Dilettantismus gewesen, technisch noch mehr vorbereiten zu wollen.<sup>133</sup>

### 6.12 Die Absetzung der Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen

Die Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen stehen bereits vor dem Hamburger Aufstand massiv unter Druck. Die Reichsexekution gegen Sachsen und die militärische Besetzung beider Länder ist schon vor dem Aufstand beschlossene Sache. Die Entscheidung dazu wird bereits am 19.10.23 bei einer Regierungsbesprechung im kleinen Kreis gefällt. Beteiligt daran waren der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert, der rechtsliberale Reichskanzler Stresemann (DVP), der liberale Reichswehrminister Gessler (DDP) und der rechte Sozialdemokrat und Innenminister Sollmann. Ebert geht es im Rahmen seines Mantras „Ruhe und Ordnung“ darum, wieder politische Stabilität herzustellen. Er – am rechten Rand seiner Partei – stellt sich mit dieser Entscheidung bewusst gegen seinen Parteikollegen den sächsischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner – am linken Rand der selben Partei. Als eigentlicher Antreiber der Militäraktion gilt allerdings Gessler. Er hat mit Zeigner noch eine persönliche Rechnung offen, da dieser immer wieder öffentlich die Reichswehr angreift und deren Verbindungen zum rechten Terror anprangert. Der Reichswehr wird die volle Rückendeckung durch Reichspräsident und Reichskanzler zugesichert. Auch das Kapital, verkörpert z. B. durch den Industriellen Hugo Stinnes, drängen auf die Reichsexekution. Der eigentliche Hintergrund der Strafaktion ist dabei weniger der

Aufstandsplan der KPD, als vielmehr die Tatsache, dass in beiden Landtagen eine dauerhafte Mehrheit unter Ausschluss der bürgerlichen Parteien entstanden war.<sup>34</sup> Die Ernennung von kommunistischen Ministern wird als Bedrohung der „verfassungsmäßigen Ordnung“ dargestellt. Gegen die bayrische Landesregierung, die „in provozierender Weise den Aufmarsch der faschistischen Konterrevolution gegen die ‚Novemberrepublik‘ deckte“<sup>35</sup> werden derartige Maßnahmen nicht in Betracht gezogen.

Am 20.10.23 steht die Reichswehr mit Verbänden aus Württemberg, Mecklenburg und Schlesien mit dem Auftrag „verfassungsgemäße und geordnete Verhältnisse“ herstellen zu sollen an den Landesgrenzen. Am 27.10.23 folgt ein hartes und verfassungswidriges Ultimatum von Stresemann an Zeigner: Sofort die kommunistischen Minister entlassen. Am 29.10.23 stürmen Reichswehrtruppen in Sachsen die Ministerien, Erich Zeigner wird abgesetzt. 60.000 Soldaten besetzen das gesamte Land und ersticken damit fast jeden Widerstand im Keim. Wo sich dennoch etwas regt, kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen. So beispielsweise im sächsischen Freiberg, wo der Einmarsch der Reichswehr 29 Arbeiter:innen das Leben kostet und über 80 Schwerverletzte hinterlässt. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert löst die Arbeiterregierung am Folgetag auf und die Macht geht über in die Hände des reaktionären Reichswehrgenerals von Seeckt<sup>36</sup>, der den Belagerungszustand über das Land verhängt.

Zeigner wird im November 23 vor Gericht gestellt und in einem politischen Schauprozess „unter den Augen einer jubelnden bürgerlichen Öffentlichkeit“<sup>37</sup> zu drei Jahren Haft verurteilt<sup>38</sup>.

Das Verhältnis der Thüringer Landesregierung zur Reichsregierung war etwas weniger konfliktreich als das der sächsischen. Jedoch wird auch dieses Land im November militärisch besetzt, am 06.11.23 marschieren die Reichswehr im Weimar ein und verhängt den militärischen Ausnahmezustand. Der Rücktritt der kommunistischen Mitglieder der Landesregierung unter dem linken Sozialdemokraten August Frölich wird am 12.11.23 erzwungen. Die Reichswehrführung setzt dann auch die in der Regierung verbleibenden Sozialdemokraten ab.

Am 20.11.23 setzt der Besatzer von Sachsen und Thüringen und Chef der Heeresleitung, General von Seeckt schließlich ein reichsweites Verbot der KPD und aller ihr angeschlossenen Organisationen durch. Parteizeitungen wie die „Rote Fahne“, oder die „Hamburger Volkszeitung“ sind zu diesem Zeitpunkt bereits verboten.

Die Rechtsopposition im Thüringer Landtag setzt schließlich Neuwahlen durch. Der von der Reichs-

wehr initiierte „Thüringer Ordnungsbund“ aus DVP, DNVP und der konservativen Großgrundbesitzerpartei Thüringer Landbund gewinnt diese. Auch die völkisch-antisemitische Bewegung landet erstmals im Landtag.

### 6.13 Hitlerputsch

Die Geschichte des Jahres 1923 endet jedoch nicht mit dem Hamburger Aufstand und der Abwicklung der Räterepubliken in Thüringen und Sachsen. Ein weiteres Ereignis, das im direkten Zusammenhang mit den Entwicklungen der frühen 20er Jahre steht, bricht sich im zeitlichen Anschluss an den Aufstand am anderen Ende der Republik Bahn: Wie schon vielfach beschrieben, entwickelt sich Bayern nach der gescheiterten Räterepublik zur „Ordnungszelle“, München zur unangefochtenen Hochburg der Rechten jeglicher Couleur. Die Befürchtungen vieler Kommunist:innen bezüglich eines von Bayern ausgehenden Putsches der radikalen Rechten sollte sich als durchaus begründet erweisen.

Als Reichskanzler Stresemann im September 1923 den „passiven Widerstand“ gegen die französische Ruhrbesetzung abbricht, wird das in Bayern als „Verrat“ gewertet. Die bayrische Landesregierung ernennt am 26.09.23 Gustav Ritter von Kahr, der mit Adolf Hitler um die Vormachtstellung im rechten Lager wetteifert, zum Generalstaatskommissar. Er verhängt den Ausnahmezustand und übernimmt verfassungswidrig das Kommando über die in Bayern stationierten Teile der Reichswehr. Reichspräsident Ebert verhängt darauf seinerseits den Ausnahmezustand über die gesamte Republik. Am 20.10.23 ordnet Reichswehrminister Geßler das Verbot des NSDAP-Blattes „Der Völkische Beobachter“ an, das wird allerdings in Bayern ignoriert. Von Kahr lässt daraufhin die bayrischen Reichswehrverbände auf sich vereidigen, das ist ein offener Bruch mit der Reichsregierung. Eine Reichsexekution gegen Bayern erscheint in Berlin jedoch aussichtslos.

Hitler, dem nach dem Vorbild von Mussolinis „Marsch auf Rom“ ein Marsch auf Berlin mit den bayrischen Reichswehrverbänden und paramilitärischen Gruppen vorschwebt, verschiebt angesichts der turbulenten Situation seine Putschpläne zunächst. Am 30.10.23 ruft er erstmals zum Aufstand auf, zunächst jedoch ergebnislos.

Am 08.11.23 findet eine Versammlung von Vertretern verschiedener nationalistischer Gruppen im Bürgerbräukeller statt. Hitler lässt die Lokalität von der SA umstellen, verkündet die „nationale Revolution“. Zu seinem Gefolge gehören u. a. Ludendorff, Göring und Röhm. Hitler bringt von Kahr und seine Stellvertreter mit vorgehaltener Waffe auf seine Seite, sie rufen zur Unterstützung des Putsches auf.



Die Regierung in Berlin wird für abgesetzt erklärt, der Plan des Marsches auf Berlin wird erläutert. Mit beteiligten Verbänden der Reichswehr werden Regierungsgebäude in München besetzt. Auf Gegenwehr stoßen die Putschisten nicht.

Noch in der selben Nacht werden der Reichsregierung treue Truppenteile ebenfalls nach München beordert. Der bayerische Ministerpräsident erteilt den regierungstreuen Polizisten den Schießbefehl, ruft die Bevölkerung gegen den „Preußen Ludendorff“ auf und setzt sich nach Regensburg ab.

In den Morgenstunden des 09.11.23 widerruft von Kahr seine Unterstützung unter Hinweis auf die erfolgte Erpressung. Die Putschisten machen dennoch weiter und verkünden auf Plakaten großspurig den „Sieg der Bewegung“. Sozialistische Stadträte werden aus ihren Betten geholt und in Geiselhaft genommen. Regierungstreue Reichswehr- und Polizeieinheiten rücken mit Panzerwägen vor, es kommt zu ersten Schießereien. Gegen Mittag wird ein vorübergehender Waffenstillstand ausgehandelt. Um die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen und damit auch die gesamte Reichswehr und Polizei zu überzeugen, soll ein „Propagandazug“ der Putschisten durch die Innenstadt veranstaltet werden. Hitler,

Ludendorff und Göring gehen an der Spitze. Während des Zuges werden Polizeiketten durchbrochen und Landespolizisten entwapnet. Am Odeonsplatz stoßen die Faschisten auf 130 Landespolizisten, die mit einer Kanone und Maschinengewehren ausgestattet sind. Ein kurzes aber heftiges Gefecht entbrennt. Der Mann neben Hitler wird tödlich getroffen und auch sein Leibwächter, der sich vor ihn stellt, bricht, von elf Kugeln tödlich getroffen, zusammen. Vier Polizisten, drei Faschisten und ein Schaulustiger sterben im Kugelhagel. Ludendorff wird festgenommen und gegen sein Ehrenwort wieder auf freien Fuß gesetzt. Hitler kann sich noch zwei Tage verstecken, dann wird er ergriffen. Die NSDAP wird (vorübergehend) in der gesamten Republik verboten. Im anschließenden Hochverratsprozess wird Ludendorff wegen seiner „Verdienste im Weltkrieg“ freigesprochen, Hitler wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, allerdings mit der Möglichkeit zur Freilassung nach sechs Monaten. In der Haft diktiert er sein Pamphlet „Mein Kampf“ und wird nach neun Monaten „wegen guter Führung“ entlassen. Der Putschversuch war kläglich gescheitert, bringt jedoch mediale Aufmerksamkeit und steigert den Bekanntheitsgrad Hitlers. Die Faschisten stilisieren den Putschversuch zu einer „heroischen Tat“, betreiben eine mythologische Verklärung und glorifizieren die getöteten Nazis als „Märtyrer“.

### 6.1 Die Entwicklung der KPD nach dem Hamburger Aufstand

In der KPD findet nach dem turbulenten Jahr 1923 und dem Hamburger Aufstand – in Bezug auf inhaltliche Ausrichtung und personelle Besetzung – ein enormer Umbruch statt. 1924 wird Ernst Thälmann Vorsitzender der KPD. An der Spitze des politischen Büros stehen Ruth Fischer und Arkadi Maslow. Die bisherige linke Opposition übernimmt damit die Leitung der Partei, wobei sich der Vorsitzende Thälmann im weiteren Verlauf von den radikalistischen Positionen des Fischer-Maslow-Flügels distanziert und sich schließlich gegen sie wendet. Auf dem 9. Parteitag im April 1924 in Frankfurt am Main werden jedoch Brandler und Thalheimer, aber auch Walter Ulbricht als „Rechtsabweichler“ aus der Führung entfernt.

Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erringt die KPD bei den Reichstagswahlen mit 12,6% ein beachtliches Ergebnis<sup>39</sup>, was die neue Führung als Legitimation auffassen kann.

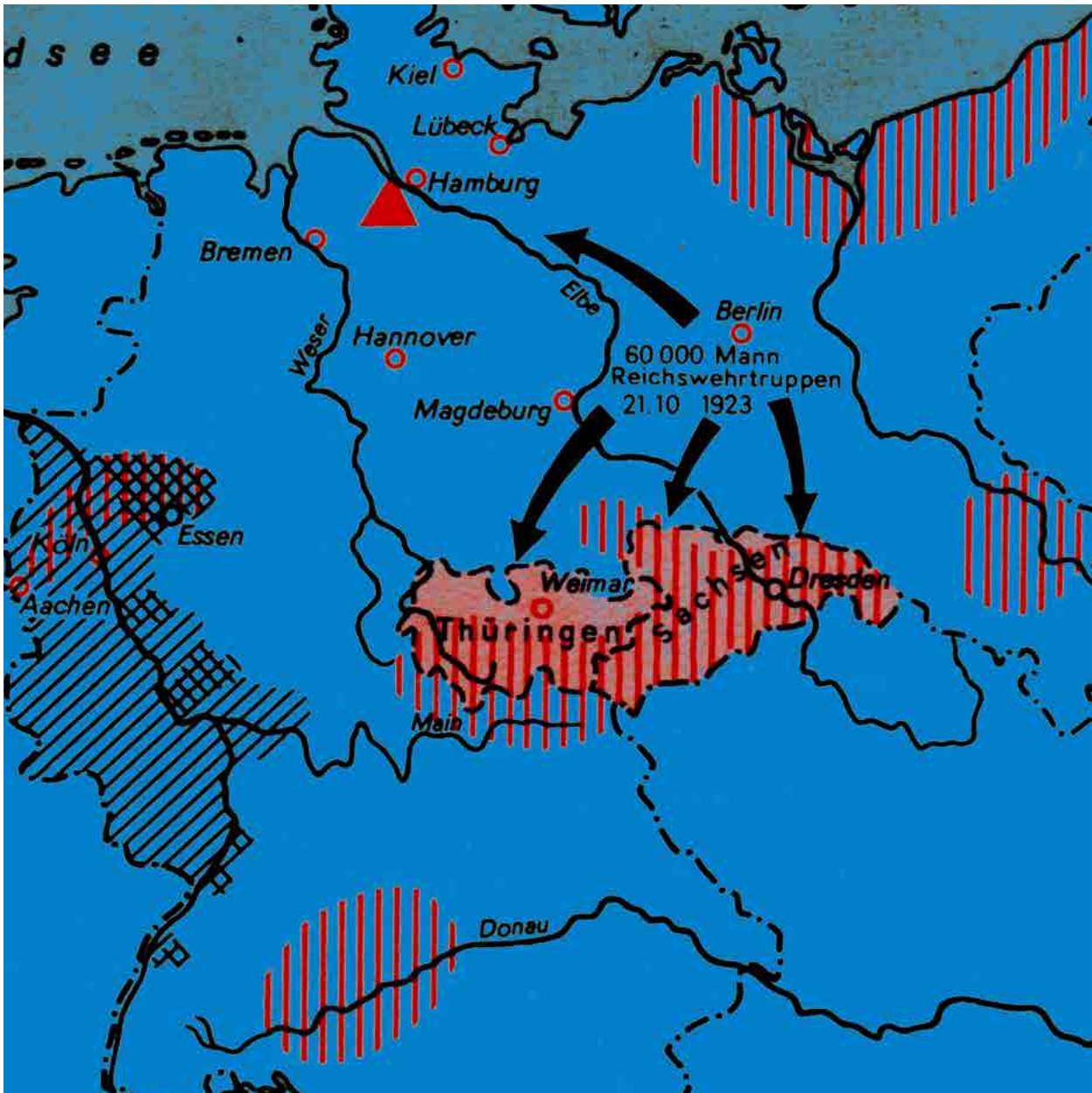
Der IV. Weltkongress der KI findet im Juni/Juli 1924 in Moskau statt. „Es ist der erste Kongress, auf dem die überragende Autorität Lenins fehlt.“<sup>40</sup> Das be-

deutet einen tiefen Einschnitt. Die Ereignisse um die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen sowie um den Hamburger Aufstand stehen im Mittelpunkt der Debatten.

Radek wird dort als auch international bekannter Repräsentant eines eher rechten Kurses für die Niederlage von 1923 verantwortlich gemacht, auch Ernst Thälmann spielt dabei eine Rolle. Clara Zetkin, Thalheimer und Brandler wenden sich gegen die Schuldzuweisungen. Den Fehler einer einzigen Person und deren Umfeld zuzuschreiben sei wenig dialektisch. Der Gedanke an Übergangsformen und Zwischentritten auf dem Weg zur Revolution wird vorübergehend aus den Strategieentwürfen der KI gestrichen.

Ab dem 20.11.24 wird die KPD erneut verboten. Die politische Arbeit wird erneut auf ein Agieren aus dem Untergrund umgestellt.

- 1 Anti-Preussische bürgerliche Bewegung, die sich nach dem 1. Weltkrieg im Rheinland (u. a. aus der Zentrumsparterie) entwickelt. Im Oktober und November 1923 können Teile der Bewegung einige Städte und Gemeinden im Rheinland, unterstützt von den Besatzungstruppen, unter ihre Kontrolle bringen. Der Versuch endet allerdings schnell mit dem Ende der Unterstützung durch die Besatzer.
- 2 Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hrsg.): „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“, Berlin 1923
- 3 Zitiert nach: Kommunistischer Bund (Hrsg.): „Die deutsche Revolution von 1918–1923“, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S.120
- 4 A. Neuberg (Hrsg.): Der bewaffnete Aufstand – Versuch einer theoretischen Darstellung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1971, S. 75
- 5 Zitiert nach: Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998 (Deutsche Ausgabe), S. 278
- 6 Vgl.: Judick, Günter: Ernst Thälmann und die Kommunistische Internationale in: trend-onlinezeitung 09/03, S.4
- 7 Zitiert nach: Retzlau, Karl: Spartakus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Kapitel 14 – Die Enteignung des deutschen Volkes, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/retzlau/1971/spartacus/index.html>
- 8 Zitiert nach: Kommunistischer Bund (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1918–1923, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S.121
- 9 Vgl.: Rüdiger Binkle: Hungerrevolte im Südwesten, in: Junge Welt vom 16.09.2023, S. 15
- 10 In der zweiten Septemberhälfte ist der Ausnahmezustand in der Hälfte der badischen Amtsbezirke verhängt.
- 11 Zitiert nach: Krause, Steigerwald: Das andere Geschichtsbuch, VMB, 1986, S. 357
- 12 Vgl.: Harman, Chris: Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923, Edition Aurora, FFM 1998 (Deutsche Ausgabe), S. 277
- 13 A. Neuberg (Hrsg.): Der bewaffnete Aufstand – Versuch einer theoretischen Darstellung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1971, S. 67 f
- 14 Radek, Karl: Die Lehren der deutschen Ereignisse, Referat in der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 1924
- 15 Zitiert nach Reissner: Larissa: Oktober, Autoren Edition im Athenäum Verlag, 1979, S.420
- 16 A. Neuberg (Hrsg.): Der bewaffnete Aufstand – Versuch einer theoretischen Darstellung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1971, S. 74
- 17 Zitiert nach: Retzlau, Karl: Spartakus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Kapitel 14 – Die Enteignung des deutschen Volkes, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/retzlau/1971/spartacus/index.html>
- 18 Zitiert nach Larissa Reissner: Oktober, Autoren Edition im Athenäum Verlag, 1979, S. 442
- 19 Zitiert nach: Kommunistischer Bund (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1918–1923, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 146
- 20 Thälmann, Ernst: „Die Lehren des Hamburger Aufstandes“, Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 245 vom 23. Oktober 1925
- 21 Reissner, Larissa: Oktober, Autoren Edition im Athenäum Verlag, 1979, S. 418
- 22 Brack, Robert: Schwarzer Oktober, Edition Nautilus, Hamburg 1923
- 23 Kopitsch, Wolfgang: „Der Hamburger Aufstand aus Polizeisicht“ in: Matthes, Olaf u.A. (Hg.). Die bedrohte Stadtrepublik Hamburg 1923, Wachholzverlag, Kiel / Hamburg 1923
- 24 Hamburger Weltarbeiter und enger Weggefährte von Thälmann. Mit ihm war er in der USPD, später in der KPD organisiert. Er leitet den Aufstand in Schiffbeck, im Anschluss gelingt ihm die Flucht. Ab 1926 lebt er in der Sowjetunion. 1932 kehrt er nach Deutschland zurück um Widerstand gegen die Faschisten zu leisten. 1933 wird er festgenommen und 1935 zu 280 Jahren Zuchthaus sowie dreifach zu Tode verurteilt.
- 25 Zentraler militärischer Leiter des Aufstandes in Barmbek. Er wird erst am am Abend des 22.10.23 über seine Funktion in Kenntnis gesetzt. Die erfolgreiche Barrikadentaktik und der geordnete Rückzug der Barmbeker Kämpfer:innen gehen maßgeblich auf ihn zurück. Kippenberger ist zum Zeitpunkt des Aufstandes 25 Jahre alt und kann im 1. Weltkrieg als Leutnant und Kompanieführer bereits militärische Erfahrungen sammeln. Vor dem Aufstand nimmt er führende Rollen im Aufbau der Hundertschaften und in der Infiltration von Reichswehr und Polizei ein. Nach dem Aufstand wird er steckbrieflich gesucht, taucht in die Illegalität ab und studiert u. a. an der Militärschule der KI in der Sowjetunion. Ab 1927 baut er den geheimdienstlichen Apparat der KPD neu auf, sitzt gleichzeitig von 1928-33 im Reichstag und geht nach der Machtübertragung an die Faschisten wieder in die Illegalität, um die von den Faschisten zerstörten Parteistrukturen verdeckt zu reorganisieren. 1935 wird er wegen innerparteilicher Kämpfe seiner Funktionen enthoben und 1937 im Zuge der Stalinschen Säuberungen in der Sowjetunion hingerichtet.
- 26 A. Neuberg (Hrsg.): Der bewaffnete Aufstand – Versuch einer theoretischen Darstellung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1971, S. 90
- 27 Zitiert nach: Kommunistischer Bund (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1918–1923, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 159
- 28 Zitiert nach: Kommunistischer Bund (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1918–1923, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 162-166
- 29 KPD-Funktionär und Publizist: Medizinstudent und Weltkriegsfreiwilliger aus München, der sich 1918 dem Spartakusbund anschließt. Ab Mitte April 1919 Kommandeur der Infanterie und stellvertretender Oberkommandierender der bayrischen Roten Nordarmee (Dachau). Nach 2 Jahren Haft arbeitet er als Chefredakteur der Roten Fahne des Ostens und baut kommunistische Zellen in der Reichswehr auf. Im Mai 1923 ist er zunächst Leiter eines bewaffneten kommunistischen Aufstandsversuchs während der Ruhrbesetzung in Bochum. August 1923 ist er Oberleiter Süd-West in der MPO (Württemberg, Baden, Hessen, zeitweise Bayern). Nach dem Oktober 1923 wird auch er steckbrieflich gesucht und geht in die Sowjetunion.
- 30 Vgl. A. Neuberg (Hrsg.): Der bewaffnete Aufstand – Versuch einer theoretischen Darstellung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a.M. 1971, S. 91-94
- 31 Vgl. Kommunistischer Bund (Hrsg.): Die deutsche Revolution von 1918–1923, Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 168 f.
- 32 KPD-Funktionär der schon ab 1915 Kontakt zur Spartakusgruppe aufbaut und bald Mitglied wird. Wegen Kriegsdienstverweigerung im 1. Weltkrieg sitzt er 2 Jahre in Haft, organisiert sich anschließend in der KPD und beteiligt sich am Spartakusaufstand und den Märzkämpfen in Berlin. Nach der Flucht nach München beteiligt er sich dort an der Organisation des Generalstreiks im April 1919 und wird in der zweiten Münchner Räterepublik zum stellvertretenden Polizeipräsidenten ernannt (als solcher lässt er sämtliche angesammelten Polizeiakten vernichten). In der KPD arbeitet er in den 20ern jahrelang aus der Illegalität am Aufbau des geheimdienstlichen Apparates.
- 33 Zitiert nach: Retzlau, Karl: Spartakus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Kapitel 14 – Die Enteignung des deutschen Volkes, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/retzlau/1971/spartacus/index.html>
- 34 Vgl: Schwarz, Leo: Die letzte Rote Linie; in Junge Welt vom 03.11.23, S. 12 f
- 35 Schwarz, Leo: Die letzte Rote Linie; in Junge Welt vom 03.11.23, S. 12 f
- 36 Von Seect wird ab 1933 Militärberater des reaktionären chinesischen Generals Chiang Kai-Shek.
- 37 Schwarz, Leo: Die letzte Rote Linie; in Junge Welt vom 03.11.23, S. 12 f
- 38 Nach dem deutschen Faschismus wird Zeigner Oberbürgermeister von Leipzig.
- 39 Bei den Wahlen im Juni 1920 konnte sie lediglich 2,1% erreichen.
- 40 Judick, Günter: Ernst Thälmann und die Kommunistische Internationale in: trend-onlinezeitung 09/03, S.3



## 7.

# THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUM KONZEPT DES BEWAFFNETEN AUFSTANDES

### 7.1 Die KPD und die Frage der revolutionären Gewalt Anfang der 1920er Jahre

Die sozialistische Revolution kann nicht als rein militärischer Akt gedacht werden. Sie bedeutet Bruch und Veränderung in allen Lebensbereichen und ist nur denkbar als kollektive Aktion der Arbeiter:innenklasse. Als soziale Umwälzung und bewusster Schritt, in dem große Teile der Klasse den Kampf gegen die Herrschenden aufnehmen und die Verantwortung für die Neuorganisation der Gesellschaft übernehmen, um schließlich auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens Initiative zu ergreifen. Revolutionäre Politik zielt immer darauf ab, die Möglichkeit dieser Perspektive zu vermitteln, insbesondere in der Arbeiter:innenklasse dafür zu mobilisieren und Organisationen zu entwickeln, die diesen Prozess vorantreiben.

Hinzu kommt allerdings eine notwendige Auseinandersetzung mit der konkreten Art und Weise des Umsturzes, der politisch-militärischen Dimension der Revolution. Die Notwendigkeit gezielter revolutionärer Gegengewalt ergibt sich aus der Funktion des bürgerlichen Staates, dessen Gewaltapparat die kapitalistische Herrschaft letztlich sichert – auch wenn bürgerliche Macht alle gesellschaftlichen Sphären (Ökonomie, Politik, Kultur, Wissenschaft usw.) durchdringt und längst nicht darauf reduziert werden kann.

Es fällt auf, dass die Frage des bewaffneten Kampfes in den orientierungsgebenden Debatten und Entscheidungen der KPD zu Beginn der 20er Jahre stark auf den militärisch-funktionalen Aspekt reduziert wurde: Strategisch wurde er als notwendiges Mittel zur Machteroberung verstanden, das im richtigen Moment entscheidend für den Sturz der Herrschenden und zur Absicherung des sozialistischen Aufbaus ist. Darüberhinaus kristallisierte sich gerade im Jahr 1923 zusätzlich, dass auch der Kampf gegen die Faschisten notwendigerweise bewaffnet geführt werden musste, um gegen den hochgerüsteten Gegner und seinen Vernichtungswillen bestehen zu können. So richtig diese Feststellungen auch sind, wollen wir an dieser Stelle noch drei Überlegungen anführen, die darüber hinausgehen:

- „Revolutionäre Gewalt wurde immer [nur] im Zusammenhang von unmittelbaren, greifbaren Resultaten gedacht, als funktioneller Teil einer Entscheidungsschlacht und kaum als ausdrucksstarkes Moment eines Bewusstseinsprozesses zur Konstruktion der subjektiven Seite. Diesem fundamentalen politischen Charakter der revolutionären Gewalt wurde zwar eine Wirkung auf die Militanten zuerkannt, diese jedoch negativ bewertet, weil dadurch keineswegs ein unmittel-

barer greifbarer Wandel der derzeitigen Zustände herbeigeführt wurde“<sup>1</sup>. Eine Perspektive, die weitgehend gefehlt hat, war also revolutionäre Gewalt als Faktor der politischen Bewusstseinsbildung zu begreifen, die dem Bruch mit dem herrschenden System eine konkrete Form gibt, Gegenmacht erfahrbar werden lässt und in der Bewegung selbst in praktischer Annäherung entwickelt werden muss.

- Das „ganz oder gar nicht“ Verständnis von revolutionärer Gewalt hat die Parteiführung dazu veranlasst, militante revolutionäre Kämpfe vor dem geplanten Aufstand abzuwürgen wie z. B. im Mai 1923 im Ruhrgebiet. Sie wurden nicht als Bestandteile eines längeren Kampfzyklus verstanden, in dem es nicht nur den einen entscheidenden Sieg, sondern verschiedene Momente von Angriff und Verteidigung gibt, in denen Taktiken, Kampfmittel und Kampfkraft sich im praktischen Versuch und ständiger Analyse entwickeln müssen. Die Partei sah zwar nicht zu Unrecht „die große Gefahr, sich in Rückzugsgefechte oder einen verfrühten Bürgerkrieg zu verwickeln“ und damit auch das Risiko der „Vernichtung der Partei durch die Repressionsapparate des Staates“<sup>2</sup>. Der politische Schaden, den sowohl die mangelnde Vorbereitung des Aufstandes in Kämpfen, als auch der Verzicht auf Rückzugsgefechte und die nahezu kampflöse Aufgabe der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen in der Arbeiter:innenbewegung ange richtet hat, wiegt allerdings schwer.

### 7.2 Der bewaffnete Aufstand, die (!) revolutionäre Strategie?

Der bewaffnete Aufstand scheint oft der Kernpunkt jeder revolutionären Perspektive zu sein. Tatsächlich hat sich die Aufstands-Konzeption aber innerhalb der revolutionären Bewegung historisch entwickelt und wurde immer wieder verändert. Sie ist eine von vielen politisch-militärischen Strategien die in der Geschichte Anwendung fanden und eine von wenigen, die historisch erfolgreich waren.

Die Aufstandsstrategie der Bolschewiki – an der sich auch der Hamburger Aufstand orientierte – setzt dabei u. a. an den Erfahrungen von Marx und Engels an: der Barrikadenkampf, der schon von Engels als unzeitgemäß kritisiert wurde, wird durch mobile Stoßtrupps und Scharfschützen ergänzt.

Die revolutionäre Partei, ihre Analyse des Klassenkampfes (Strategische Defensive des Klassenfeindes, Orientierung der Massen nach links) und ihre politische Agitation zur Hebung des revolutionären Bewusstseins, nimmt eine zentrale Rolle ein. Statt allein auf die Spontaneität der Massen zu vertrauen, wird auf einen revolutionären Generalstab, ei-

nen militärischen Plan und einen günstig gewählten Zeitpunkt des Aufstands gesetzt.

Anders als oft behauptet, haben die Bolschewiki auch viele andere – gewaltsame und gewaltlose – Kampfformen, wie Streiks, Besetzungen oder den Partisanenkampf in ihre Aufstandsstrategie integriert. Diese Strategie war 1917 in Russland erfolgreich. Sie scheiterte aber nicht nur 1923 in Hamburg, sondern bspw. auch 1926/27 in Shanghai.

In Folge dieser Niederlagen entwickelte die kommunistische Bewegung andere revolutionäre Strategien: In China den Langandauernden Volkskrieg, die Focusstrategie in Südamerika oder auch die Strategie der Stadtguerilla der 70er und 80er Jahre in den imperialistischen Zentren.

Letztlich ist es unsere Aufgabe uns all diese Erfahrungen mit ihren Hintergründen und Entstehungsbedingungen anzueignen und sie zu verwenden, um eine revolutionäre Strategie zu formulieren, die unseren heutigen Bedingungen gerecht wird!

Hierzu noch ein Zitat von Lenin: „Vor allem unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, dass er die Bewegung durch keine bestimmte Kampfesform bindet. Er anerkennt die verschiedensten Formen des Kampfes, wobei er sie nicht ‚erdenkt‘, sondern nur verallgemeinert, organisiert und jenen Formen des Kampfes der revolutionären Klassen, die im Gange der Bewegung von selbst entstehen, eine bewußte Form verleiht.“

### **7.3 Illegalität – Realität im revolutionären Prozess**

Die revolutionäre Phase die sich mit der Novemberrevolution 1918 bis zum Hamburger Aufstand zog, hatte auch zur Folge, dass die KPD immer wieder verboten wurde. Zahlreiche Beteiligte mussten wegen ihrer Tätigkeit für die Partei oder wegen der Teilnahme an legalen oder bewaffneten Aktionen und Aufständen untertauchen. Dies hat uns nochmal zu einigen grundlegenden Gedanken zur Arbeit aus der Illegalität bewegt.

Heute, hundert Jahre nach diesem letzten großen Aufstand in Deutschland, wird die Illegalität einzelner Militanter wieder mehr zur Realität innerhalb der Linken. Das kommt vielen neu vor, weil einige jahrelang in der BRD kaum Linke auf der Flucht waren.

Historisch betrachtet ist es aber eher der Normalzustand, dass zumindest Teile der revolutionären Bewegung aus dem Untergrund agieren müssen: Die ganze Weimarer Republik hindurch, waren nicht nur zahlreiche Kommunist:innen und andere Revolutionär:innen in der Illegalität, auch die KPD, ihre Zeitungen oder der Rotfrontkämpferbund, wa-

ren immer wieder verboten. Im Faschismus dann musste die ganze Partei dauerhaft in den Untergrund (und litt sehr unter der mangelnden Vorbereitung darauf), nach einer 11jährigen Phase der fragilen Legalität wurde die KPD 1956 schon wieder verboten. In den 70ern und 80ern, sahen die bewaffneten Gruppen in der Illegalität sogar eine notwendige Bedingung für die Strategie der Stadtguerilla und viele Militante tauchten freiwillig unter. Und in anderen Ländern, wie beispielsweise der Türkei sind revolutionäre Organisationen oft seit Jahrzehnten teilweise oder ganz in der Illegalität. Letztlich ist die Konfrontation mit dem Untergrund – egal ob für Einzelne oder ganze Organisationen – nichts dem die kommunistische Bewegung ausweichen kann. Es gilt einen Umgang zu entwickeln, der die immer wiederkehrende Realität der Illegalität als eine Kampfbedingung anerkennt und die kommunistische Linke in die Lage versetzt flexibel zwischen legalen und illegalen Bedingungen und Formen zu wechseln.

Dass dieser flexible Wechsel von außerordentlicher Wichtigkeit ist, hatte sich für die KPD seit ihrer Gründung immer wieder gezeigt. Auch für Organisationen, die heute für ein anderes, besseres Morgen kämpfen, sind diese Überlegungen ausschlaggebend. Strukturen, die sich die Aufgabe setzen, eines Tages die Machtfrage stellen zu können, müssen über die Flexibilität verfügen, sich politisch und organisatorisch unterschiedlichen Gegebenheiten und Bedingungen des Kampfes anzupassen. Etwas konkreter: Wir können noch nicht genau sagen, wie eine revolutionäre Partei oder Organisation hier in Deutschland letztendlich aussieht. Was wir aber sagen können, ist, dass es eine Organisation braucht:

1. Die den entscheidenden Moment erkennt, weil sie die gesellschaftlichen Entwicklungen in ihren Kämpfen ständig analysiert.
2. Die in der Lage ist, selbst die Initiative zu ergreifen, alle ihre Teile planmäßig in Bewegung zu setzen – und das so, dass die Gegenseite davon im Vorhinein so wenig wie möglich mitbekommt.
3. Die Pläne und Vorbereitungen nicht zum Dogma macht, sondern als Orientierungen entwickelt, die im Kampfgeschehen überprüft, angepasst, vielleicht sogar teilweise wieder verändert werden müssen.

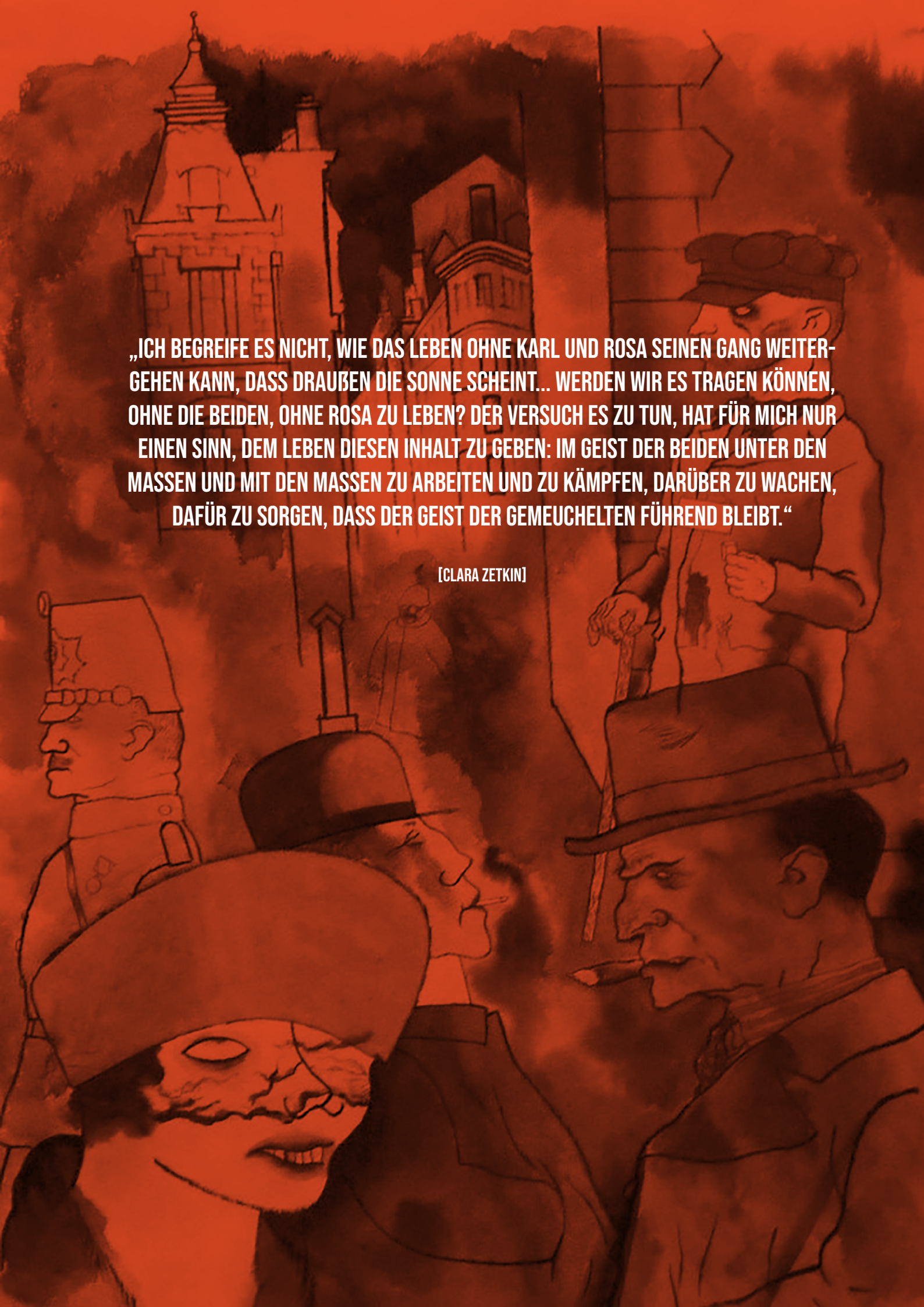
Dies nur als etwas verallgemeinerbare Punkte, die uns in dieser besonderen geschichtlichen Untersuchung aufgefallen sind – es gibt darüberhinaus natürlich noch viele politisch-ideologische Grundlagen und organisatorische Erfahrungen, auf die wir aufbauen.





## VERWENDETE BILDER

- Seite 1: Rote Ruharmee – Bewaffnete Arbeiter  
Seite 2: Lenin (vorne links) und andere Delegierte des II. Weltkongresses der Komintern am 19. Juli 1920  
Seite 4: 157 – Broschüre Novemberrevolution  
Seite 6: 09.11.1918: Revolution in Berlin  
Seite 7: Demonstrationzug unter den Linden (Berlin)  
Seite 8: USPD Hamburg-Eppendorf 1919 (Ernst Thälmann in der Mitte, stehend)  
Seite 11: 16.02.1919 Demo auf den Theresienwiesen München  
Seite 12: 16.02.1919 Revolutionäre Demo in München Kurt Eisner im offenen Wagen  
Seite 15: 22.4.1919 Aufmarsch der KPD in München  
Seite 17: SPD-Mitglieder demonstrieren für die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske  
Seite 20: Märzkämpfe in Thüringen 1920; Bernd Langer 2013  
Seite 23: 13.03.1920 Kapp-Truppen mit der kaiserlichen Reichkriegsflagge auf dem Pariser Platz in Berlin  
Seite 25: Alle Macht den Räten - Plakat  
Seite 29: Plakat der KAPD – Du sollst nicht wählen!  
Seite 32: Für die Rote Einheitsfront – Plakat der KPD Hamburg-Wandsbek  
Seite 35: Es gilt die Tat! 90 Jahre Mitteldeutscher Aufstand; Bernd Langer 2011  
Seite 38: Um 1920 – Berliner Jungs bei der Essensausgabe  
Seite 41: Heraus ihr Frauen – Plakat der KPD, gestaltet von John Heartfield  
Seite 42: ca. 1920 Clara Zetkin (m), Lore Agnes (l), Mathilde Wurm (r)  
Seite 46: Demo in Berlin gegen den Mord an Rathenau 1922. Motive von Heartfield und Grosz  
Seite 48: Einheitsfront! Rudolf Schlichter 1923  
Seite 50: Hamburger Aufstand  
Seite 54: Antifaschistentag 1923  
Seite 59: Hamburger Aufstand (B. Langer)  
Seite 61: Barmbek  
Seite 62: Hamburger Werftarbeiter; Heinrich Vogeler 1928  
Seite 64: Trauerfeier der Polizei 1923  
Seite 66: Hamburger Aufstand in der Wohldorferstraße in Hamburg Holsten  
Seite 70: Collage: Revolutionäre Kämpfe 1923  
Seite 73: Zeitgenössische Illustration aus Österreich, ca. 1920  
Seite 75: George Grosz – Dämmerung  
Seite 76: Verlag der Kommunistischen Internationale: „Noske“



**„ICH BEGREIFE ES NICHT, WIE DAS LEBEN OHNE KARL UND ROSA SEINEN GANG WEITER-  
GEHEN KANN, DASS DRAUßEN DIE SONNE SCHEINT... WERDEN WIR ES TRAGEN KÖNNEN,  
OHNE DIE BEIDEN, OHNE ROSA ZU LEBEN? DER VERSUCH ES ZU TUN, HAT FÜR MICH NUR  
EINEN SINN, DEM LEBEN DIESEN INHALT ZU GEBEN: IM GEIST DER BEIDEN UNTER DEN  
MASSEN UND MIT DEN MASSEN ZU ARBEITEN UND ZU KÄMPFEN, DARÜBER ZU WACHEN,  
DAFÜR ZU SORGEN, DASS DER GEIST DER GEMEUCHELTEN FÜHREND BLEIBT.“**

[CLARA ZETKIN]

